

-No 1- HAUSERBLOCKZEITUNG
DER K.P.D. FÜR DAS SOLZVIERTEL.

Ziegelerei in Adendorf hat am Mittwoch, den 15. d. Mts. ihren Arbeitern kein Geld ausgezahlt, dafür den Arbeitern Steine statt Brot angeboten.

Ziegelei "Elba" hat den Arbeitern kein Geld ausbezahlt, dafür ihre Entlassung für die nächste Woche in Aussicht gestellt.

An Donnerstag, den 16. d. Mts. wurde der Dollar im Privathandel mit 9.- bezahlt. Älliche Notierungen in London: 1 engl. Pfd. von 19.80 Mk. auf 22.50 Mk. Der Dollar von 4.10 Mk. auf 4.90 Mk.

Fleischtransporte in Hamburg, Viehtransporte in Berlin, Fischtransporte in Hamburg aus Dänemark und Holland sind zurück gegangen, weil die Verkäufer kein deutsches Geld in Zahlung nehmen.

Antliche Stellen warnen Ausflügler ins Ausland zu gehen wenn sie kein
valutafreies Geld in Besitze haben. Deutsches Geld wird im Auslande nicht
mehr angenommen.

auf der Lindeburger Stadtparkasse kam es zu Proteststürmen wegen der Nichtauszahlung der Sparguthaben der kleinen Sparer.

Bürgermeister Richter gibt den hungernden Sparern den Rat gegen Vorzeigung ihres Sparkassenbuches bei den Geschäftsleuten bargeldlos einkaufen.

Am Sonnabend, dem 20. Oktober 1932, abends 8 Uhr:
Zweite Waffenkundgebung im „Volkshaus“
 zu Ehren: Christlicher Arbeiter-Kundgebung und Sozialistischer Lohn-Kundgebung bei Thema:
Hitler verliert die Schlichter!
 Eintritt frei!
 Republikaner, Völkischer Kampf und alle, die der Hitler-Kundgebung.
 A. K. H. der Arbeiterbewegung, SPD, Sport-, u. Kulturvereine, Reichsbanner u. des freien Pressen-Lichters

Auf zum letzten Appell

Es spricht der Reichstagsabgeordnete Fritz Novack
Am Sonntag trotz alledem wählt **Liste 2**

Verleumdungen gegen nationale Männer, wurden
Polizeikräfte, verführt durch SA. und Stahlhelmer,
nehmen zahlreiche Hausdurchsuchungen vor.

„Am Freitag mittag wurden kleine schmutzigen persönlichen Verleumdungen Zahl von Annehmlichkeiten der Rechtsprechung

in Kreise verlangten daher vom Polizeimeister Richter, eine Hausdurchsuchung

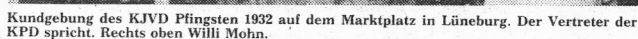
allseits und bei strengen Funktion- und SPD. Nach längeren Verhand- den Nachmittag eine große Polizeiz- den Funktion und Mitarbeiter

tion der Hersteller und Vertreter
beschlossen. Zur Verstärkung der
den SA- und Stahlhelm im Stadt-
am Sonntag, den 1. Juni, vor ge-
lich war. Am Nachmittag fanden von d.
Unterstützung einer erheblich verstärk-
zahlreiche Durchsicherungen statt. Ueber

größtenteils mit Gewehren, Karabinen und Pistolen ausgerüstet. Sie wurden der Hilfe noch nicht teilhaftig. In der Stadt ist es nicht gekommen. Weitere Durchsuchungen sind noch nicht stattgefunden.

und nahmen vor dem Rathhause Auf-
nahme große Menschenmenge eingefunden
— mittheilender Ordnung rücken die

Widerstand und Verfolgung



М. 3. II В 4.

Fernsprecher:
Sammelnummer 4041
Ferngespräche 4048.

Bankkonto und Girokonto

Der Sparkasse der Stadt Lümb.

Postfachkonto Hamburg 41
der Rammereichoffe, Pönniger

—

10

HOTTEN

62

Former A

Schle

z. 2t.

Zuzust



1000

Räneburg, den 11. Juli 1933.

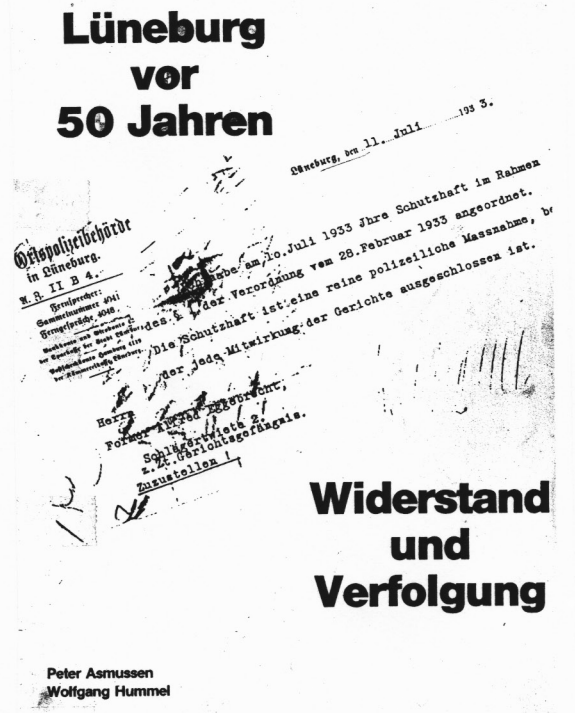
Inhaltsverzeichnis

Einige Worte zur Neuauflage dieser Broschüre	3
Vorbemerkungen zur 1. Auflage	4
Lüneburg 1933 – eine Stadt wird braun	6
Die Arbeiterparteien am Vorabend der Machtübertragung an Hitler	13
Verfolgungen und Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand	21
Großrazzia am 10./11. März 1933	25
Der „Tag der nationalen Arbeit“ 1933 und die Zerschlagung der Gewerkschaften	28
Berufsverbote 1933	30
Waffenfunde am Tüner Berg	32
Kommunistischer Widerstand zwischen April und Juni 1933	33
Neuaufbau und Zerschlagung mehrerer Widerstandsgruppen (Juni - September 1933)	36
Verhaftungen in der Reichswehrkaserne	48
Mörder werden gesucht...aber nicht gefunden	50
Der „Gerüchteprozess“	52
Über die Arbeit einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe	54

Einige Worte zur Neuauflage dieser Broschüre

Im Jahre 1983 wurde mit dem Erscheinen der Broschüre „Lüneburg vor 50 Jahren – Widerstand und Verfolgung“ erstmals der Versuch unternommen, Einzelheiten aus einem bis dahin totgeschwiegenen Kapitel der Stadtgeschichte der interessierten Lüneburger Öffentlichkeit vorzustellen. Vorausgegangen war die Tätigkeit von zwei engagierten Antifaschisten, die ab 1981 (neben der Auswertung diverser Unterlagen in verschiedenen Archiven), Zeitzeugenbefragungen in Gesprächsrunden unter dem institutionellen Dach der hiesigen Volkshochschule organisierten, diese Befragungen auswerteten und schließlich in die Schriftform brachten. Diese VHS- Kurse wurden besucht von Angehörigen von verstorbenen Nazi- Opfern, vor allem aber von jenem Personenkreis, der damals noch die eigene Biographie vortragen konnte: hochbetagte Menschen, die über ihr Schicksal als Nazi- Widerständler und Verfolgte berichteten: Lehrer berichteten über das Jahr 1933 und die Verhängung von Berufsverboten, Gewerkschaftler über die Besetzung des Gewerkschaftshauses, Mitglieder der früheren KPD über ihre Verhaftungen und Einlieferung in Konzentrationslager, SPD-Mitglieder über Razzien der Nazi- und Stahlhelm- Polizei bei den Lüneburger Konsumvereinen, in der Ortskrankenkasse und bei der Lüneburger SPD- Zeitung.

Heute lebt von diesem Personenkreis niemand mehr.



Doch bereits während dieser Phase der Sammlung des überlieferten Wissens der Lüneburger Zeitzeugen holte die Vergangenheit die damalige Gegenwart ein: Einer der beiden Kursleiter war seinerzeit ein Kommunist – und diese Tatsache reichte aus, ihm die Kursleitung zu entziehen. Um das Projekt nicht zu gefährden, wurden die entsprechenden VHS- Kurse in der Folgezeit mit einer teilweise geänderten Kursleitung weitergeführt. Und auch nach Fertigstellung der Broschüre machte die VHS nicht etwa Werbung für „ihr“ Produkt – im Gegenteil: Die Leitung verfügte, dass die Schrift nicht im Sekretariat der VHS zum Verkauf angeboten werden durfte. Und auch die etablierten Buchhandlungen am Ort nahmen davon Abstand, die Zeitzeugenberichte zu verkaufen.

Zwar erschienen in den Folgezeit neben dem 1985 herausgegebenen Werk „Heimat – Heide – Hakenkreuz“ (welches allerdings nur die Zeit bis etwa 1937 umfasst) einige Broschüren zu Einzelaspekten der nationalsozialistischen Herrschaft in Lüneburg, aber eine Vertiefung und Erweiterung des Themas dieser Broschüre erfolgte nicht und eine erwartete Überblicksdarstellung blieb auch aus, wenn man einmal von den einschlägigen Kapiteln in Elmar Peters „Lüneburg – Geschichte einer 1000jährigen Stadt“ (Lüneburg 1999) absieht, die sich vielmehr zentraler Thesen der Neuen Rechten annähert, aber für die man in Lüneburg immerhin das Bundesverdienstkreuz durch den Oberbürgermeister überreicht bekommt.

Selbst 20 Jahre nach dem ersten Erscheinen dieser Broschüre gibt es in der einstigen Gauhauptstadt Lüneburg und somit regionalem Zentrum des NS- Terrors von Seiten der offiziellen Politik keine Anzeichen, sich der eigenen faschistischen Geschichte mit der Anfertigung einer Gesamtdarstellung grundsätzlich zu stellen. Zum Vergleich: Der Landkreis Harburg, nach der Verwaltungsreform 1937 von Lüneburg aus regiert, ließ nicht nur eine solche Überblicksdarstellung anfertigen (D. Stegmann (Hrsg.), Der Landkreis Harburg 1918 – 1949, Hamburg 1994), sondern stellte auch erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung, um eine Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zwangsarbeit im Landkreis zu ermöglichen, die im übrigen auch als Webpräsentation angefertigt wurde und unter www.lkharburg.de einzusehen ist. In Lüneburg hingegen kann sich der Rat der Stadt noch nicht einmal dazu durchringen, eine Arbeitsgruppe mit Experten und interessierten Laien zur Erforschung der hiesigen NS-Zwangsarbeit einzurichten.

Die Hoffnung der Autoren dieser Schrift auf eine Überarbeitung und Erweiterung dieser Aufzeichnungen, evtl. auch im Rahmen einer Gesamtschau, wurde also nicht erfüllt. Auf diesem Hintergrund entschließen wir uns nunmehr, eine Neuauflage herauszubringen, was mit dem Einverständnis der Autoren unter dem Dach der VVN- BdA erfolgt. Um den Verkaufspreis dieser Schrift im erschwinglichen Rahmen zu halten, haben wir die Seitenzahl von ehemals 138 Seiten drastisch reduziert durch die Verwendung einer kleineren Schrifttype und den Verzicht auf den Abdruck einiger Dokumente. Der Text wurde vollständig beibehalten, lediglich einige kleinere Fehler wurden korrigiert. Wir bedanken uns beim Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Bereitstellung eines Druckkostenzuschusses.

Vorbemerkungen zur 1. Auflage

Lüneburgs Stadtgeschichte ist reich! Reich an Ereignissen – und reich an Büchern darüber. Eines dieser Ereignisse, die Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 und ihre grausamen Folgen, jedoch finden kaum einen Platz in unseren Stadtgeschichtsbüchern.

Wie in ganz Deutschland schlug auch in Lüneburg die Machtübergabe an Hitler „wie eine Bombe“ ein und veränderte das Leben in der Stadt wie lange zuvor nichts mehr.

Wir fragen uns: Warum erhalten wir keine Berichte über

- die Nazis in Lüneburg
- den Widerstand gegen sie
- die Verfolgten, Vertriebenen, Ermordeten ?

Kann diese Schreckensherrschaft lediglich vergessen werden? Nicht dran rütteln, es ist ja vorbei? Der gesellschaftliche Friede nach rechts wird empfindlich gestört. Die 'vergessenen Nazis' werden öffentlich aktiv: Wandschmierereien, Wehrübungen, Terroranschläge, Morde an Ausländern...Es ist nicht vorbei!

Manch einem mag die Angst gepackt haben: "Das darf nicht noch einmal geschehen!" Aber – Was ist Nationalsozialismus? Wie kam es dazu? Wer hat da mitgemacht? Warum hat man ihn zugelassen?

Einige Lüneburger treffen sich seit 1980 im Rahmen des Volkshochschulkurses zum Thema „ Lüneburg im III. Reich „. Die Schilderungen und Berichte der älteren Kursbesucher waren so beeindruckend, dass sie nicht wieder verloren gehen durften.

Ihre Mitteilungen, soweit sie zu unserem Thema passen, sind die ersten Bausteine dieser Arbeit geworden. Ein anderer Quell sind die Dokumente. Sie stammen aus dem Stadtarchiv, dem Hauptstaatsarchiv in Hannover sowie der Ratsbücherei Lüneburg und aus privatem Besitz.

Seinen umfangreichen Wissensschatz voller lokaler Begebenheiten eröffnete uns in tagelangen Gesprächen der Kreisvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Franz Holländer. Für seine Unterstützung und seine nicht endende Geduld zu berichten, danken wir besonders herzlich.

Ebenso herzlich danken wir Frau Gertrud Heine, Frau Käthe Krüger (genannt: Tante Kätschen), Frau Helene Langbehn (geb. Schenkluhn) für die Mühen und die Zeit, die sie für unsere Gespräche aufgebracht haben.

Auch den Herren Hans Beeken, Dr. Bleeck, Karl Dietrich und Ernst Lüdemann danken wir herzlich für die Erzählungen und Unterlagen. Ohne ihre freudige Mitteilbarkeit zum Nationalsozialismus wäre diese Broschüre nicht entstanden.

Auch danken wir dem ASTA der Hochschule Lüneburg für freundliche Unterstützung.

Wir haben den Inhalt unserer Arbeit auf den Bereich „ Widerstand und Verfolgung „ beschränkt, weil unsere freie Zeit mehr Arbeitsbewältigung nicht zuließ. Wir haben dieses Thema herausgegriffen, weil es die Menschen des Widerstandes waren, die die demokratischen Ansätze der Weimarer Republik über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg gerettet haben. Sie haben unter Einsatz ihres Lebens für die demokratischen Rechte gegen den Faschismus gekämpft. Hinzu kommen sicher viele, die dazu nicht die Kraft hatten, aber den Nationalsozialisten bewusst aus dem Wege gingen. Insbesondere aus der Moral der Widerstandskämpfer kann unsere Gesellschaft ihren demokratischen Anspruch herleiten. Widerstand war die einzige wirksame Waffe gegen den faschistischen Terror - Widerstand ist auch heute die einzig wirksame Waffe gegen politische Unterdrückung.

„Juden raus ! Kommunisten tot!“ hieß es vor 50 Jahren – „Ausländer raus!“ heißt es heute – und Kommunisten stehen bereits wieder am äußersten Rand der Toleranz. Wir wollen aus der Geschichte lernen – den Anfängen wehren!

Wir haben versucht, möglichst viele Aktivitäten des Widerstandes in Lüneburg zu sammeln und zu ordnen. Dabei müssen wir die Gefahr auf uns nehmen, dass uns manche wichtige Begebenheit, die auch heute noch im Gedächtnis einzelner Zeitgenossen ruht, unbekannt geblieben und daher nicht in dieser Sammlung enthalten ist. Da wir die Texte nicht in einer Arbeitszeit zusammengefasst schreiben konnten, wiederholen sich einige Erklärungen; wir bitten um Verständnis. Wir haben weiter versucht, in erster Linie Erlebnisberichte wiederzugeben. Hierbei müssen wir berücksichtigen, dass persönliche Eindrücke mitgeteilt werden, die von anderen Personen anders erlebt und bewertet werden können. Auch wissen wir, dass die geschilderten Vorgänge möglicherweise eine andere Deutung bekommen, wenn neue Tatsachen dazu bekannt werden. Sollten sich aus diesen Gründen Fehler in der Darstellung ergeben, bitten wir um Nachsicht und unbedingt um entsprechende Hinweise. Die beschriebenen Vorgänge ereigneten sich bisweilen zeitgleich ohne dass zwischen ihnen eine Verbindung bestand. So ist ein Zurückspringen in der Zeit – auch wenn es beim Lesen Mühe macht – unumgänglich.

Sollten Teile aus der Broschüre für schulische oder außerschulische Bildungszwecke verwendet werden, sehen wir keine Einwände, sondern begrüßen dies. Wir würden uns über Mitteilungen zu Erfahrungen bei der Arbeit mit diesem ortsorientierten Material freuen.

Sehr wichtig ist uns, noch genauer und umfangreicher darstellen zu können, wie in Lüneburg und Umgebung Widerstand gegen die Nazis geleistet wurde. Darum bitten wir alle Lüneburger (in Stadt und Kreis), die dazu etwas wissen oder Unterlagen haben, uns zu schreiben oder anzurufen. Wir wollen dann mit eingetroffenen Berichtigungen und dem neuen Material eine überarbeitete Neuauflage der Broschüre herausgeben.

Lüneburg, im Januar 1983

Peter Asmussen, Wolfgang Hummel

Nach Erscheinen der Erstauflage dieser Broschüre wurden weitere Publikationen erarbeitet, die wir als weiterführende Literatur gerne empfehlen. Die Schriften der VVN-BdA sind nicht über den Buchhandel, sondern lediglich über den Buchladen des Heinrich- Böll- Hauses (Katzenstraße 2) zu bekommen.

- Heimat, Heide, Hakenkreuz; Lüneburgs Weg ins Dritte Reich, Hrsg.: Lüneburger Arbeitskreis Machtergreifung, VSA- Verlag, 1984
- Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, 1988, Neuauflage durch VVN-BdA Lüneburg, 2003
- Das andere Lüneburg, ein antifaschistischer Stadtrundgang, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, 1992
- Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien in Lüneburg, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, 1995
- Werner Preuß, Lager Kaland, Dokumentation, Selbstverlag, 1996
- Immo de Vries, Kriegsverbrechen in Lüneburg, Das Massengrab im Tiergarten, Hrsg.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, 2000
- NS- Zwangsarbeit in Lüneburg: Briefe aus Polen, Hrsg.: VVN- BdA Lüneburg, 2001
- NS- Zwangsarbeit in Lüneburg: Briefe aus der Ukraine, Hrsg.: VVN- BdA Lüneburg, 2004

Lüneburg 1933 – eine Stadt wird braun

Wurden die Lüneburger - sozusagen „über Nacht“ - in ihrer Mehrheit zu Verfolgern, zu Faschisten? Sicherlich nicht. Die meisten verhielten sich apolitisch gegenüber den neuen Machthabern, viele auch opportunistisch. Richtig aber ist, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung Lüneburgs keineswegs aktiv gegen die „neue Mehrheit“ der Nazis wandte.

Blenden wir zurück:

Es ist bekannt, dass die Lüneburger Ortsgruppe der NSDAP bis Anfang 1933 recht klein war und dass die wenigen Kundgebungen und Demonstrationen der SA in Lüneburg - bis 1933 - niemals von der Lüneburger Gruppe allein durchgeführt wurden - man hätte sich wohl mit den 10 - 15 Leuten lächerlich gemacht - sondern immer SA- Abteilungen des Landkreises hinzugezogen wurden. Lüneburg war also - so lässt sich schlussfolgern - keine „von sich aus“ faschistische Stadt. Lüneburg stand in den Jahren bis 1933 nicht an der Spitze der nationalsozialistischen Bewegung.

Trotzdem vollzog sich in den Jahren 1932/33 auch im Stadtkreis ein politischer Wandel, der sich schließlich in 8448 NSDAP- Wählerstimmen bei der Reichstagswahl am 12. März 1933 niederschlug (5479 Stimmen waren es vier Monate vorher bei der Reichstagswahl im November 1932).

Welche Beweggründe veranlassten nun diese Lüneburger, die NSDAP zu wählen? Welche gesellschaftlichen Kräfte waren es, die einen solchen politischen Umschwung bewirkten? Dabei schien es doch zunächst um die Jahreswende 1932/33 so, als sei die faschistische Gefahr abgewandt. Der scheinbar „unaufhaltsame“ Aufstieg der NSDAP wurde mit den Reichstagswahlen vom November 1932 nicht nur gestoppt. Die Nazis erlitten eine empfindliche Wahlniederlage. Zwar blieben sie die stärkste

Reichstagsfraktion, aber ihr Anteil an Reichstagssitzen ging von 230 auf 196 zurück. Zudem waren die Nazis - trotz der vielen Spenden, die sie von der Industrie erhielten - stark verschuldet.

Der Kern des Nationalsozialismus als dominierende Bewegung, die Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Partei und der massiven Unterstützung durch die Großindustrie und die Banken, trat aber jetzt in den folgenden Wochen deutlich hervor. Nach den relativ erfolglosen Versuchen, die ökonomische und politische Krise mit verschiedenen Formen der Außerkraftsetzung der politischen Demokratie (Notstandsverordnungen, Präsidialdiktatur) zu überwinden, setzte nun das deutsche Großkapital auf den Nationalsozialismus und opferte somit bewusst die politische Demokratie der Weimarer Verfassung auf dem Altar der Profitmaximierung. Es folgte jetzt sowohl die indirekte als auch direkte Einflussnahme auf den Reichspräsidenten Hindenburg mit dem Ziel, dass dieser Hitler zum Reichskanzler ernannt. Gleichzeitig wurden den Nazis erhöhte finanzielle Zuwendungen gewährt, sozusagen im Tauschhandel gegen die Ausschaltung der politischen Gegner: der Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter. Am 30. Januar 1933 schließlich war dieses Ziel erreicht: Der Reichspräsident Hindenburg ernannte Hitler zum Reichskanzler. Hitler bildete die Regierung der „Nationalen Erneuerung“.

Und schon marschierte auch in Lüneburg die „Nationale Bewegung“ am folgenden Tag. Zwar waren es erst 800 Teilnehmer (so berichteten die Lüneburgischen Anzeigen), die sich da „... in straffer Manneszucht aller Beteiligten“ durch die Straßen Lüneburgs bewegten und schließlich vor dem Rathaus eine „nationale Rede“ zu hören bekamen - aber es waren immerhin schon 800 Menschen.

Die Ortspolizeibehörde
in Lüneburg.
Lüneburg, den 2. Februar 1933.

U. S. D. A. P. 15.

Geschäftszahl: 4041
Grußnummer: 4042
Ausweis und Unterschrift: 41
in der Stadt Lüneburg.
Grußnummer: 4110
in der Stadt Lüneburg.

Betrifft: Am 1. Februar 1933 um 20 Uhr veranstaltete die U. S. D. A. P. gemeinsam mit dem Stahlhelm, anlässlich der Regierungsbildung und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, einen Packenzug. Die Aufstellung erfolgte auf dem Schiessgrabenplatz.

Ohne Verfügung. Die Leitung hatte der Oberführer Regierungsinsektor H a s s e .

Hat keine Anlage. Am dem Packenzug nahmen etwa 800 Personen teil. Davon waren etwa 500 Stahlhelmitglieder und 300 Mitglieder der U. S. D. A. P. Die Teilnehmer befanden sich in ihren Uniformen.

Am Zuge befanden sich von jeder Organisation eine Musikkapelle mit je einem Trommler- und Pfeifferkorps.

Der Stahlhelm führte eine Gruppe mit 8 Fahnen in Zuge mit.

Die U. S. D. A. P. führte 2 Fahnen mit. Der Packenzug marschierte durch mehrere Straßen der Stadt und traf um 21 Uhr auf dem Marktplatz ein. Für die U. S. D. A. P. sprach der Oberführer Erich Hase. Für den Stahlhelm sprach der Architekt Edwin

Edwin Reith, hier, Schifferwall 1 wohnt. Der Umzug selbst verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Als der Zug die Ecke Heiligengeiststrasse - bei der Lambertikirche passierte, wurden die Teilnehmer des Packenzuges von politisch Andersdenkenden beschimpft und arg bedrängt. Die angesammelte Menschenmenge wurde aufgefordert, die Straße zu räumen. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, musste von dem Polizeiknüppel Gebrauch gemacht werden. Der Zug löste sich gegen 22 Uhr im Schiessgraben auf.

Zur Unterstützung der hiesigen Beamten wurde mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten ein Schutzpolizeikommando aus Harburg-Wilhelmsburg von 1 Führer und 14 Beamten nach hier abgeordnet. Das Schutzpolizeikommando traf gegen 18 1/2 Uhr hier ein. Die Entlassung des Kommandos erfolgte gegen 23.40 Uhr.

Gegen 23 1/2 Uhr mussten kleinere Gruppen, vermutlich Angehörige der K. P. D., „auf der Altstadt“ zerstreut werden. Auch hier wurde vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht.

Der Herr Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg hat Abschrift des Berichts erhalten.

6

Edwin Reith, hier, Schifferwall 1 wohnt. Der Umzug selbst verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Als der Zug die Ecke Heiligengeiststrasse - bei der Lambertikirche passierte, wurden die Teilnehmer des Packenzuges von politisch Andersdenkenden beschimpft und arg bedrängt. Die angesammelte Menschenmenge wurde aufgefordert, die Straße zu räumen. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, musste von dem Polizeiknüppel Gebrauch gemacht werden. Der Zug löste sich gegen 22 Uhr im Schiessgraben auf.

Zur Unterstützung der hiesigen Beamten wurde mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten ein Schutzpolizeikommando aus Harburg-Wilhelmsburg von 1 Führer und 14 Beamten nach hier abgeordnet. Das Schutzpolizeikommando traf gegen 18 1/2 Uhr hier ein. Die Entlassung des Kommandos erfolgte gegen 23.40 Uhr.

Gegen 23 1/2 Uhr mussten kleinere Gruppen, vermutlich Angehörige der K. P. D., „auf der Altstadt“ zerstreut werden. Auch hier wurde vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht.

Der Herr Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg hat Abschrift des Berichts erhalten.

Ripa



Die nationale Bewegung marschiert

**Feierzug durch Lüneburg. — Starke Beteiligung der Bevölkerung.
Führersprüche vor dem Rathaus.**

Sie treten in Ordnung.

Wie reibungslos und schnell der Tauschhandel zwischen Großindustrie und Nazis in den ersten Ansätzen durchgeführt wurde (politische Macht für die Nazis gegen die Ausschaltung der Gegner) erfuhr der Leser der Lüneburgischen Anzeigen am 2. Februar 1933. Zum einen las er einen Bericht über die Kundgebung der „Nationalen Bewegung“ mit den Ausführungen von Oberführer Hasse:

„... wir verbitten es uns und werden es - notfalls mit unseren deutschen Fäusten - verhindern, dass noch jemals auf diesen Straßen ungestört der Ruf 'Heil Moskau' ertönt (langanhaltender Beifall)“ und zum anderen die Notiz: *„Verbot aller KPD-Umzüge. Die Ortspolizeibehörde Lüneburg hat alle Versammlungen und Umzüge der KPD und ihrer Nebenorganisationen verboten.“*

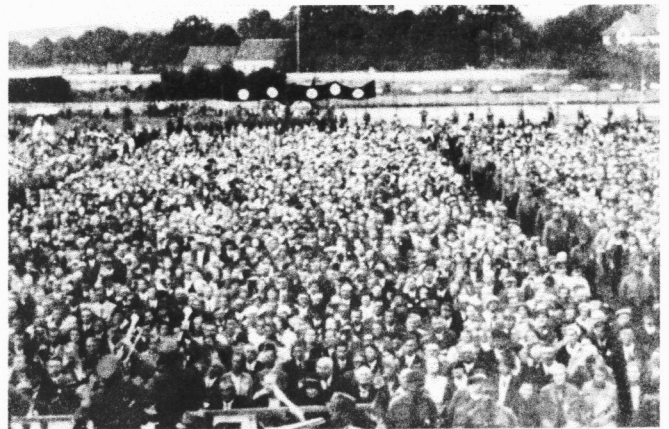
Mit dem Versuch, zunächst die Kommunisten auszuschalten, begann auch in Lüneburg der Kampf der Nazis gegen ihre politischen Gegner. Und es blieb nicht bei den Kommunisten.

Dabei war diese Zielsetzung der Nazis den Lüneburgern gut bekannt. Sowohl die offizielle Literatur der Nazis als auch Hitler selbst brachten sie überaus deutlich zum Ausdruck. Als Hitler am 20. Juli 1932 im Rahmen des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen zum 31. Juli 1932 auf dem Lüneburger MTV-Platz in der Uelzener Straße sprach, machte er auch im Hinblick auf die von ihm beabsichtigte Ausschaltung seiner politischen Gegner keinen Hehl.



Hitler in Lüneburg

„Wenn meine Gegner mir heute vorhalten, dass ich die satanische Absicht habe; die anderen Parteien nicht mehr gelten zu lassen, dann haben sie den Nagel auf den Kopf getroffen! Diese Absicht habe ich!“



Hitler-Kundgebung in Lüneburg 1932

Also war Lüneburg doch frühzeitig - sogar schon 1932 - nationalsozialistisch?

Sicherlich nicht. Denn wir wissen, dass die Nazis bei den Wahlen - selbst bei den schon überhaupt nicht mehr freien Wahlen am 5. und 12. März 1933 - in der Stadt nie die Mehrheit der Lüneburger/-innen erreichen konnten. An diesem denkwürdigen Tag im Juli 1932 auf dem MTV-Platz ist aber dennoch deutlich zu erkennen, dass der politische und ideologische Boden auch in Lüneburg für die Nazis recht günstig war. Aber die Hitler-Gegner waren noch in der Oberzahl und ließen es auch an Aktionen nicht fehlen. Während nämlich „das eine Lüneburg“ den Kundgebungsplatz zur Verfügung stellte (MTV) und die Mikrophon- und Lautsprecheranlage dort installierte (eine bekannte Lüneburger Radiofirma), brachte es „das andere Lüneburg“ fertig, diese Lautsprecheranlage während der Ansprache Hitlers eine Zeit lang außer Betrieb zu setzen, wodurch auf der Rednertribüne ein mittelschweres Chaos entstand. Nicht das gesamte Lüneburger Kleingewerbe und der Kleinhandel standen damals auf Seiten der Reaktion. Den „Anschlag“ auf die Lautsprecheranlage besorgten nämlich die Mitarbeiter einer weiteren bekannten Lüneburger Radiofirma.

Warum konnte aber Hitler überhaupt in Lüneburg auftreten? Warum stellte der MTV Hitler seinen Sportplatz zur Verfügung? Waren denn die Sportvereine Lüneburgs ein Hort der Nazis?

Sicherlich waren es die Lüneburger Sportvereine in ihrer Gesamtheit nicht. Die Arbeiterschaft nämlich war - soweit sie sich in Vereinen sportlich betätigte - im ATL (Arbeiterturnerschaft Lüneburg) organisiert (Parole: frisch, frei, stark, treu) und stand nicht nur sportlich, sondern auch ideologisch im krassen Gegensatz zu den in der Deutschen Turnerschaft organisierten Sportvereinen (Parole: frisch, fromm, fröhlich, frei). Während aber die der Deutschen Turnerschaft angeschlossenen konservativ-reaktionären Lüneburger Sportvereine bereit waren,

bei Veranstaltungen der Nazis offiziell teilzunehmen, sang Ernst Lüdemann (er war Turnwart der Arbeiterturner) noch zwischen dem 30. Januar und 1. Mai 1933 mit seinen Turnern die „Internationale“ („aus Wut sehr laut“).

Sportvereinigung Eintracht und dem Verein Treubund von 1848.

Charakteristisch für die antidemokratische Geisteshaltung dieser Lüneburger Sportvereine sind auch die Ausführungen des 1. Vorsitzenden des LSK,

Ostd. Meyer, vom Mai 1933 anlässlich der Monatstagung des Vereins. Rückblickend auf die Machtübernahme Hitlers führte er - sicher auch zum Teil in „zeitgemäßer“ Oberbetonung manchen Gedankens - aus: "... dass die eingetretenen Ereignisse für den Sport nur zu begrüßen seien. ...so könne der Verein die eingetretene Umwälzung nur auf das Wärmste begrüßen. Der LSK habe seine nationale deutsche Gesinnung niemals verleugnet. Seinem alten Wahlspruch 'Es ist fürs Vaterland, wenn wir zu spielen scheinen' sei er stets treu geblieben. ...Obwohl bei der Einstellung des gesamten LSK eine Gleichschaltung nicht erforderlich gewesen wäre, so wurde diese trotzdem formell vorgenommen. Das Resultat war, dass sämtliche Vorstandsmitglieder und Obleute von Ausschüssen, nachdem eine formelle Erklärung von ihnen abgegeben worden war, ihre Ämter behielten."

Auch über den Stellenwert der Weimarer Verfassung für den Verein machte Meyer Ausführungen: "Wenn von Gegnern unseres Vereins...an

maßgeblicher Stelle von dem LSK gesagt worden sei, er stünde nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, so hatten diese Leute recht."

Aber nicht nur der so genannte kulturelle bürgerliche Bereich, der Bereich des täglichen Lebens außerhalb der Arbeit, auch „das große Geld“ Lüneburgs, die Sparkassen und Banken stellten rechtzeitig die Weichen auf die neue Zeit um.

Auch das für Lüneburg typische Kleingewerbe, Handwerk und der Handel in ihren organisierten Spitzen stellten sich auf die neuen Verhältnisse ein. Stellvertretend sei hier der Richtungswechsel im Kreishandwerkerbund (KHB) genannt: Während bis 1930 die Politik des Lüneburger Magistrats mit gemäßigter Kritik begleitet wurde, wuchs im Laufe des

Tag der erwachenden Nation!

4. März 1933

Die nationale Bewegung fordert auf zur Beteiligung an den Kundgebungen, die am Sonnabend als dem Vortag der Befreiung Deutschlands überall in deutschen Gauen veranstaltet werden. Ueberall werden die Freiheitsfeuer auf den Bergen lodern. Auch in Lüneburg nimmt das nationale Deutschland die Macht endgültig in Besitz!

Das neue Deutschland marschiert am Sonnabend durch Lüneburg

Antreten um 8 Uhr 30 am Schießgraben!

Einwohner Lüneburgs!

Niemand darf fehlen! Flaggen heraus!

Arbeitgeber, gebt Euren deutschen Brüdern in Euren Betrieben rechtzeitig frei, damit jeder Deutsche in Lüneburg an der Kundgebung teilnehmen kann!

Einig im Bekenntnis zur Nation:

NSDAP.

Kampffront Schwarz-weiß-rot.

Arbeitgeberverband Lüneburg e. V., — Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband — Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz — Freiwilliges Schützenkorps — Hannoverscher Kriegerverein — Kreishandwerkerbund Lüneburg — Kreiskriegerverband Lüneburg — Lüneburger Sportklub — Sportvereinigung Eintracht — Männerturnverein von 1848 — Treubund von 1848 — Verein ehem. 16er Dragoner — Verein Lüneburger Kaufleute.

LA 02.03.1933

Die Arbeiterturnerschaft wurde wegen ihrer politischen Ausrichtung im Mai aufgelöst. Karl Beetsch, der Vorsitzende des ATL, verkaufte noch schnell vorher sämtliche Turngeräte (zum Stückpreis - ob Barren oder Reck - von 2,- RM). Als einige Tage später die SA das Vereinsvermögen beschlagnahmen wollte, hatte sie damit keinen Erfolg. Ein Vermögen gab es bereits nicht mehr.

Demgegenüber stellte der MTV - wie auch die anderen bürgerlichen Lüneburger Sportvereine - sehr wohl einen politischen Nährboden für die Machtübernahme der Nazis dar.

Zur Demonstration der Nazis am Vorabend der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde schließlich vom MTV ebenso aufgerufen wie vom LSK, der

Jahres 1931 schon die verbale Radikalität dieser organisierten (ständischen) Interessenvertretung der Handwerker. Immer mehr Handwerker schlugen sich auf die Seite der Reaktion. Der Vorsitzende des KHB, Bäckermeister Greul, vertrat zwar die Position, dass die NSDAP bislang keine klaren Antworten auf wirtschaftspolitische Fragen gebe. Es wurde aber schon beschlossen, einen kompetenten Nazi zu dieser Frage einzuladen und anzuhören. Die Kritik des KHB am Lüneburger Magistrat verschärfte sich in den folgenden Monaten derart - und daran hatte der Geschäftsführer des KHB, Struck, keinen unwesentlichen Anteil -, dass sämtliche offizielle Beziehungen des Magistrats zum KHB abgebrochen wurden. Wohlbermerkt - von einem mehrheitlich bürgerlich besetzten Magistrat.



Das neue Deutschland zu bauen! Geld bleibt auch in Zukunft ein wichtiges Mittel zum Wiederaufstieg. Durch die Sparkasse bist auch Du Helfer! - Denk daran und war auch Du bei Deiner

Kreissparkasse zu Lüneburg, Sparkasse der Stadt Lüneburg

LA 21.4.1933

Im Frühjahr 1932 war im KHB die parteipolitische Umorientierung zugunsten der "Nationalen Opposition" (national-konservative Kreise und Nationalsozialisten) vollzogen.

Nach dem Positionswechsel einiger Vorstandsmitglieder (zugunsten der Nazis) wurden - als Repräsentanten der Parteien - nur noch Mitglieder der NSDAP eingeladen, bis schließlich die Anwesenheit des Ortsgruppenleiters der NSDAP auf den Sitzungen des KHB quasi institutionalisiert wurde. Auch hier bei den Handwerksmeistern Lüneburgs wurde der Pakt mit dem Teufel zugunsten des Profits geschlossen. Die Kritik der NSDAP an der

Gewerbefreiheit und so genannter liberalistischer Wirtschaftsauffassung der Weimarer Verfassung und bisheriger Regierungen ging einher mit der Orientierung auf eine harmonisierende berufsständische Wirtschaftsorganisation.

Diese - ja mehr mittelalterlich anmutende - Perspektive, die aber den Handwerksmeistern ein gesichertes finanzielles Einkommen und wieder größeres politisches Gewicht versprach, war den Handwerksmeistern wichtiger als das „demokratische Beiwerk“ der Weimarer Verfassung, das Hitler ja bekanntlich über den Haufen werfen wollte.

Der Schritt zur offiziellen Unterstützung der NSDAP durch den Handwerkerbund bei den Reichstagswahlen vom April und Juli 1932 stellte den vorläufigen Abschluss dieser gewollten Indienststellung des Handwerksbundes für die Interessen der Nazis dar.

Auf der der Machtübertragung an Hitler folgenden Vollversammlung der Handwerkskammer in Harburg (dazu gehörten die Bezirke Stade und Lüneburg) wurde dann auch „konsequent“ die Abschiednahme von den Weimarer Zuständen „... mit Freude und Genugtuung begrüßt“.

50. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Harburg. LA 28.2.'33

Im Anschluß an den Geschäftsbericht nahm die Vollversammlung einmütig nachstehende

Entschließung

an: „Die 50. Jubiläums-Vollversammlung der Handwerkskammer Harburg begrüßt mit Freude und Genugtuung die Bildung der nationalen Regierung. Das Handwerk weiß, daß es nicht möglich ist, das Trümmersfeld einer 14jährigen Mißwirtschaft des Parlamentarismus plötzlich in eine blühende Volkswirtschaft umzuwandeln. Wir sind aber fest überzeugt, daß Tatkraft und Wille der neuen Führung mit Unterstützung aller arbeitswilligen Kräfte sehr bald einen schrittweisen Wiederaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeiführen werden. Das Handwerk ist vorbehaltlos bereit, an dieser hoffnungsvollen Entwicklung

Natürlich fehlte auch der KHB Lüneburg nicht auf der Liste der Aufrufer zur Demonstration und Kundgebung am Vorabend der Reichstagswahlen zum 5. März 1933 zugunsten der "Nationalen Regierung“.

Und wie verhielten sich die öffentlichen Verwaltungen Lüneburgs in jenen Tagen und Wochen? Die Reichswehr, die Justiz?

Umfangreiche Säuberungswellen jedenfalls mussten in Lüneburg von den Nazis nicht durchgeführt werden. Dazu war die Mehrheit der öffentlich Bediensteten nicht demokratisch genug.

Ausgerichtet - zumindest in der Führung - an einem Obrigkeitsverständnis des Kaiserreiches, auf das System von „Befehl und Gehorsam“ abgestellt, von „Ordnung und Unterordnung“, gab es - von einigen Entlassungen und Umbesetzungen abgesehen - eigentlich keine großen Probleme für die Nazis. Zu

groß war der vom Apparat der Verwaltung unterstützte Opportunismus oder die Uninteressiertheit des Beamten- und Angestelltenkörpers bei der Verwaltung der Stadt und des Landkreises und der Bezirksregierung.

Welche Rolle die Lüneburger Justiz spielte, wird noch zu schildern sein. Ein Dokument trifft zu diesem Punkt aber eine recht eindeutige Aussage:

Ortspolizeistelle

Harburg-Wilhelmsburg, den 1. Juni 1934

Betrifft : Tagesbericht.

Bezug : Erlass vom 24. Mai 1934 - B 6 2146.

Zu Ziffer I - III :

Fehlanzeigen.

Zu Ziffer IV :

A) Allgemeines.

Im allgemeinen ist ein Beunruhigung der politischen und wirtschaftlichen Lage im Staatspolizeibezirk nicht eingetreten. Leider hat die Arbeitslosigkeit besonders in der Stadt Lüneburg wieder zugenommen und ist auch wenigstens für die nächsten Wochen mit einer weiteren nicht unerheblichen Zunahme der Erwerbslosen zu rechnen. Dies hat seine

In engen Zusammenarbeiten mit der P.O. der NSDAP. ist es der Staatspolizeistelle gelungen, mehrere ganz üble Gerüchtemacher, die sich nicht etwa nur in den Kreisen, die der Partei feindlich gegenüber gestanden haben oder noch heute stehen, sondern auch in den eigenen Kreisen der Partei befinden, dingfest zu machen. Dies allein hätte aber bei den unzulänglichen Bestimmungen über Schutzhaft usw. den erwünschten Erfolg, nämlich eine ausserordentlich ermüthende und einschüchternde Wirkung auf die Bevölkerung dennoch nicht herbeiführen können, wenn nicht auch die Staatsanwaltschaft in Lüneburg d.h. der Oberstaatsanwalt und der Sachbearbeiter Assessor Kerf darauf gedrungen hätten, dass diese Fälle in einem richtigen Schnellverfahren abgeurteilt werden. Meine wiederholten Klagen über eine viel zu langsame und daher für die politischen Zwecke nutzlose Strafgerichtsbarkeit finden erfreulicher Weise auf Staatsanwaltschaft und Landgericht Lüneburg keine Anwendung. Gleichwohl ist es bedauerlich, polizeistellen, die niemals ohne

sich das offizielle Büro der „Freicorps“ (jener reaktionären Kreise, die den 1. Weltkrieg noch nicht als beendet ansahen, und die die „Schmach der Niederlage“ nicht annehmen wollten) im Casino der Lüneburger Reichswehrkaserne.

Entscheidenden Einfluss auf die „öffentliche Meinung“ Lüneburgs aber hatte sicher die „veröffentlichte Meinung“, hatten die Zeitungen.

Neben der sozialdemokratischen Presse gab es in Lüneburg die auflagenstarken „Lüneburgschen Anzeigen“ und das „Lüneburger Tageblatt“.

Das „Lüneburger Tageblatt“ (Apothekenstraße) war seit jeher ein konservatives bis reaktionäres Blatt, herausgegeben vom „Stahlhelm“-Mitglied Otto Ackermann. Kein Wunder also, dass das „Tageblatt“ schon vor dem 30. Januar die Ereignisse im Sinne einer „deutsch-nationalen“ Berichterstattung kommentierte. Die Druckerei des „Tageblattes“ sicherte sich dann in der Folgezeit auch die Aufträge für den Druck des „Niedersachsenstürmer“.

Demgegenüber stellten sich die „Lüneburgschen Anzeigen“ (LA) erst gegen Ende 1932 eindeutig auf deutsch - nationalen Boden.

Nach dem 30. Januar 1933 aber diktierten dort die „neuen Verhältnisse“ die Berichterstattung. Von nun an fand sich in den LA kein neutraler oder positiver Bericht über die Verhältnisse oder Institutionen der Weimarer Republik. Die Lüneburger wurden auch von der auflagenstärksten Tageszeitung mit einer wahren Flut nationalistischer Propaganda bedacht. Viele, sehr viele Meinungen wurden dadurch geprägt.

Ein wesentlicher Kern dieses Umschwungs zu den Nationalsozialisten - das

Profitstreben der Zeitungsverleger - wird in einer Anzeige sehr deutlich, die unmittelbar nach den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen in den LA erschienen. (s. S. 11)

In Lüneburg - wie auch in anderen Städten mit kleinstädtischem Charakter - gab es eine besonders rechtsradikale Szene - die Vereine und Vereinigungen, die sich den deutschnationalen Gedanken verpflichtet fühlten und in ihrer meinungsbildenden Wirkung nicht weniger wirksam waren als die veröffentlichte Meinung.

Und die bewaffneten Staatskräfte, die Reichswehr? Trat sie nach den wiederholten Anschlägen auf die Weimarer Republik für die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Grundsätze ein?

Wir wissen es heute: Das Offizierscorps zögerte nach entsprechenden Zusagen zur Beibehaltung alter Traditionen und persönlichen Besitzstandes durch Hitler keinen Augenblick, die Weimarer Republik zu Grabe zu tragen. Die Lüneburger Reichswehrführung hatte daran jedenfalls regen Anteil. Und diese Geisteshaltung der Lüneburger Offiziere war keineswegs neu: Schon in den 20er Jahren befand

Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot

über dem Lüneburger Regierungsgebäude. -
Tausende wohnen dem erhebenden Schauspiel bei.

LA 10.3.'33

Wie ein Lauffeuer durcheilte gestern vormittag die Nachricht unsere Stadt, daß als äußere Kennzeichnung der neuen Zeit und des neuen im deutschen Vaterland herrschenden Geistes auf dem

Gebäude der Regierung am Ohsenmarkt

die Fahnen des neuen Deutschland aufgezogen wurden. Immer mehr Menschen sammelten sich auf dem Markt, und als gegen 1 Uhr mittags die ersten Klänge der Marschmusik das Rollen der Ehrenkompanie der SA und des Stahlhelm ankündigten, da füllte

eine freudig bewegte, riesige Menge den weiten Platz.

Die Abperrungsmannschaften hatten Mühe genug, den Raum vor dem Gebäude der Regierung freizuhalten, in dessen Fenstern die Spitzen der Behörden der Weichstunde bewohnten. — Immer näher kam die Ehrenkompanie — voran die Standartenkapelle und die SA mit ihren Sturmfasen, dann der Stahlhelm unter dem ruhmreichen Banner des Weltkrieges. Mit der Front zum Gebäude wurde Aufstellung genommen. Ein scharfes Kommando: „Stillgestanden!“ — „Es ist die Flogge!“ — und

unter den Klängen des Präzidentenmarsches flogen an den Masten das Hakenkreuzbanner und die alte schwarz-weiß-rote Flagge empor, flatterten lustig im Frühlingswind als ein Zeichen dafür, daß auch für das junge, nationale Deutschland der Frühling angebrochen. Ehrfürchtig grüßte die Menge die

Fahnen und stimmte begeistert ein in das von SA-Oberführer Haffe ausgebrachte Sieg-Heil auf den greissen Reichspräsidenten, die Männer der neuen Reichsregierung und das deutsche Vaterland. Wie ein Freischwur erklang draußend das Deutschland-Lied zum Himmel.

Unter flotten Marschklangen ging es dann zum

Sandratsamt.

Alles marschierte mit, groß und klein, im gleichen Schritt und Tritt. Auch hier entfalteten sich bald die Banner des neuen Deutschland. Nachdem dann noch auf dem

Schanneum

die gleichen Farben aufgezogen waren, hatte die feierliche Handlung ihr Ende gefunden. Und die Lüneburger waren sich der Bedeutung des Vorganges bewußt, sie waren freudigen Herzens dabei, und mancher, der gestern noch ablehnend beiseite stand, er wird hoffentlich bald lernen, daß

sein Platz als Deutscher nur bei Deutschen sein kann.

Er wird dann genau wie gestern ein blondes deutsches Mädel sagen: „Ich mußte eigentlich schon um 1/2 1 Uhr im Geschäft sein, aber dies mußte ich doch erst erleben!“ J. R.

Es waren die Vereine des Lüneburger Bürgertums: Der Deutsch- Evangelische Frauenbund ebenso wie des Kolonial - Jugendcorps, das Freiwillige Schützencorps Lüneburg, die Ortsgruppe Lüneburg des Vereins Deutscher Schäferhunde etwa, der Verein für das Deutschtum im Ausland oder die unzähligen weiteren Bürger-, Schützen- und Gardevereine Lüneburgs, die teilweise auch mit offiziellen staatlichen Stellen (z.B. der Reichswehr) gemeinsame Sache zugunsten des „deutschen Gedankens“ machten. Ende der 20er Jahre existierten in Lüneburg mehr als zwei Dutzend verschiedene Kriegervereine und Vereine mit gleicher Zielsetzung.

Ein Vorstandsamt in einem dieser deutschnationalen Vereine sicherte den Mitgliedern der „gehobenen Schicht“ Ansehen, Macht, Einfluss und Besitzstand. Dabei war es selbstverständlich, dass diese Vereine durch gemeinsame Vorsitzende, zumindest aber das gleiche reaktionäre Gedankengut und zeitweise auch gemeinsame Veranstaltungen untereinander zusammen arbeiteten und

dadurch ihre militaristische Stoßrichtung einen größeren Einfluss gewann (z.B. pflegten der Gardeverein, der Kriegerverein, der Verein Jäger und Schützen intensive Kontakte).

Adolf Hitler
Deutsche Hausfrau!
Kaufe keine ausländischen Frühkartoffeln!
In 4 Tagen kann der deutsche Landwirt, der immer um seine Existenz ringt, deutsche Frühkartoffeln, die besser im Reichsmarkt sind als 1-2 ausländische Erzeugnisse, zu angenehmen Preisen auf den Markt bringen.

Deutsche Hausfrau!
Kaufe deutsche Frühkartoffeln von deutschen Bauern!

DUNOP
1893-1933
40 JAHRE DEUTSCHE QUALITÄTS-ARBEIT

Café Restaurant Rauno
Anlässlich des Geburtstages unseres Reichskanzlers Adolf Hitler.
Deutscher Abend
Verlängerte Polizeistunde.

N.S.D.A.P. Bardwin!

Bahnhofs-Hotel.
Sonntag nachmittag ab 4 Uhr
Konzert-Tanzeinlagen
abends 8 Uhr bei freiem Eintritt
Deutscher Tanzabend

Schützenhaus
Sonntag, den 9. April 1933
Gr. Tanzkränzchen!
Musik — Stimmung — Humor
Beginn 20 Uhr

Die Anwesenheit bei einem Schützenfest gestaltete sich nun auf einmal als „nationale Pflicht“. Aus einer geselligen Feier wurde bei diesen Vereinen eine „vaterländische Feier“ oder ein „deutscher Abend“ mit - natürlich – „deutschem Tanz“.

Deutlicher konnte kaum der ökonomische Kern des Nationalismus zum Ausdruck gebracht werden: Bei einer auf das Angebot des Inlands beschränkten Nachfrage nach Gütern ist natürlich die ausländische Konkurrenz ausgeschlossen und wird die „Konkurrenz“

Lüneburgschen Anzeigen 12.6. '33

Wöchentliches Kreisblatt für den Landkreis Lüneburg

Undeutsche Bücher werden verbrannt! — Unsere gelesen!

Kaufen Sie sich für Ihre Sommerreise:



Das Rathaus zu Lüneburg

von Wilh. Reinecke, Bilder u. Buchschmuck von Arthur Illies, RM.

10⁵⁰

Vom alten Schlag

von Johanna Gennerich, ein Heide-Altländer-Roman, das einzige erzählende Buch vom alten Lande RM.

5⁰⁰

Kloster Lüne

eine Erzählung aus Lüneburgs Reformationszeit von Wilh. Jastram,

4⁰⁰

Vor 250 Jahren

ein Heimatroman aus Hamburgs Vergangenheit im Zusammenhang mit der Lüneburg-Heide von Wilh. Jastramm RM.

4⁰⁰

Verlag: v. Sternsche Buchdruckerei G. m. b. H., Lüneburg, Am Sande 30/31.

Der Vorstand der Sportvereinigung Eintracht von 1903 e. V. hatte gleich nach der Festigung der Macht der Nazis nichts Eiligeres zu tun, als seinem Sportplatz in der Hasenburg den Namen „Hermann-Göring-Sportplatz“ zu geben.

Selbst aus Antialkoholikern wurden „Enthaltsamkeits-Nazis“. Auf einem Treffen im Juni in Adendorf (jetzt hießen sie „Wehr-Templer“) verkündeten sie:

„Unser Volkskanzler Adolf Hitler gibt dem deutschen Volke durch seine persönliche Enthaltsamkeit von Alkohol und Tabak das Beispiel, das die Wehr-Templer von einer verantwortungsbewussten Volksführung erwarten, denn die Guttemplerarbeit war von jeher eine nationale und soziale.“

Und fleißig wurden die Geschäfte gemacht: Da bot eine Konfektionshandlung - in den LA - Uniformen aller Größen an, da priesen die Firmen Popken und Wiebols die preiswerten Fahnenhalter vom Typ „Fanal“ an.

An die „deutsche“ Hausfrau wurde appelliert - per Anzeige - keine ausländischen Frühkartoffeln zu kaufen.

reduziert auf die inländischen Anbieter. Es reduziert die Anzahl der Profiteure und erweitert gleichzeitig deren Profitmöglichkeiten.

Und niemand hat in Lüneburg etwas von der Schreckensherrschaft der Nazis geahnt?

In einem Bericht über eine Gau-Tagung der NS-Pädagogen (Nationalsozialistischer Lehrerbund = NSLB) in Lüneburg konnten die Lüneburger/-innen bereits am 14. Juni 1933 allzu deutliche Worte über die Haltung dieser NSDAP-Gliederung lesen:

„Der letzte Grund unseres Staates ist ein gesunder Volksegoismus, der eventuell auch auf brutale Mittel nicht verzichten kann.“

Die Verfolgung und - zum Teil physische - Vernichtung der Arbeiterbewegung war für die Nazis der erste Schritt zur „Gesundung des Staates“ - auch in Lüneburg.

Die Arbeiterparteien am Vorabend der Machtübertragung an Hitler

Der Kampf der organisierten Arbeiterbewegung Lüneburgs gegen den aufkommenden Faschismus begann nicht erst 1933. Er begann wesentlich früher im Kampf gegen die ökonomischen und politischen Wurzeln des Nationalsozialismus: In gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, im Kampf gegen die Notverordnungen, Arbeitslosigkeit und soziale Not, in der direkten Konfrontation mit den Nazis.

Die Lüneburger Stadtteile Innenstadt, Hagen, die Siedlungen um das Industriegebiet Goseburg und - Anfang der 30er Jahre - um den Meineckenhof waren politisch und kulturell von der Arbeiterbewegung beherrscht.

„Unsere Altstadt war rot. Da trauten sich die Nazis vor 1933 auch nicht rein“, berichtet ein Veteran. Hier wie in den anderen Arbeiterbezirken galt es als selbstverständlich, Mitglied der Freien Gewerkschaft zu sein, sich Sozialdemokrat oder Kommunist zu nennen und/oder den Bündnisorganisationen der Arbeiterparteien anzugehören, dem Konsumverein „Eintracht“, der Arbeiterturnerschaft (Arbeiterturnerschaft Lüneburg - ATL -), dem Radfahrerbund „Solidarität“, den Arbeiterkrafthoffern, dem Volkschor Lüneburg, dem Arbeiter-Samariterbund, der Arbeiterwohlfahrt, dem Roten - Frontkämpfer - Bund (bis ca. 1929), deren Schalmeienkapelle oder deren Chor, dem Kampfbund gegen den Faschismus, der Roten Hilfe, und aktiv in der Interessensvertretung im Betrieb oder im Erwerbslosenausschuss tätig zu sein.

Man traf sich in Kneipen: die Sozialdemokraten im Volkshaus (Gewerkschaftshaus, heute „Skala- Kino“), die Kommunisten z.B. im „Algier“ (heute: „Rotes Tor“) oder bei Illert (heute: „Lilienthal“) und sah sich auf gemeinsamen gewerkschaftlichen Veranstaltungen im Volkshaus.

Ein Gegner der Lüneburger Arbeiterbewegung, der Lüneburger Stadtarchivar, zeitweiliger Leiter des Museums und der Stadtbibliothek, Wilhelm Reinecke, beschreibt in seinem auch heute noch viel gelesenen Buch über Lüneburgs Stadtgeschichte die Atmosphäre vor dem Volkshaus so:

„Abend für Abend und gar bei Sonnenlicht sah man üble Häuflein von Männern, Frauen und Kindern einer Musik folgen, deren schrille Misstöne offenen Hass hinauspfiffen und -trommelten“.

Wenngleich der kulturelle Bereich, die persönlichen Bekanntschaften und nachbarschaftlichen Kontakte hier auch recht eng waren und auch im Bereich der ökonomischen Interessenvertretung die Gemeinsamkeiten der Arbeiterfamilien dominierten (es gab in Lüneburg neben dem Ortskartell des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes - ADGB - weder christliche Gewerkschaften noch die

anderenorts notwendige Rote Gewerkschaftsopposition), wurde doch der politische Trennungsstrich scharf gezogen: Hier Sozialdemokraten, dort Kommunisten.

Diese für die Interessenslage der arbeitenden Bevölkerung verhängnisvolle Spaltung der politischen Organisation der Arbeiterbewegung war auch in Lüneburg wirksam. Diese Spaltung hemmte nicht nur die Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung, sie beendete auch Freundschaften und schuf gegenseitige Feindbilder und Vorurteile, die derart stark waren, dass die Arbeiterbewegung in ihrer Führung nicht einmal kurz vor ihrer existenziellen Vernichtung - Anfang 1933 - zusammenfand.

Ein Ereignis schildert diese verhängnisvolle Entwicklung in besonderer Weise:

Anlässlich einer Wahlversammlung der SPD in Hitzacker traf der Lüneburger SPD - Sekretär Karl Markwardt (der als Referent sprach) mit dem Lüneburger Vorsitzenden der KPD, Franz Holländer, zusammen. Auf dieser Versammlung nun wurde Karl Markwardt von Franz Holländer auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Abwehr der Gefahren des Faschismus angesprochen. Karl Markwardt antwortete in etwa:

„Lieber Kollege Holländer, darüber mach dir man keine Sorgen. Wir von der SPD werden uns schon selbst zu schützen wissen!“

Zwei Jahre später trafen sich beide wieder - im Lüneburger Gefängnis. Auf die Frage von Holländer: „Na, Karl, was denn nu?“ wusste Karl Markwardt nichts mehr zu sagen.

Diskussionen um eine legale Zusammenarbeit der Arbeiterparteien wären jetzt auch ohne praktische Folgen geblieben: SPD und KPD waren beide bereits verboten, ihre Führer im Exil oder in Konzentrationslagern.

Soweit bekannt, fanden sich die örtlichen Führer beider Parteien nur ein einziges Mal zusammen, um eine gemeinsame politische Verbindung beider Parteien einzugehen:

Bei den Elternratswahlen (damals gab es eine Urwahl aller Eltern) an der Schule III gingen Sozialdemokraten und Kommunisten im Jahre 1932 unter dem Titel „Liste Schulaufbau“ eine Listenverbindung ein und erreichten fünf Sitze im Elternrat.

Der Jahresbericht des Kreisvereins Lüneburg der SPD von 1932 schreibt dazu:

„Bei dem... (Unterfangen), eine Einheitsliste zusammenzubringen, waren der KPD drei Sitze zugestanden worden. Dass es bei der Wahl auf eine Stimme ankommt, hat sich hier an dieser Schule recht deutlich gezeigt. Hätte die Liste Schulaufbau nur eine Stimme mehr bekommen, so wäre ihr das 6. Mandat zugefallen.“

Die Möglichkeit, eine gemeinsame starke Abwehrfront durch ein Bündnis aller Arbeiterorganisationen aufzubauen, wurde auch in Lüneburg vergeben. Beide politischen Organisationen kämpften unabhängig voneinander gegen einen geeinten politischen Gegner,

gegen die geeinte Reaktion und deren politischen, ideologischen und ökonomischen Unterstützer.

Die Sozialdemokraten, die ab 1919 immer als stärkste Fraktion im Rathaus vertreten waren, erhielten ab 1929 zunehmend weniger Zuspruch. Noch konnten sie zwar 13 der 32 Sitze im Stadtparlament erringen, aber ihre Wirkungsmöglichkeiten auf das politische Geschehen der Stadt nahmen – aufgrund stärker werdenden politischen Drucks von außerhalb der Gemeindevertretung – zunehmend ab.

Im Rechenschaftsbericht der SPD Kreisorganisation wird rückblickend auf das Jahr 1931 analysiert:

„Die Bilanz des Jahres 1931 zeigt kein Aktivum für die Arbeiterklasse...“

Auch die Kreisorganisation unter der Führung der Genossen Kloodt, Schwartz und der Genossin Fischer spiegelt diese Einstellung wider: Lediglich in Adendorf, Bardowick, Deutsch Evern, Hagen (kam 1931 neu dazu), Hohnstorf, Lüneburg und Tespe existierten sozialdemokratische Ortsvereine. Nur in den Ortsvereinen Lüneburg und Tespe gab es annähernd regelmäßige Zusammenkünfte der Parteigenossen. Einen politisch gewichtigen Ortsverein besaßen die Sozialdemokraten des Kreises nur in Lüneburg. Hier arbeiteten die Parteimitglieder recht aktiv, z.B. in der Frauengruppe unter Herta Alexander, in der Beamtengruppe unter Führung des Postbediensteten Bierisch, in der Arbeiterwohlfahrt unter Marie Diederich, in der Sozialistischen Arbeiterjugend (Vorsitzender: Karl Petersen), in der Gruppe der Kinderfreunde unter Leitung des Genossen Schad. Alle Parteiorganisationen waren wiederum in mehrere Gruppen unterteilt (z.B. die Kinderfreunde in die Gruppen der Nestfalken, der Jungfalken und der Rotfalken).

Im Ortsverein Lüneburg des Sozialdemokratischen Kreisverbandes waren zu Beginn des Jahres 1931 937 Mitglieder (bei ca. 30.000 Einwohnern) organisiert.

Die öffentliche Parteiarbeit trug stark kämpferische Züge. Am Internationalen Frauentag, dem 8. Mai, z.B. organisierte die Frauengruppe eine Veranstaltung unter dem Thema „Für Frieden und Sozialismus - Gegen Krieg und Faschismus!“ Die FAJ richtete noch im Vorjahr das Reichstreffen der FAJ in Lüneburg aus. Es zeigten sich aber deutlich die Außenwirkungen auf die Arbeit der SPD. So schreibt der Tätigkeitsbericht:

„Unter dem Druck der Rechtskreise wurden die alten Erpressermethoden in einigen Orten gegen die Gastwirte, die uns ihre Lokale zur Verfügung stellten, angewandt.“

Auch der Mitgliedsbestand nahm im Ortsverein ab und ging auf 897 Mitglieder - Ende des Jahres - zurück. Den Einfluss der Politik der Parteispitze auf diesen Druck auf die Organisation gestand man sich aber nicht ein:

„Die Belastung der Partei durch die Tolerierung der Regierung Brüning musste als das kleinere Übel im Kampf zur Sicherung der politischen Freiheit gegen den Nationalsozialismus hingenommen werden. ... Unsere Agitationsarbeit wurde durch die

Notverordnungen sehr eingeengt und erschwert. Trotzdem darf mit Befriedigung festgestellt werden, dass wir nicht mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sind.“

Die Situation verschlechterte sich zunehmend im Laufe des Jahres 1932. Wenn auch Anfang des Jahres die „Eiserne Front“ (der Zusammenschluss aller sozialdemokratischen Bündnisorganisationen und der Gewerkschaften) gegründet werden konnte (die im Laufe des Jahres im Kreis 17 Veranstaltungen durchführte), vermochte sie nicht die zunehmenden Schwierigkeiten der örtlichen Parteiorganisation aufzuhalten. Der Mitgliederstand sank auf 876 im 4. Quartal des Jahres, die Beitragsleistung der Mitglieder ließ nach, die Zahl der aktiven Vertrauensleute ging zurück. Sehr deutlich drückt die Beamtengruppe des Lüneburger Ortsvereins im Jahresbericht von 1932 die zunehmenden Schwierigkeiten aus:

„Wenn zu Anfang des Berichtsjahres eine erfolgreiche Agitation noch möglich war, so wurde diese mit dem Regierungsantritt Papens erheblich erschwert, weil sogleich die Zurückhaltung der Beamten in Anbetracht des rigorosen Abbaus sozialdemokratischer Beamter einsetzte und der Wunsch offenkundig wurde, vorläufig von der Einberufung reiner Beamtenparteiversammlungen Abstand zu nehmen. Bei den Behörden hat infolge der Aufhebung des Verbots der Zugehörigkeit der Beamten zur NSDAP ein Spitzelwesen gegen die SPD-Beamten eingesetzt, das die vorgenannte Zurückhaltung der Beamten an Beamtenversammlungen rechtfertigt. Auch unter der jetzigen Regierung Schleicher hat sich in dieser Beziehung nichts geändert, sodass eine gewisse Vorsicht geboten erscheint. ... Ängstliche Gemüter und solche, die vor Examen stehen, haben vorläufig ihr Parteibuch abgegeben. Die beamtenpolitische Lage ist am besten zu verstehen, wenn man den Regierungswechsel innerhalb so kurzer Zeit von links nach rechts (Hermann Müller, Brüning, Papen, Schleicher) nach politischen Motiven auswertet.“ Unter dem Stichwort „Werbearbeit“ schreibt dieser Jahresbericht:

„Die am 20. Juli unter der Regierung Papen vorgenommene verfassungswidrige Amtsenthebung der preußischen Regierung sowie die Aufhebung des SA- und SS- Verbotes und der damit einsetzende Terror brachten eine starke Unsicherheit in die Wählerschaft, die auch im Wahlergebnis ihren Ausdruck fand. ... Die Agitation war stark durch Notverordnungen gehemmt. Bis Mitte Januar war sogar das Tragen politischer Abzeichen verboten. Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel konnten nur wenig durchgeführt werden. Die Versammlungen bedurften selbst während der Wahlzeit polizeilicher Anmeldung und Genehmigung. Plakate und Flugblätter mussten der Behörde vorher zur Kenntnis gegeben werden. Zeitweilig war jede politische Tätigkeit durch den 'Burgfrieden' untersagt. Im Kreis Lüneburg vergrößerten sich die Lokalschwierigkeiten hauptsächlich durch den Terror des 'Stahlhelms'. In wichtigen Orten konnten keine

Versammlungen abgehalten werden. Trotz aller Schwierigkeiten kann auch in diesem Jahre festgestellt werden, dass wir nirgends mit den Gesetzen in Konflikt geraten sind."

Das Legalitätsprinzip war auch noch vorherrschend, als die Gegenseite schon längst an der Macht war und die Legalität verlassen hatte. Die Orientierung auch des Lüneburger Ortsvereins auf die nächsten Reichstagswahlen, die - so die Hoffnung - Hitler den Niedergang bereiten würden, erkannte nicht, dass bei den nächsten Wahlen keine Freiheiten der politischen Arbeit für die Arbeiterparteien mehr garantiert waren. Zwar richteten die Nazis nach dem 30. Januar 1933 ihre Verfolgungen in erster Linie auf die Kommunisten, doch die Sozialdemokraten blieben keineswegs verschont. Zunächst wurde der politische Einflussbereich der Sozialdemokraten zunehmend zurückgedrängt, begrenzt und schließlich die Tätigkeit der SPD durch Haussuchungen, Verbot der sozialdemokratischen Publikationstätigkeit, Verhaftungen sozialdemokratischer Führer und schließlich Verbot der Partei ausgelöscht.

Einen Meilenstein in dieser Entwicklung stellt das Vorgehen der Nazis gegen die sozialdemokratische Presse Lüneburgs dar, gegen das „Volksblatt für Lüneburg und Umgegend“.

Schon einen Tag nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 richtete der Regierungspräsident Lüneburgs eine Anfrage an den Oberpräsidenten in Hannover:

Das schon seit längerem von den Nazis geplante Verbot der sozialdemokratischen Presse, auch des Lüneburger Volksblatts, wurde durchgesetzt.

Ca. zwei Wochen später erging von Göring, dem von den Nazis eingesetzten preußischen Innenminister, ein Rundschreiben an alle preußischen Regierungspräsidenten, wonach die sozialdemokratische periodische Presse auf weitere zwei Wochen verboten bleiben werden sollte. Nach Ablauf dieser Frist wiederum wurde das Verbot des „Volksblattes für Lüneburg und Umgegend“ um einen weiteren Monat bis zum 30. April 1933 verlängert, und schließlich wurde es – am 27. April – „bis auf weiteres“ verboten.

Ebenfalls nach dem Reichstagsbrand wurde der SPD (Eiserne Front) die Genehmigung für die Durchführung einer Demonstration am 1. März 1933 wieder zurückgezogen und somit diese Demonstration untersagt.

Von nun an wurden alle öffentlichen sozialdemokratischen Aufmärsche verboten. Die Sozialdemokratie hatte kaum noch Möglichkeiten, sich öffentlich zu äußern.



Der Regierungspräsident
I. Pol. I 43

Lüneburg, den 27. März 1933.

Das Erscheinen

- des zu a) „Volksblatts für Harburg- u. g. und Umgegend“
des zu b) „Volksblatts für Lüneburg und Umgegend“
der zu c) „Celler Volkszeitung“

wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. II. 1933 (R.G.Bl. I., S. 83) hiermit im Anschluss an das bestehende Verbot auf einen weiteren Monat verboten. Dieses weitere Verbot beginnt mit dem Ablauf des bisherigen und endet mit dem Ablauf des 30. April 1933.

Das Verbot umfasst auch die im Verlage erscheinenden Kopfbblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass zur Bekanntgabe dieses Verbotes an die Leser nur eine Mitteilung folgenden Inhalts gestattet ist: „Das Erscheinen des (der) ist bis zum 30. April 1933 einschliesslich verboten worden.“ Darüber hinaus ist jede weitere Mitteilung verboten.

gez. Dr. Reschke.

- An a) die Schriftleitung und den Verlag des „Volksblatts für Harburg- u. g. und Umgegend“
b) " " " " " " „Volksblatts für Lüneburg und Umgegend“
-Verlag Boerer & Co., Harburg-W., Gr. Schippsee 8,-
c) die Schriftleitung und den Verlag der „Celler Volkszeitung“
-Verlag Ernst Schindlich & Co., Celle, Grosser Plan 22.-

Abschrift.

Eisene Front, Lüneburg.

Lüneburg, den 21. Februar 1933.

An die

Polizeidirektion.

Lüneburg.

Am Mittwoch, den 1. März beabsichtigen wir einen Demonstration mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz abzuhalten.

Als Redner spricht Landtagsabgeordneter Gehrmann über das Thema: "Die Wahlen am 5. März."

Angetreten wird abends 8 Uhr am Volkshausesabmarsch 8 Uhr durch folgende Strassen:

Schröderstr., Kuhstr., Grapengiessersstr., Am Sande, Am Berge, Rosenstr., A.d. Brodbänken, Am Markt.

Kundgebung.
Abmarsch vom Markt, Saagstr., A.d. Meere, Unt. u. Ob. Ohltingenstr., Salzbrückerstr., Am Lambertiplatz, Salzstr., Grapengiessersstr., str., Volkshaus.

Die gesamte Veranstaltung wird bis 22 Uhr beendet sein.
Wir bitten, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Hochachtungsvoll
Eisene Front, Lüneburg.
gez. Veith.

Die Ortspolizeibehörde
in Lüneburg.

II C 2.

Bereitschaft:
Zamernummer 6041
Zamernummer 6048

Parlament und Volksrecht 41
von (Gepäck) der Stadt Lüneburg
Polizeibehörde Lüneburg 1123
an: Eisenfront Lüneburg

Polizeiliche Verfügung.

Meine auf Ihr Schreiben vom 21. Februar 1933 am 27.

Februar 1933 erteilte Bescheinigung für die am 1. März 1933 stattfindende Demonstration mit Kundgebung der "Eisernen Front" auf dem Marktplatz ziehe ich hiermit auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes am 4. Februar 1933 zurück.

An

gez. Richter.

Herrn Veith,

Abschrift

Mit der Eisernen Front.

an den Herrn Regierungspräsidenten, hier
Der Herr Polizeipräsident in Harburg-
Wilhelmsburg hat Abschrift
erhalten.

Zustellen! Zustellung bescheinigen!

Salinenwerk aufbauen können. Den größten Einfluss besaßen sie im Eisenwerk. Dort gaben sie auch eine eigene Betriebszeitung heraus.

Um eine größere politische Nähe zu den Bewohnern Lüneburgs zu erlangen, wurde die Ortsgruppe der KPD ab 1929/30 in Zellen aufgeteilt, die die Mitglieder der einzelnen Stadtteile organisatorisch zusammenfassen konnten.

Neben den Parteigliederungen (wie z.B. dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands KJVD) spielten die Bündnisorganisationen eine zunehmende Rolle.

Mit der zunehmenden Verfolgung einzelner Kommunisten wurde die Gründung einer Organisation notwendig, die die Betreuung der Inhaftierten und die materielle Unterstützung der Angehörigen leisten konnte. Die dafür geschaffene „Rote Hilfe“ war auch in Lüneburg recht aktiv, führte z.B. in der Lamberti-Halle fast regelmäßig öffentliche Versammlungen durch und sammelte Geld für die Inhaftierten. Auch aus den Reihen der Lüneburger Einzelhändler fanden sich einige bereit, diese Arbeit zu unterstützen, sei es durch Spenden für die „Rote Hilfe“ (so ein bekanntes Lebensmittelgeschäft Am Sande) oder durch die Unterstützung der Werbe- und Agitationstätigkeit der KPD durch die Gewährung von Ratenzahlungen für den Kauf von Papier und Matrizen (so ein bekanntes Bürobedarfsgeschäft in der Bäckerstraße).

Die Ortsgruppe Lüneburg der KPD besaß demgegenüber gegen Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre - wie die KPD insgesamt - nie eine solche Freiheit der politischen Werbung und Arbeit wie die SPD in der damaligen Zeit. Die KPD-Mitglieder wurden seit jeher unter politischen und ökonomischen Druck gesetzt.

Die Schwerpunkte der Arbeit der KPD lagen in der außerparlamentarischen Bewegung, obwohl auch die KPD im Lüneburger Gemeinderat vertreten war (ab 1929 mit 4 Sitzen). Hier war es vor allem die Betriebsarbeit und die Arbeit im Stadtteil.

Persönliche und gute politische Kontakte hatten die Kommunisten zu den Betriebsräten von IBUS und dem

Auch im Lüneburger Erwerbslosenausschuss waren die Kommunisten recht aktiv. Sie stellten zeitweise den Vorsitzenden.



Der RFB marschiert durch Lüneburg

Im Unterschied zur Sozialdemokratie identifizierten sich die Kommunisten nicht mit dem Weimarer Staat. Für sie war der Weimarer Staat im Unterschied zum Kaiserreich ein zwar mit einigen bürgerlichen Rechten versehener, aber immer noch kapitalistischer Staat. Sie wollten die Entmachtung des Kapitals, den Sozialismus.

Die feindliche Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten resultierte aus dieser wesentlichen politischen Differenz.

Oft haben die Kommunisten zu spüren bekommen, wie dieser Weimarer Staat in der Grundlage beschaffen war, sei es bei der Produktion der Arbeitslosen, der zunehmenden Verelendung eines großen Teils der arbeitenden - und arbeitslosen - Bevölkerung oder sei es durch die direkte Konfrontation im Berliner Wedding oder anlässlich des „Altonaer Blutsonntages“. Auch die Lüneburger Kommunisten mussten die Erfahrung mit diesem Staatsapparat machen.

Franz Holländer berichtet:

„1930/31 war es, da waren wir mit einer Reihe von Genossen zu einer Parteiversammlung in Lauenburg. Auf der Rückfahrt mit dem Lastwagen sind wir aus

Richtung Scharnbeck/ Erbstorf um ca. 22 Uhr kurz vor Lüneburg von der Polizei angehalten worden. Es war bei der Bahn auf der Erbstorfer Landstraße. Die Polizei hat den Wagen durch Schießerei angehalten. Wir hatten zwar auch Waffen dabei (für alle Fälle und für unseren Saalschutz), aber die hatte der Genosse Pfeiffer in der



Franz Holländer

Aktentasche, und der ist mitsamt der Tasche gleich in die Ilmenau geflohen. Außerdem hätten wir nichts ausrichten können.

Bei dieser Schießerei der Polizei - sie schossen ohne Aufruf - sind mehrere unserer Leute angeschossen worden. Emil Lange starb an Ort und Stelle; Albert Marienberg wurde so schwer angeschossen, dass er einige Wochen später im Krankenhaus starb.

Ich war auch dabei. Ich bin aber zum Glück - wie andere auch - im Tumult hintenherum der Polizei entwischt.

Albert Marienberg haben wir dann in einer Beerdigungsdemonstration zu Grabe getragen.“

Immer öfter kam es jetzt auch zur direkten Konfrontation mit den Nazis, die ab 1931/32 versuchten, auch in Lüneburg aktiv zu werden. Zeitzeugen berichten über mehrere Versammlungen im Bahnhofshotel („Clausens Garten“), Am Altenbrücker Damm 7/8, bei denen es zu Schlägereien zwischen Kommunisten und der NSDAP/SA kam.

Immer wieder wurde auch Anfang der 30er Jahre die Pressearbeit der Kommunisten verboten. So auch die in Lüneburg gelesene Zeitung der KPD, die „Norddeutsche Zeitung“. Die Lüneburger Kommunisten mussten deshalb immer wieder - bei Gefahr der Verhaftung und Aburteilung - ihre Zeitung selber herstellen und verteilen. Zu diesem Zweck benutzten sie ein Wachsmatrizenabzugsverfahren, das ihnen gestattete, ohne allzu großen technischen Aufwand einige hundert Abzüge pro Matrize herzustellen. Matrizen und Papier durften sie legal besitzen. Der Abzug wurde auf Geräten besorgt, die in der Ritterstraße und in Alt-Hagen versteckt gehalten wurden.

Die ganze Schärfe der Auseinandersetzung innerhalb der politischen Arbeiterschaft, zwischen KPD und SPD, wird an einem solchen illegalen Flugblatt von ca. Februar/ März 1931 deutlich:

verh. März 1931

Von S.P.D. Schönfelder Verboten.

3. Verbots Ausg.

Notwendige Zeitung
Organ der K.P.D.

ERSCHEINT TROTZ VERBOT, NUN ERST RECHT.

Die Lbg. Arbeiterschaft demonstriert mit der K.P.D.

Eine schallende Ohrfeige für die Sozialfaschisten V o s s und C

Am Mittwoch, den 25. Februar, am Weltkampftag der Arbeitslosen marschierte die rev. Arbeiterschaft der ganzen Welt. Unter den Fahnen der Kommunisten wurden wuchtige Demonstrationen durchgeführt. In Lüneburg eine Demonstration wie wir sie lange nicht mehr hatten. Die Arbeiter erkennen, dass nur die Kommunisten einen Ausweg aus dem Elend zeigen.

Und welcher Kampfgeist beherrschte diese Demonstration. Ja, es war die Arbeiterschaft die demonstrierte.

Was war am Sonntag, den 22. Februar?

Das Reichsbanner marschierte auf. Wofür? Diese Republik zu verteidigen, wie Herr V o s s sagte. Es marschierten am letzten Sonntag alle die, die einen persönlichen Vorteil haben, davon, dass sie noch Mitglieder der S.P.D. sind. Alle grossen und kleinen Bonzen und Bonzenanwärter.

Wie ein Leichenzug ging's durch die Strassen, der Treuerzug der Republik. Kein Arbeiter war dabei, der um der Sache selbst Willen marschierte.

Ihr Kommunisten mit euren 80 Mann, höhnte R.B. V o s s!

Die Lüneburger Arbeiterschaft hat die Antwort gegeben. N diese Republik für Sowjetdeutschland marschierten sie, die Arbeiter in den Betrieben und von den Stempelstellen.

Sie wissen wer ihre Interessen vertritt.

Nicht die S.P.D., die die Notverordnungen Brünnings durchführt, die im Reichstag gegen die Millionärsteuer stimmte, die ihre Severings und Grzesinskys auf die Arbeiterschaft loslässt.

Die Interessen der gesamten Werktätigen vertritt nur die K.P.D. und mit ihr kämpft die Arbeiterschaft und alle Ausgebeuteten für Arbeit, Brot, Freiheit und Macht.

Für den Sturz der faschistischen Brüning Regierung
Für ein Sowjet-Deutschland.

=0=0=0=0=0=0=0=0=

Proletarische Einheitsfront.

gegen Nazistrolche, Reichsbannerjugend und Kampfbundjugend kämpfen
gemeinsam.

Am Dienstag, den 24. d. Mts. war eine Naziversammlung im "Tivoli". Wenn wir hier im "romantischen" Lüneburg auch bislang sehr wenig von der braunen Pest merkten, so stand dem doch entgegen der Nazimord in vielen anderen Orten. Klassensolidarität beherrschte die Strasse.

Schon am frühen Abend vollbrachten Jugendgenossen des Reichsbanners ein schönes Husarenstückchen. 2 Kameraden des "Jungba" entrissen dem Nazifahnenträger die seidene Fahne des Gaues "Nordhannover" (nicht die Lüneburger, wie die Käseblätter schrieben). Die alarmierte Polizei konnte nur die Fahnenstange wieder "erobert".

Etwas später marschierte die Reichsbannerjugend geschlossen zum "Tivoli". Die K. J. und die Jungstaffel des Kampfbundes gegen den Faschismus rückten geschlossen an. Beim "Tivoli" fand eine regelrechte Verbrüderung statt. Es nützte nichts, dass ein Reichsbanner-Schufo-Bonze die Jugend zurückziehen wollte. Willig fügten sich die Reichsbannerjugend den Anordnungen der Kampfbundleitung und der Leitung des "verbotenen" R. F. B.

Die gesamte Tag- und Nachtpolizei schützte die Nazis vor wohlverdienten Prügelein. Das "Tivoli" wurde von der gemeinsamen Front der empörten Jungarbeiter umstellt. Erst der Uebermacht der Polizei gelang es, die Jungarbeiter zum Rückzug zu zwingen. Ein Reichsbannerkamerad erhielt eine Säbelverletzung am Kopf.

Der zum Säubern des Schützenplatzes bestimmte Flitzer musste schleunigst das Weite suchen. Ein Steinhagel regnet auf die Severingpolizei herab. Der Polizeifahrer wurde an der Schulter verletzt. Die Polizei schoss scharf, doch keiner wich zurück.

Erst als weitere 2 Flitzer in Sicht kamen, muss von uns der Platz geräumt werden.

18 Polizeibeamte suchen mit Karabiner bewaffnet das Gelände ab, ohne jemand zu finden.

Die Nazi J. A. verdrückt sich auf dem Umwege über den Blümchensaal-Wilschenbrook.

Recht so, Kameraden vom Reichsbanner. Besinnt Euch auf Euer Klassenbewusstsein. Nicht die Severing, Hörsing usw. sind eure Kameraden sondern die Kameraden der roten Front.

Zieht Eure Konsequenz aus dem Verhalten der arbeiterfeindlichen Reichsbannerleitung.

Schluss mit den Arbeitermördern des 1. Mai 1929 in Berlin.

Schluss mit H ö r s i n g, dem Henker der Januartage 1919 und des Mitteldeutschen Aufstandes.

Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus,
der antifaschistischen Einheitsfront.

=0=

A. S. B. I.

An jedem Ort, zu jeder Zeit, sind wir zur ersten Hilfe bereit.

Dies ist der Wahlspruch der Arbeiter-Samariter. Die hiesige Kolonne des A. S. B. scheint aber ihren eigenen Wahlspruch nicht zu kennen. Dafür folgendes Beispiel: Die K. P. D. forderte zum 25. Februar den A. S. B. an.

Fortsetzung: Seite 4.

Leset die Norddeutsche Zeitung.

„Das Jahr 1932“, so schreibt ein Lüneburger KPD-Mitglied rückblickend, „war wohl das Jahr, in welchem der Kampf gegen den Faschismus und die Verhinderung einer Diktatur in Deutschland einen Höhepunkt erreicht hatte. Im „Kampfbund gegen den Faschismus“ in welchem die Kommunisten eine aktive Rolle spielten, sammelten sich viele parteilose Gegner einer Hitler-Diktatur. Einer Demonstration in Lüneburg, die am 15. Mai vom 'Kampfbund' organisiert war, waren die roten Fahnen und die Transparente mit antifaschistischen Losungen, die im Zuge mitgeführt werden sollten, von der Polizei entfernt worden. Für diese 'Tätigkeit' und die Überwachung der Demonstration ist extra ein Kommando der in Harburg stationierten, so genannten 'Schutzpolizei' nach Lüneburg beordert worden.“



Eine Demonstration des „Kampfbund gegen den Faschismus“ kurz nach dem 15. Mai 1932

„Im August 1932 sprach Ernst Thälmann, der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, in Meyers Garten (heute: „Zum Bierstein“). Die Mitglieder der KPD hatten dafür Propaganda gemacht, so dass der Saal, der Kaffeegarten, Straße und anliegende Wege von wohl mehr als 1000 Menschen besetzt waren. Thälmann, der damals in allen größeren Orten in Deutschland sprach, kam mit mehreren Stunden Verspätung. Die Versammlung war für 20 Uhr angesetzt, es wurde aber 22 Uhr, bis er kam. Aber alle harhten aus. Die Kundgebung verlief ohne Störungen. Lautsprecheranlagen sorgten dafür, dass seine Rede weithin zu hören war. Die öffentlichen Versammlungen, die wir noch ab Januar ... 1933 durchführen konnten, wurden immer von der Polizei (Polizeimeister Behrens) kontrolliert. Immer stärker wurden die polizeilichen Auflagen, die uns dabei gemacht wurden. Zuletzt durften wir schon nichts mehr gegen die Regierung sagen. Einmal noch - Mitte Februar 1933 - hatte ich die Gelegenheit, auf einer Betriebsversammlung im Lüneburger Eisenwerk als Referent aufzutreten. Die sonstigen Versammlungen ähnelten denen der Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz sehr. Mehrere unserer Versammlungen - eine darunter am 6. Februar - wurden von der Polizei aufgelöst.“

Die Durchführung einer geplanten Demonstration und Kundgebung für den 28. Februar 1933 wurde den Kommunisten verboten. Nach dem Reichstagsbrand wurde auch dem Erwerbslosenausschuss die Durchführung einer bereits genehmigten Versammlung wieder untersagt.

Abschrift.

Lüneburg, den 23. Februar 1933.

An

die Polizeibehörde,

Lüneburg

Wir beabsichtigen am Dienstag, den 28. Februar eine Demonstration und Kundgebung durchzuführen.
Aufstellung : nachmittags 5 ½ Uhr Lambertplatz.
Salzbrückerstrasse, Obere Ohlingerstrasse, Altstadt, Giesserstrasse, Bickerstrassen, Markt.
6 Uhr nachmittags Kundgebung auf dem Markt.
Bardowickerstrasse, Lüneburgerstrasse, Kauf, Berge, Sande, Wallstrasse, Rackerstrasse, Engestrassa, Kuhstrasse, Schröderstrasse, Katzenstrasse, Neue Sülze, Meere, Techt, Salzbrückerstrasse, Wendischestrasse, Sülze.
Lambertplatz Auflösung.

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Lüneburg.

I.A.
gez. P. Holländer.

Kuhstrasse 9.

Die Ortspolizeibehörde
in Lüneburg.
H A l l e g.

Lüneburg, den 24. Februar 1933.

288

Polizeiliche Verfügung.

Mit Schreiben vom 23. Februar 1933 angemeldete Demonstration und Kundgebung am 28. Februar 1933 ab 17 ½ Uhr verbiete ich hiermit auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933, R.G.Bl. S. 35.

An

die Ortsgruppe Lüneburg
der K.P.D.,
s. Bl. des Herrn Franz Holländer,
Kuhstrasse 9.

Zusustellen ! Zustellung bescheinigen !

gez. Richter

15
1933
Lüneburg

Abschrift.

Lüneburg, den 22. Februar 1933.

An die

Polizeibehörde,

Lüneburg.

Wir beabsichtigen, am Mittwoch, den 1. März 1933,
abends 8 Uhr, in der Lambertihalle eine öffentliche Erwer-
losenversammlung abzuhalten.

für den
Erwerbslosen-Anschluss Lüneburg
gez. H. Günther.

H. Günther, Lüneburg,
Sülzmaier 52 a.

Immer wieder brachten die regionalen Zeitungen Hinweise auf Verhaftungen und Verurteilungen von Kommunisten wie z.B. am 21. April 1933 (das Lüneburger Schöffengericht hatte 6 KPD- Mitglieder wegen der Verteilung von Druckschriften zu je 1 bis 3 Monaten Gefängnis verurteilt).

Verfolgungen und Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand

Am Abend des 27. Februar 1933 brannte in Berlin das Gebäude des Deutschen Reichstages. Die Urheberschaft für diesen Reichstagsbrand wurde sofort den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Die Nazis nutzten den Brandanschlag auf dieses Symbol der Weimarer Verfassung, um eine Pogromstimmung gegen alle Marxisten zu erzeugen, wobei der Reichstagsbrand lediglich der Anlas für die nun folgende Verhaftungswelle war. Göring erklärte dazu am 23. Oktober 1945:

"Es trifft zu, dass Listen für die Verhaftung von Kommunisten ganz unabhängig von dem Reichstagsbrand bereits vorbereitet waren. Die Verhaftungen wären sowieso durchgeführt worden. ...Der Reichstagsbrand hat diese Dinge lediglich beschleunigt, weil der Führer in der Nacht anordnete, dass die Verhaftungen sofort vorzunehmen sind."

Noch in der Nacht des 27. Februar 1933 wurden allein in

Berlin 1.500 und in ganz Deutschland 10.000 Funktionäre und Mitglieder der KPD und SPD sowie sonstige politisch Oppositionelle (z.B. Erich Mühsam, Carl von Ossietzky) verhaftet.

Das quasi juristische Beiwerk für diese und die an den nächsten Tagen folgenden Haussuchungen und Verhaftungen wurde in jenen Februartagen geliefert:

Durch die am 4. Februar erlassene Notverordnung „Zum Schutze des deutschen Volkes“ wurde den Nazis unter anderem schon die Möglichkeit geboten, Nazigegner bis zu drei Monate in Haft zu nehmen, ohne dass sie einem Richter vorgeführt werden mussten. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand, am

Ortspolizeibehörde
in Lüneburg.

13.

Fernsprecher:
Sammelnummer 4041
Ferngespräche 4048

Buchkonto und Girokonto 42
Sparkasse der Stadt Lüneburg.
Feldpostkonto Hamburg 4119
in Rummelsbüttel Lüneburg.

Lüneburg, den 1. März 1933

292

Der Reg. Präsident
Pr. 2. März 33
zu Lüneburg

Polizeiliche Verfügung.

Meine auf Ihr Schreiben vom 22. Februar 1933 am 23.

Februar 1933 erteilte Bescheinigung für die am 1. März 1933 in der Lambertihalle stattfindende öffentliche Erwerbslosenversammlung ziehe ich hiermit auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 zurück.

Herrn

gez. Richter.

H. Günther,
Sülzmaier 52 a.

Abschrift an den Herrn Regierungspräs., hier
Der Herr Polizeipräsident in Harburg-Wilhelms-
burg hat Abschrift erhalten.

Zustellen! Zustellung bescheinigen!

[Handwritten signature]

Während dieser Wochen Anfang 1933 wurden mehrere Mitglieder der örtlichen KPD verhaftet und dadurch - wie auch durch die wachsende Verunmöglichung der Werbearbeit - der KPD ein Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 12. März nicht gestattet.

Trotzdem erlangten die Kommunisten 2 Sitze im Gemeindeparlament. Franz Holländer und Walter Nieber wurden gewählt. Die Wahrnehmung dieser Mandate war aber schon nicht mehr möglich, wollte es Walter Nieber nicht riskieren, auf der ersten Sitzung des Gemeinderates am 27. März auf der Stelle verhaftet zu werden. Franz Holländer hatten die Nazis bereits vorher in Haft gesetzt.

28. Februar 1933, wurden „zum Schutz von Volk und Staat“ unter dem Vorwand der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ die wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Jetzt waren „Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“

Die Polizeibehörden konnten jetzt u.a. das wirksamste Mittel im Kampf gegen die Demokraten, die Freiheitsentziehung ohne Grund in Form von „Schutzhaft“ (Vorbeugehaft) anordnen.

Auch in Lüneburg wurden sofort nach dem Reichstagsbrand Haussuchungen und Verhaftungen von der Polizei und SA (Sturmabteilung der NSDAP) gezielt bei Kommunisten und Sozialdemokraten durchgeführt.

Franz Holländer berichtet: *„Ich habe die Meldungen vom Reichstagsbrand in der Nacht im Radio gehört und wusste sofort, was los war. Nun waren wir also dran. Mein erster Gedanke war, unser örtliches Parteigeld sicherzustellen. Den Nazis sollte dieses Geld jedenfalls nicht in die Hände fallen, denn wir brauchten es ja für die Finanzierung unserer Aktionen, jetzt erst recht. Morgens um 5 Uhr bin ich also gleich hin zu unserem Kassierer, hab unsere Mitgliedsbeiträge, Spenden und andere Guthaben zu einem Paket verschnürt und dann beim Gastwirt Hövermann (später: 'Finale') Am Stintmarkt hinterlegt. Hövermann war zwar kein Genosse, aber wir hatten überall unsere Leute, die uns halfen, so gut sie konnten. Bei diesem Gastwirt hat dann später ein Genosse aus Harburg, der hier in Lüneburg unbekannt war, das Paket abgeholt. Soviel ist sicher: Unser Geld haben die Nazis jedenfalls nicht bekommen.“*

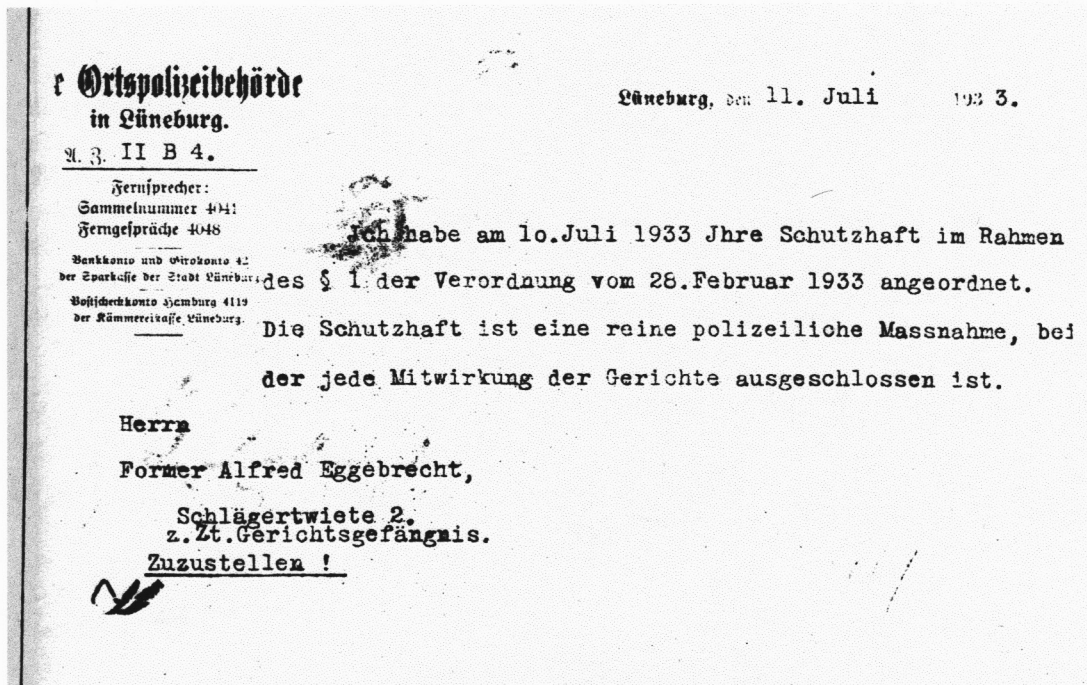
Bei mir haben sie dann an jenem Vormittag des 28. Februar auch gleich eine Hausdurchsuchung veranstaltet. Ich hatte den Eindruck, dass sie wohl noch keine genaue Order aus Berlin hatten, außer die, Hausdurchsuchungen durchzuführen. Gegen 9 Uhr kam die Polizei bei mir in der Rotehahnstraße 2 an. Sie besuchten mich mit dem damals typischen 'Flitzer', einer vier- bis sechssitzigen Limousine ohne Verdeck. Sie sind durch den Hinterhof gekommen, und sofort war dort ein Menschaufmarsch. Bei uns in der Rotehahnstraße hing natürlich die rote Fahne aus dem Fenster. Die Polizei hat dann die ganze Wohnung durchwühlt und alle möglichen Schriften eingesackt, z.B. unsere Zeitung des Arbeitslosenausschusses, 'Der Arbeitslose', und andere Flugblätter. Gebundene Schriften haben sie liegengelassen, selbst Bücher von Marx, Lenin und Stalin. Sie haben gesagt, sie wüssten nicht so recht, ob sie diese Sachen auch kassieren sollten. Ich bin dann mit der Polizei mitgefahren zur Polizeidienststelle am Ochsenmarkt und wollte eine

Bestätigung für die Beschlagnahme haben. Polizeikommissar Lopau wusste wohl gar nicht, wie er sich verhalten sollte, und wies mich zunächst ab. Ich sollte später wiederkommen. Das war auch erst mal mein Glück, denn schon am Mittag wurde ich nämlich von denen gesucht und sollte verhaftet werden. Ich habe auch so was geahnt und bin wieder nach Hause, hab mir das Wichtigste in meine Aktentasche gesteckt und bin dann wieder los. Zunächst hielt ich mich bei Genossen versteckt, die nicht so bekannt waren, und hab dann - als dies nicht mehr möglich war - ein paar Tage in der Gartenlaube des Genossen Jäger in der Breiten Wiese



Otto Brix

zugebracht. In diesen Tagen liefen viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ab, z.B. bei den Genossen Carius und Pfeiffer und bei unserem Hauptkassierer. Auch Otto Brix wurde in diesen Tagen verhaftet. Er war ein bekannter Kunstmaler und stand auf unserer Seite. Er hat z.B. öfter unsere Transparente und Fahnen mit Hammer und Sichel bemalt und politischen Losungen beschriftet. Mein Bruder Albert - er wohnte damals bei mir im Hause - hat sich in jenen Tagen schnell aufs Rad gesetzt und ist nach Magdeburg zu seiner Verlobten gefahren. Sie haben ihn dann aber dort festgenommen und nach Lüneburg ins Gefängnis verbracht. Mein Bruder August wurde auch seitdem von den Nazis gesucht. Er war Landobmann des Bezirksvorstandes Wasserkante der KPD. Er konnte sich zwar noch ins Holsteinische absetzen, aber dort wurde er auch - im April 1933 - gefasst und gleich ins KZ Sonnenberg verbracht. Ich habe mich dann nach Dömitz absetzen wollen. Das liegt gegenüber von Bitter auf der anderen Seite der Elbe. Weil an jenem späten Abend keine Fähre mehr über fuhr, musste ich die Nacht in Bitter bleiben. Unglücklicherweise geriet in der Nähe meines Versteckes eine Scheune in Brand, so dass die Polizei mich bei ihrer Suche nach den möglichen Brandstiftern entdeckte und gleich gefangen nahm. Am 5. März haben sie mich dann ins Gefängnis in Neuhaus gesteckt. Von dort wurde ich - so um den 10. März - abgeholt und mit einem 'Flitzer' direkt zum Gerichtsgefängnis nach Lüneburg gebracht. Unterwegs erklärte mir der begleitende Polizist: 'Herr Holländer, Sie wissen Bescheid: Bei Fluchtversuch wird geschossen.' Ich versuchte dann lieber nicht abzuhauen. Sonst hätte ich tatsächlich eine Kugel im Kopf gehabt.“



Ebenfalls in diesen Tagen wurde der Kommunist Alfred Eggebrecht verhaftet, ins Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft gesteckt und gegen ihn Klage erhoben.

Die Lüneburger Staatsanwaltschaft warf ihm vor, als Veranstalter einer öffentlichen KPD-Versammlung im Bahnhofshotel verantwortlich zu sein für ein Transparent, das dort gezeigt und von der anwesenden Polizei sofort beschlagnahmt wurde. Über diese Veranstaltung berichtete der Lüneburger Anzeiger am 6. Februar 1933:

Aufgelöste KPD-Versammlung

Amtlich wird mitgeteilt:

Die am Sonnabend abend von der KPD einberufene Versammlung im Bahnhofshotel wurde schon vor Beginn von der Polizei aufgelöst, weil unter den Transparenten, die den Saalschmuck bildeten, sich eins befand mit einer Aufschrift, die eine verbotene Aufhetzung zu Gewalttätigkeiten darstellt. ... Dieses Transparent enthielt die Forderung: „Politischer Massenstreik! Vernichtet die Hitler-Diktatur!“.

Der Gerichtsprozess brachte für Alfred Eggebrecht ebenso wie für den als Mittäter angeklagten Franz Holländer einen Freispruch. Beide wurden aber weiterhin in „Schutz-“ bzw. Untersuchungshaft gehalten. Alfred Eggebrecht erhielt die offizielle Bestätigung seiner weiteren Inhaftierung im Nachhinein ins Gefängnis geschickt.

Die Lüneburger Staatsanwaltschaft gab sich aber mit diesem Urteil nicht zufrieden. Obwohl die Beschuldigten schon seit Anfang März im Gefängnis saßen, strengte sie im Mai/Juni eine Revision des Verfahrens an mit

dem Ziel, das freisprechende Urteil aufzuheben und die Sache zur erneuten Entscheidung an die Strafkammer Lüneburg zurückzugeben.

Oberstaatsanwalt.
P K M 8/33.

Lüneburg, den 9. Juni 1933.

Revisionsrechtfertigung.

Die unter dem 16. Mai 1933 eingelegte Revision wird, wie folgt, gerechtfertigt:

Gertügt wird die Verletzung materiellen Rechtes, insbesondere des § 110 St.G.B. und des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 betr. die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen (lebenswichtige Betriebe) - RGBl. II S. 1865 - durch Nichtanwendung.

Die Strafkammer stellt fest, daß in der in Rede stehenden öffentlichen Versammlung ein Plakat zum Aushang gebracht worden ist, dessen Inhalt: „Politischer Massenstreik vernichtet die Hitler-Diktatur“ zum Massenstreik aufgefordert hat. Darin ist eine Aufforderung zum Streik schlechthin, mithin auch zum Streik in lebenswichtigen Betrieben zu erblicken. Das folgt nicht zuletzt aus den Zielen der kommunistischen Agitation, deren Zwecke das oben bezeichnete Plakat dienen sollte. Der Analogieschluß aus § 6 Abs. 1 der Verordnung vom 28.2.1933 erscheint irrig. Insbesondere scheint es auch nicht angängig, den gesetzlichen Tatbestand des § 1 der Verordnung vom 10.11.1920 durch den § 6 Abs. 1 der Verordnung vom 28.2.1933 näher zu bestimmen, zumal die Aufforderung zum politischen Massenstreik den Streik in lebenswichtigen Betrieben nicht ausschließt.

Ist in dem bezeichneten Plakat eine Aufforderung auch zum Streik in lebenswichtigen Betrieben zu erblicken, so muß gleichzeitig ein Vergehen nach § 110 St.G.B. festgestellt werden.

Die Gründe des freisprechenden Urteils tragen die Ent-

scheidung auch aus dem Grunde nicht, weil nicht geprüft ist, inwieweit die Angeklagten mit bedingtem Vorsatz gehandelt haben. Insbesondere bei dem Angeklagten Holländer, der als Führer der Ortsgruppe Lüneburg der K.P.D. bekannt ist und der als überaus rühriger und geschickter Verfechter der Ziele seiner Partei auch in der Hauptverhandlung in Erscheinung trat muß angenommen werden, daß er zumindestens mit bedingtem Vorsatz (als Mittäter) gegen die Strafbestimmung der erwähnten Verordnung gefehlt hat.

Es wird daher beantragt,

das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurückzuverweisen.

gez. Kamm.

Ber. substit.
Justizrentmeister.

Inwieweit eine Revision zugelassen und welches Urteil letztlich gefällt wurde, ist nicht bekannt.

Die Antifaschisten Pfeiffer und Carius mussten weiterhin in Haft bleiben wegen anderer Vorwürfe. Der Kassierer Karl Wiebeck wurde einige Zeit später, Alfred Eggebrecht im Dezember 1933 aus der Schutzhaft entlassen.

Zu den weiteren von Haussuchungen und Festnahmen betroffenen Lüneburgern zählt der Arbeiter Michael H.. Während einer Razzia am 4. März 1933 wurden bei ihm kommunistische Flugblätter gefunden.

Mehr als drei Monate später erst fand der Prozess gegen ihn statt, den man nun - auch in der Presse - zum Kassierer der KPD hochstilisiert hatte, wohl um ihn dem „besonders gefährlichen Kern der KPD“ Lüneburgs zuzurechnen und ihn entsprechend bestrafen zu können. Kassierer zu jener Zeit war indes ein anderer. Der Arbeiter H. gehörte zu jenen oppositionellen Kräften, die unter größter Gefahr auch weiterhin gegen die Nazi Herrschaft wirkten.

Der Lüneburger Anzeiger berichtete in seiner Ausgabe vom 21. Juni 1933:

Ebenfalls während dieses Zeitraumes wurde Karl Löffler verhaftet. Er war Revisor der Lüneburger KPD und wurde von der Polizei verhaftet, als er Flugblätter verteilte, die für die Salinenarbeiter bestimmt waren. Diese Flugblätter bezogen sich in ihrem Inhalt auf die Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Nach einer Untersuchungshaft von 5 1/2 Monaten verurteilte ihn das Schöffengericht Lüneburg zu 3 Monaten Gefängnis.

Die „Cellesche Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 16. August 1933 über diesen Prozess:

„Drei Monate Gefängnis für Flugblattverteiler“

Das Schöffengericht Lüneburg verurteilte am 15. August einen bislang unbestraften Arbeiter, der im Wahlkampf für die KPD Flugblätter zur Weiterverteilung ausgegeben hatte, zu 3 Monaten Gefängnis. In den Flugblättern wurde zum Massenstreik, zum gewaltsamen Vorgehen gegen die SA und zum Kampf gegen die Regierung Hitler - Papen - Hugenberg aufgerufen. ...“

Haussuchungen und Verhaftungen wurden ebenfalls bei einer ganzen Reihe bekannter Sozialdemokraten gleichzeitig durchgeführt. Ernst Braune, Karl Markwardt und Gustav Voß wurden im Zuge dieser Aktion verhaftet.

Die Wohngegend von Mitgliedern der sozialdemokratisch orientierten „Eisernen Front“ (die Straßenzüge Spangenbergstraße, Marcus-Heinemann-Straße, Gellerstraße) wurde zu diesem Zweck von der Polizei und SA abgeriegelt und systematisch durchkämmt.

Vom Lüneburger Gericht.

Gefängnis für den KPD-Kassierer.

Vor der Großen Strafkammer hatte sich der Arbeiter Michael H. aus Lüneburg zu verantworten. H., der schon seit Jahren Kassierer der KPD ist, will sich an anderen kommunistischen Unternehmungen überhaupt nicht beteiligt haben. Da die Polizei Waffen bei ihm vermutete, wurde am 4. März eine Haussuchung bei ihm durchgeführt. Es wurde ein kleines Tesching und verschiedene kommunistische Druckschriften hochverräterischen Inhalts gefunden, die zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt und zum Massenstreik auffordern und als Art der Ausführung die Verhältnisse in Rußland anführen. Die Anklage wirft ihm vor, diese Druckschriften verkauft und in Umlauf gebracht zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies und sagt, er wüßte nicht, von wem ihm die Druckschriften ins Haus gebracht worden seien. Sie seien bei seiner Frau abgegeben worden mit der Weisung, sie zu verkaufen; das Geld würde abgeholt. Er habe dazu aber keine Zeit gehabt. Verbrannt hätte er sie nicht, weil sonst vielleicht gesagt worden wäre, er hätte sie verkauft und das Geld unterschlagen. Nach dem Protokoll der Polizei hatte er zugegeben, einige Exemplare verkauft zu haben. Der als Zeuge gehörte Beamten bestätigt die Richtigkeit des Protokolls. Der Staatsanwalt ist überzeugt, daß der Angeklagte die Hefte zum Verkaufen vorrätig gehalten und auch welche verkauft habe. Er stelle sich jetzt nur unwissend. Das sei die Taktik aller KPD-Leute. Die Mitglieder der KPD hätten auch bestimmt nur einem bewährten Funktionär der KPD, zu dem sie Vertrauen hätten, einen Kassiererposten gegeben. Die Gefährdung wolle heutzutage, daß gerade gegen derartige Verbrechen scharf vorgegangen werde. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Urteil lautete wegen Vergehens gegen den § 6 der Verordnung vom 28. Februar 1933 auf 3 Monate Gefängnis.

Großrazzia am 10./11. März 1933

Eine weitere massive Verfolgungswelle gegen Lüneburger Nazi -Gegner wurde in den Tagen um den 10. März 1933 durchgeführt.

Öffentlich wurden diese Polizeiaktionen damit begründet, dass Flugblätter verteilt wurden, in denen Angehörige der Lüneburger Rechtsparteien verleumdet würden.

Wenngleich derartige Vorkommnisse der Lüneburger Polizeibehörde ausreichten, um die Aktionen zu begründen, war doch der politische Hintergrund für diese groß angelegte Verfolgungswelle ein ganz anderer.

Die Ergebnisse der einige Tage vorher durchgeführten Reichstagswahlen waren für die Nazis nicht zufrieden stellend. Zwar konnte die NSDAP ihre Stimmenverluste der Wahl vom 6.11.32 in Lüneburg ausgleichen und auch den Abstand zu den anderen Parteien vergrößern, doch ihr angestrebtes Ziel, eine qualifizierte Mehrheit in Lüneburg zu erlangen, konnte sie nicht durchsetzen. Es war deshalb in den Tagen nach dem 5. März für die Lüneburger Nazis absehbar, dass sie dieses Ziel auch bei den für den 12. März unmittelbar bevorstehenden Gemeinderatswahlen nicht erreichen würden, wenn nicht noch etwas Unvorhersehbares passieren würde, was ihre Gegner entscheidend einschüchtern könnte.

Der eigentliche Zweck dieser „öffentlichkeitswirksamen“ Aktionen gegen Nazi-Gegner am Vortag der Gemeinderatswahlen hat deshalb darin bestanden, alle Nazi- Gegner einzuschüchtern und vom Wahlgang abzuhalten und auch die unentschlossenen „Zwischenwähler“ in ihren Wahlverhalten zuungunsten der oppositionellen Parteien zu beeinflussen.

Es ist deshalb kein Zufall, dass nicht die Lüneburger Polizei zur Verfolgung dieser „Schmähschriften“ und deren Hersteller initiativ wurde, sondern die Lüneburger „nationalen Kreise“ eine entsprechende Aktion verlangten. Der Polizeidirektor - Bürgermeister Richter - entsprach allerdings recht eindeutig diesem „Wunsche“ der Rechtskräfte.

Mit welchen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen die Lüneburger Rechtskräfte gegen die „Schmähschriften“ vorrückten, geht aus der Anlage der ganzen Aktion hervor:

In den Vormittagsstunden des 10. März verhandelten die Rechtskräfte mit dem Polizeidirektor über Verfolgungsmaßnahmen gegen Nazi- Gegner und beschlossen eine große Polizeiaktion zur Ermittlung der Hersteller und Verbreiter dieser Flugblätter für den Nachmittag.

Es darf angenommen werden, dass sich die SA und Stahlhelmverbände des Stadt- und Landkreises auf diese Aktion (oder eine ähnliche zu diesem Zeitpunkt) vorbereitet hatten, denn schon am Nachmittag des Tages traten diese Verbände „zur Unterstützung“ der Polizei vor dem Rathaus in militärischer Ordnung an.

Jetzt hatten die Nazis endlich auch in Lüneburg fast erreicht, was sie schon Jahre zuvor als wirksamstes

Mittel zur Erlangung und Festigung ihrer Macht gefordert hatten: die Verfolgung und politische Ausschaltung ihrer Gegner. Dabei versuchten die Nazis zudem, die Aktion derart darzustellen, dass bei Teilen der Lüneburger Bevölkerung der Eindruck entstehen sollte, es würden gefährliche politische Kriminelle ihrer gerechten Strafe überführt. Keinem anderen Grund diene das Spektakulum vor dem Rathaus (die militärische Ordnung und Aufstellung von SA, Stahlhelm und Polizei) und die Bewaffnung der SA- und Stahlhelmverbände (was wohl auf die kriminelle Gefährlichkeit der Nazi -Gegner hinweisen sollte) größtenteils mit Gewehren, Karabinern und Pistolen. Aus demselben Grunde wurden bei den folgenden Besetzungen und Hausdurchsuchungen jeweils die angrenzenden Straßen abgeriegelt und wurde jeglicher Straßenverkehr dort unterbunden. Es mussten sogar die Fenster der benachbarten Wohnungen und Häuser geschlossen werden.

Die Sturmabteilungen der Lüneburger „nationalen Verbände“ besetzten und durchsuchten am 10. und 11. März 1933 nun alles, was sich ihnen aus den Reihen der Arbeiterorganisationen anbot: das Volkshaus (damaliges Gewerkschaftshaus in der Schröderstraße/ Ecke Apothekenstraße), die Lüneburger Lokalredaktion, Vertriebs- und Geschäftsstelle des Volksblattes (SPD-Zeitung, Neue Sülze, heute Bauamt), die Räumlichkeiten der sozialistischen Arbeiterjugend, der kommunistischen Jugend Deutschlands (KJVD), die Filialen des Konsumvereins „Einheit“ und die Wohnungen von SPD- und KPD- Mitgliedern.

Aufgabe der SA und der Sturmabteilung des Stahlhelms war es bei diesen Aktionen, die „äußere Sicherheit“ (Absperrungen von Straßen, etc.) herzustellen, während die Polizei und Kripo die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen vornahmen.

Das Volkshaus (Gewerkschaftshaus) war eines der ersten Ziele dieser Aktion. Immerhin galt es doch für die Nazis, die Interessenorganisation der Arbeiter, ihrer Hauptgegner, entscheidend zu schwächen und ihren demokratischen Widerstand zu brechen.

Die Lokalredaktion des Lüneburger Volksblattes in der Neuen Sülze war den Nazis schon deshalb ein Dorn im Auge, weil das Volksblatt zu jenem Zeitpunkt das letzte regelmäßig erscheinende legale oppositionelle Blatt in Lüneburg war. Zwar wurden schon ab Anfang Februar dort mehrfach Durchsuchungen der Geschäftsräume vorgenommen, aber nie in einem solchen Umfang.

Frau Käthe Krüger berichtet über diese Aktion der Nazis:

„Mein Vater, Johannes Lopau, war Lüneburger Lokalredakteur des Lüneburger Volksblattes, Stadtrat, SPD-Mitglied, Vorsitzender der Maurergewerkschaft und früher schon - 1919 - Mitglied des Lüneburger Arbeiter- und Soldatenrates. Die Redaktion des Volksblattes war zunächst bis Ende der 20er Jahre am Sande 18 (später war dort der Lüneburgsche Anzeiger, dann, nach '45, die Landeszeitung), dann in

der Neuen Sülze. Dort war auch die Wohnung meines Vaters.



Käthe Krüger

Goertz die Arbeiterbibliothek betreut.) Ich hatte deshalb auch viel in den Redaktionsräumen zu tun.

Die größte Hausdurchsuchung wurde bei uns dann am 10. März von Polizeimeister Mußgiller, SA und Stahlhelm durchgeführt. Um mögliche Zeugen auszuschalten, wurde von diesen Leuten der gesamte Straßenkomplex Waagestraße - Katzenstraße - Neue Sülze - An der Münze abgesperrt. Da kam dann keiner mehr rein. So konnte niemand zuschauen und sehen, was bei uns hier passierte.

Gegen die Durchsuchung unserer Räume konnten wir überhaupt nichts tun. Schon deshalb nicht, weil auch die SA-Leute ja alle stark bewaffnet waren.

Die Durchsuchung selbst wurde dann doch recht zivilisiert durchgeführt. Es wurden eben keine Räume verwüstet und nichts umgeschmissen, wie es woanders geschah. Ich glaube, das liegt wohl daran, dass unsere Familie durch unser soziales Engagement bei vielen Lüneburgern doch recht beliebt war und die es sich deshalb nicht leisten konnten, gegen uns mit Einsatz körperlicher Gewalt oder ähnlich vorgehen zu können - jedenfalls damals noch nicht. Es wurden nun sozialistische Bücher und Broschüren und so was beschlagnahmt. Auch eine Briefwaage ließen sie mitgehen. Warum für sie die Briefwaage wichtig war, weiß ich nicht. Sie interessierten sich natürlich auch besonders für Anschriftenkarteien und Korrespondenzen und nahmen diese Sachen mit; sowohl aus den Geschäftsräumen als auch die Privatpost aus der Wohnung meiner Eltern, die gleich hinter den Redaktionsräumen lag. Die Wohnung hatten die Leute nämlich gleich mit untersucht.

Diese Karteien hatten für die Nazis natürlich eine große Bedeutung, denn so sind sie an die Anschriften fast aller Lüneburger SPD-Mitglieder und Sympathisanten gekommen und wussten nun genau, wen sie auf ihre schwarzen Listen eintragen mussten und gegen wen sie wegen SPD-Mitgliedschaft vorgehen konnten.

Die Zeitungen Lüneburgs haben über die Durchsuchung bei uns keine ausführlichen Berichte

Ich war damals (1932) 32 Jahre alt und verheiratet. Ich wohnte zwar nicht mehr bei meinen Eltern, aber ich war oft in der Redaktion meines Vaters. Ich war nämlich politisch aktiv in der Arbeiterwohlfahrt und der SPD. (Im alten

Gewerkschaftshaus, das vorher in der Neuen Sülze war, habe ich schon als

16jährige zusammen mit Ernst

gebracht. Auch hat die andere Presse nicht protestiert. Die Angst und die Isolierung auch der Lüneburger führte dazu, dass man über diesen Vorfall schwieg. Schon damals war die Angst, dass ja auch bei einem selber ähnliche Hausdurchsuchungen durchgeführt werden könnten oder dass man verhaftet wird so groß, dass man lieber den Mund hielt."

Herr Karl Diedrich schildert den Vorgang, wie er ihn seinerzeit miterlebt hat:

„Ich war damals -1933 - 14 Jahre alt und besuchte die 1. Klasse der Heiligengeistschule (damals zählte man die Klassen noch anders herum: Die 1. Klasse war die Abgangsklasse). Mein Großvater hatte damals eine kleine Schuhmacherei in der Kuhstraße und ich musste oft in meiner Freizeit die besohlenen oder sonst reparierten Schuhe austragen. Damals war es noch so, dass den Herrschaften die reparierten Schuhe ins Haus oder ins Büro gebracht wurden.

Ich erinnere mich daran, dass ich eines Tages, am Nachmittag, von meinem Großvater den Auftrag bekam, dem Postrat Pressentin die Schuhe auf die Post zu bringen. Das Postamt war damals noch Auf dem Meere, Ecke Neue Sülze.

Ich zog also los Richtung Schröderstraße und wollte in die Katzenstraße, aber ich kam nicht durch - überall Polizeisperrn. Ich versuchte es dann über die Münze und Waagestraße, aber auch dort war alles abgesperrt. Ich kam nicht bis zur Post durch und musste dann umkehren. Ich wusste nicht, was da nun los war. Man sprach wohl mal darüber, dass es Hausdurchsuchungen gab wegen verbotener Literatur. Aber was nun in diesen Gebäuden vor sich ging, wusste ich nicht.

In der Schule haben wir noch tagelang darüber gesprochen und Vermutungen geäußert. Irgendwie schien das alles sehr gefährlich zu sein. Man ließ lieber die Finger da von, als zu protestieren oder was zu unternehmen.“

Nach dieser großen Nazi-Aktion gegen das Volksblatt wurde die Redaktion geschlossen. Es war nun nicht mehr möglich - ohne Verhaftungen und Gefahren für das eigene Leben zu riskieren -, ein oppositionelles Blatt herauszugeben, zumal durch die Reichsverordnungen eine wahrheitsgemäße Berichterstattung schon längst nicht mehr möglich war. Zwei Monate später waren bereits alle politischen Freunde von Johannes Lopau (z.B. Ernst Braune, Karl Markwardt, Hilmer, Schwartz und Gustav Voß) eingesperrt. Lopau war der einzige SPD -Funktionär, der noch frei war. Er war ein sehr sensibler Mensch und wusste zudem sicher, dass in jenen Märztagen die ersten Konzentrationslager entstanden (bei Oranienburg, Sachsenhausen, Dachau und Königswusterhausen), dass die SA in einzelnen Städten „Privatgefängnisse“ einrichtete - die allerschlimmsten Marterstätten. Er wusste, dass er der nächste sein würde, den die Nazis abholen und einkerkern würden. Johannes Lopau wurde so in den Freitod getrieben.

Die Bestattung Lopaus wurde von der Lüneburger Arbeiterschaft als Beerdigungsdemonstration durchgeführt. Trotz Demonstrationsverbot ließen es sich die Arbeiter nicht nehmen, die Fahnen ihrer ehemaligen Organisationen zu zeigen (z.B. die Gewerkschaftsfahne der Lüneburger Zementarbeiter von 1863).

Diese Demonstration blieb zugleich die letzte öffentliche Aktion der Lüneburger Arbeiterschaft für die nächsten 12 Jahre.

Der Konsumverein „Eintracht“ mit seinen Filialen war ebenfalls Ziel der Nazi-Aktion, waren doch die Konsumvereine eng verbunden mit der Lüneburger Arbeiterbewegung. Hausdurchsuchungen wurden deshalb in der Geschäftsstelle des Konsums, in der Rübekuhle 7, durchgeführt (Geschäftsführer war das SPD-Mitglied Sander) als auch in den Filialen Auf dem Meere, in der Grapengießereistraße (Seiteneingang IHK), in der Rothenburgstraße und in der Vereinsbäckerei in der Rübekuhle (dort arbeitete Ernst Goertz, damaliges Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates).

Es ist anzunehmen - wenngleich es heute nicht mehr

Sitzungszimmer (in einer Art „Haus der Jugend“) in der Reitenden-Diener- Straße (gegenüber dem heutigen Ordnungsamt).

Auch bei der Jagd auf einzelne Funktionäre der Lüneburger Arbeiterorganisationen wurden z.T. ganze Straßenzüge von der Polizei abgeriegelt. In der Altstadt, der traditionellen „roten Hochburg“ wurde z.B. in den Straßen Auf dem Meere und Auf der Altstadt Haus für Haus durchsucht. Auch in der Ritterstraße, wo eine ganze Reihe von KPD- Mitgliedern wohnte, wurde ähnlich vorgegangen. Der dort versteckt gehaltene Vervielfältigungsapparat der KPD wurde - wahrscheinlich hat jemand das Versteck verraten - dort gefunden.

Am 13. März musste der „Lüneburger Anzeiger“ das Ergebnis der Großrazzia zugestehen:

„Leider ist es noch nicht gelungen, Verfasser und Verbreiter der Schmähschriften festzustellen. Verbotene Gegenstände wurden außer einigen Gummiknüppeln nicht aufgefunden.“

Weitere Razzien und Verhaftungen folgten im April 1933 gegen Einzelpersonen aus den Reihen der Lüneburger Arbeiterbewegung von Polizei und SA.

Auch die Allgemeine Ortskrankenkasse - AOK - die Krankenversicherung der abhängig Beschäftigten, war Ziel von Haussuchungen. Eine ganze Reihe von Sozialdemokraten war dort - seinerzeit in der Katzenstraße/ Ecke Neue Sülze - beschäftigt. Außerdem war die AOK - wie auch das Arbeitsamt - ein beliebter Treffpunkt der Lüneburger Arbeiter. Dort wurden sozialdemokratische und kommunistische Flugblätter verteilt und in kleinen Gesprächsgruppen im Schalterraum politische Diskussionen geführt.

Am 23. April drangen die Nazis auch dort ein, besetzten das Gebäude, untersuchten die Anwesenden nach Flugblättern und sonstigen verbotenen Gegenständen und beschlagnahmten dabei Material. Vier Personen wurden bei dieser Razzia verhaftet, u.a. der Angestellte der AOK, der Sozialdemokrat Sommer.

Immer wieder kam es bei solchen und ähnlichen Aktionen der Polizei und Nazis zu Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft, die von der Lüneburger Justiz hart geahndet wurden. Etwa zwei Wochen vor dem Überfall auf die AOK z.B. fand ein Prozess gegen einen Lüneburger Arbeiter statt, der einen Polizisten „beleidigt“ hatte („Lump, Affe, alter Bauer“). Der Arbeiter wurde für diese Beleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Große Polizeiaktion in Lüneburg.

Verleumdungen gegen nationale Männer. — Polizeikräfte, verstärkt durch SA und Stahlhelm, nehmen zahlreiche Hausdurchsuchungen vor.

Durch die Verteilung von beschämend hergestellten Handzetteln, auf denen die nationalen Kandidaten für das Stadtparlament in äußerst gehässiger, unqualifizierter Form persönlich verunglimpft wurden, bemächtigte sich der national eingestellten Lüneburger Bevölkerung gestern eine begeisterte und berechtigter Erregung. Wer im politischen Kampf mit persönlichen Verleumdungen arbeitet, darf sich nicht wundern, wenn die Gegenwirkung, die in ruhigeren Zeiten am besten in wirkungsvoller Nichtbeachtung besteht, andere und schärfere Formen annimmt.

Die nationalen Kreise verlangten daher vom Polizeidirektor, Bürgermeister Richter, eine Hausdurchsuchung im Volkshaus, Volksblatt und bei führenden Funktionären der KPD und SPD. Nach längeren Verhandlungen wurde für den Nachmittag eine große Polizeiaktion zur Ermittlung der Hersteller und Verbreiter der Schmähblätter beschlossen. Zur Verstärkung der Polizeikräfte wurden SA und Stahlhelm im Stadt- und Landkreis Lüneburg alarmiert. Lange vor Ablauf der Alarmfrist rückten die einzelnen Abteilungen in Abständen an, größtenteils mit Gewehren, Karabinern und Pistolen ausgerüstet. Sie wurden der Hilfspolizei zugewiesen und nahmen vor dem Rathaus Aufstellung, wo sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte. In strenger militärischer Ordnung rückten die Abteilungen dann unter Führung der Polizei ab und besetzten das Volkshaus, die Lüneburger Lokaltredaktion des Volksblattes, ein Zimmer der SA, im Kaland, die

Filialen des Konsumvereins und die Wohnungen von Funktionären.

Die angrenzenden Straßen wurden durch Postenketten abgeriegelt und jeglicher Verkehr gesperrt. Die Fenster der benachbarten Häuser mußten geschlossen werden.

Die zuständige amtliche Stelle gibt über die Aktion folgenden kurzen Bericht aus:

„Am Freitag mittag wurden kleine Wahzetteln mit schmutzigen persönlichen Verleumdungen einer großen Zahl von Angehörigen der Rechtsparteien verteilt. Da die Verteiler außerordentlich geschickt vorgehen und die Zettel nur durch Türspalten schoben oder an Kinder geben, war es leider nicht möglich, bei der Verteilung jemand abzufassen. Es handelt sich um derart gemeine Anwürfe, daß die in den national gesinnten Kreisen der Stadt darüber ausgelöste Erregung durchaus verständlich war. Am Nachmittag fanden von der Polizei mit Unterstützung einer erheblich verstärkten Hilfspolizei zahlreiche Durchsuchungen statt. Ueber das Ergebnis kann noch nichts mitgeteilt werden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Weitere Durchsuchungen finden noch statt.“

Wie wir heute morgen erfahren, wurde in einem Stall des Hauses Ritterstraße 62 endlich der Vervielfältigungsapparat gefunden und beschlagnahmt, auf dem die KPD ihre „Druckfächer“ hergestellt hat.

LR 11. 3. 33

feststellbar scheint -, dass auch das Büro der SPD durchsucht und dort mindestens die Mitgliedskartei beschlagnahmt wurde.

Ebenfalls heimgesucht wurden die Treffpunkte der Jugendorganisationen der SPD und KPD (Sozialistische Arbeiterjugend/ SAJ und Kommunistischer Jugendverband Deutschland/ KJVD). Die SAJ hatte damals ihr Domizil im Kalandhaus in der Kalandstraße, der KJVD hatte sein

Der „Tag der nationalen Arbeit“ 1933 und die Zerschlagung der Gewerkschaften

Ebenfalls in diesen Tagen, am 21. April, wurde mit den offiziellen Vorbereitungen zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften für den 2. Mai begonnen. Im Rundschreiben des NSDAP-Stableiters Ley vom selben Tage heißt es:

„Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestellten- Bund (AFA-Bund). ... Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter. Träger der Aktion soll die NSBO sein. SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der infragekommenden Persönlichkeiten einzusetzen.“

Um die arbeitende Bevölkerung für die Nazis zu gewinnen, wurde mit Gesetz vom 10. April der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, zum „Tag der nationalen Arbeit“, erklärt. Kundgebungen und Demonstrationen sollten am 1. Mai als wichtiges Instrument zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie dienen. Form und Inhalt dieser Veranstaltungen wurden von der NSDAP bestimmt und kontrolliert.

Obwohl sich viele Gewerkschaftler gegen eine Teilnahme an diesen Aufmärschen unter nationalsozialistischer Führung wandten, beschloss die Führung des ADGB, dass sich die Gewerkschaftsmitglieder „...für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat ...allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich ...beteiligen (sollen).“

Somit kam die ADGB-Führung den Nazi-Plänen entgegen. Zur Vorbereitung der Aufmärsche wurden örtliche NSDAP-Führer ernannt.

Die "Lüneburgschen Anzeigen" berichteten über eine Vorbereitungssitzung in ihrer Ausgabe vom 24. April 1933.

Allerdings: Auch an diesem 1. Mai gab es Widerstand, die versteckte und offene Opposition gegen die Nazis: Der Spielmannszug der Arbeiterturnerschaft (ATL), der auch an dem Umzug teilnahm, wurde noch während des Spiels aus dem Demonstrationzug zum Standartenführer Herwig zitiert (dieser Vorfall ereignete sich Am Sande). Herwig setzte dort sofort den Führer des ATL- Spielmannszuges, Hein Walsche, ab. Begründung: Der Spielmannzug sei in Fünfer-Reihen marschiert und habe eine große Pauke mitgeführt. Beides sei marxistisch. Ebenfalls habe der Stabführer beim Vorbeimarsch an den Führern der örtlichen nationalen Parteien -in der Höhe der Redaktion der heutigen LZ befand sich eine Art „Prominentenbühne“ - seinen Stab nicht gesenkt. Über einen weiteren Zwischenfall berichtet Franz Holländer:

„Es ging schon am 1. Mai 1933 los, dass alle die Hitler-Fahne grüßen mussten oder aber kassiert wurden und in den Knast kamen.“

LA 2.5.33

Ein Festang, wie Lindeburg ihn noch nie sah

Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, prä ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, im ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, Spitze Regierungspräsident Reschke, folgt. ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, Schilder werden im Zuge getragen, gegen ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, den internationalen Marxismus. Fahnen, ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, folgen Jugendgruppen, Stahlhelmer, Turner, ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, den Krieger, Schützen folgen... „Ehre die Arbeit, ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, und so ehrt du dein Volk“ künden uns die ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, mit Schilder des Zuges... Der Festzug Eine ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, Fall verkörperte wie in Zeiten, die beinahe längst ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, auf vergessen sind, wieder die ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, werf Zusammengehörigkeit aller Angehörigen ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, „Eh eines Berufszweiges und die Verbundenheit ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, die aller Berufe innerhalb der gesamten ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, stehe Volkswirtschaft und in der Nation... So bildet ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, Geft Festumzug einen Ring um Lüneburg – ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, tönn ist es nicht ein Symbol dafür, wie nötig die ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, ohne Volksgemeinschaft ist, die einen Ring bilden ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, fahr soll um alle Stände und Stämme unseres ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, Fab Volkes?“ ... Der Festzug wird eröffnet von einer SA-Kapelle, äßern,



Feste Arbeit am Fest der Arbeit.

Von kommunistischer Seite waren am Montag morgen auf Bürgersteigen, an Hauswänden und Zäunen Schriften angebracht, in denen für die Rotfrontkämpferbund geworben und gegen den Tag der Nationalen Arbeit Stellung genommen wurde. Die Polizei griff zu einem einfachen aber nachhaltigen Mittel. Sie holte verschiedene Kommunisten, die unter Aussicht der Polizei selbst diese Schmiererei wieder beseitigen mußten. Den „Arbeitern“ am Tag der Arbeit wurde anheim gegeben, sich von denen bezahlen zu lassen, die die Malereien angebracht haben.

Vor allem in der Altstadt, dort wo die Arbeiter wohnten, achteten die Nazis genau darauf, dass alle, die bei der Mai- Demonstration am Straßenrand standen, den Hitler-Gruß nachmachten. Diese Fahne und dieser Gruß war bei uns natürlich verhasst, bedeuteten sie doch für uns Verbot, Gefängnis, Folter, Terror und Krieg.

Einer von denen, die diesen Faschistengruß nicht nachmachten, als die Nazis durch die Altstadt kamen, war Franz Keding. Er war Leiter der KPD-Pioniergruppe, unserer Kinderorganisation. Er wurde dafür einige Tage später verhaftet. Wie lange er nun festgehalten wurde und was man mit ihm gemacht hat, weiß ich nicht mehr.



Otto Ziegenfuß

Ich weiß aber, dass er im August 1933 mit Otto Ziegenfuß und Adolf Töbing noch mal verhaftet wurde. Sie hatten für die inhaftierten Lüneburger Genossen und deren Angehörige Geld- und Sachspenden gesammelt. Diese Hilfe wurde den dreien ausgelegt als Fortsetzung der 'Roten Hilfe', die ja nun schon verboten war.

Franz Käding kam daraufhin ins 'Not-KZ' nach Moringen ...Er wurde dann nach ca. 3 Monaten ins KZ- Brandenburg (Oranienburg) verbracht.

Später (1940/41) wurde er noch mal wegen bestimmter Äußerungen, die man als 'Verunglimpfung von Führer und Volk' auslegte, für ca. 1 Jahr von den Nazis kassiert und ins Moor nach Lingen (Emsland) gebracht."

Am 2. Mai besetzten in ganz Deutschland SA- und SS-Angehörige die Häuser der Gewerkschaften, ihre Büros, die Gebäude ihrer Banken und Zeltungen.

Führende Funktionäre wurden in "Schutzhäft" genommen und in KZs eingeliefert.

Über den Ablauf der Zerschlagung der Lüneburger Freien Gewerkschaft berichtet ein ehemaliger Gewerkschaftssekretär, Hans Beeken:

„Am 2. Mai drang der Obmann der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen- Organisation) Becker mit zwei SA-Leuten morgens um 7 Uhr in meine Wohnung - ich lag noch im Bett -ein und befahl mir: 'Sie müssen mitkommen!' Den offenen Wagen hatten sie zu meiner Mitnahme schon vor der Tür stehen. Wir sind dann zum Volkshaus (Gewerkschaftshaus). Dort haben diese NSDAP-Leute - und weitere Leute, die dort warteten - sämtliche Gegenstände durchsucht und beschlagnahmt. In der 1. Etage hatten verschiedene Einzelgewerkschaften ihre Büros, z.B. der Deutsche Metallarbeiterverband, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Deutsche Fabrikarbeiterverband und der Baugewerkschaftsbund.

Auch an jenem 2. Mai waren die Gewerkschaftssekretäre dort. Sie hatten ja ihre Arbeit zu verrichten.

* Bei den Betriebsratswahlen beim Lüneburger Eisenwerk wurden insgesamt 217 Stimmen abgegeben. Hier von entfielen auf die Liste der Freien Gewerkschaften 183, und auf eine nationalsozialistische Liste 27 Stimmen. 7 Stimmen waren ungültig. Dennoch entfielen auf die Freien Gewerkschaften 6 Sitze, auf die Nationalsozialisten 1 Sitz. Das Werk beschäftigt gegenwärtig etwa 250 Arbeiter. In früheren Jahren wurde nur eine Liste aufgestellt, so daß es eines Wahlerlases nicht bedurfte.

(Lüneburgische Anzeigen von 18. 3. 1933)

Natürlich haben wir schon vorher geahnt, dass die Nazis uns auflösen und auch das Guthaben unserer Gewerkschaft beschlagnahmen wollten. Deshalb haben wir auch schon so manche Einrichtungsgegenstände und Finanzen sichergestellt. Die Nazis interessierten sich natürlich vor allem für die Adressenkarteien. Andere Akten schmissen sie bei dieser Aktion einfach auf die Straße.

Einige unserer Genossen (Gewerkschaftssekretäre), ich auch, wurden an diesem Tage einfach entlassen mit den Worten: 'Für euch ist Feierabend!'

Führende Gewerkschaftsmitglieder wurden verhaftet und für Monate in 'Schutzhäft' genommen, wie z.B. die Sozialdemokraten Hilmer, Schwartz, Bierwisch, Markwardt und Ernst Braune. Den Krautmann - er war Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes - holten die Nazis Mitte des Jahres und steckten ihn in eine 'Pflegeanstalt'.

Die Interessenvertretung der abhängig beschäftigten Menschen hörte somit auf zu existieren. Von nun an gab es keine freien Gewerkschaften mehr."

Den „Lüneburgischen Anzeigen“ war dieses wichtige Ereignis folgender Hinweis wert:

Das Volkshaus beschlagnahmt. Gewerkschaftshaus festgelegt.

Von den in Schutzhäft genommenen Personen wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Zu der Aktion war SA- und Stahlhelmhilfsspolizei in größerem Aufgebot herangezogen worden.

Um ¼10 Uhr wurde das Volkshaus, das bisherige Gewerkschaftsheim von der SA. besetzt. Die Straßen um das Haus waren von der Polizei und Hilfsspolizei abgesperrt. Vor dem Hause war eine SA-Abteilung angetreten.

Unter dem Beifall der Zuschauer wurde eine große schwarzweißrote Fahne aus dem obersten Giebel- fenster heraus gehißt. Dann stieg unter dem Gruß der SA. und der Bevölkerung, die mit erhobenen Händen dem historischen Augenblick beiwohnte, die Falkenkreuzfahne an dem Mast empor, der bisher die rote Fahne der Internationale getragen hatte. Der Flügel im blauen Saal des Volkshauses war arg verstimmt über die neue ihm unbekannte Melodie des Horst Weßel-Liedes, in das die Bevölkerung draußen einstimmte.

Berufsverbote 1933

Eine Möglichkeit, politisch unliebsamen Personen beizukommen, war die Vernichtung oder der Entzug ihrer beruflichen Existenz. Unmittelbare Entscheidungsgewalt hatten die Nazis nach der Machtübernahme auf die Besetzung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Da die Eigenständigkeit der Länder im März '33 bereits aufgehoben war, waren von Entlassungen und Versetzungen nicht nur Reichsbeamte und Angestellte betroffen, sondern auch die auf Länder- und Kommunalebene Tätigen. Es traf Arbeiter, Angestellte und Beamte in allen Positionen.

Die HASTRA (das Energieversorgungsunternehmen) nannte sich in den 20/30er Jahren „Lüneburger Kraft-, Licht- und Wasserwerk“. Das Land Preußen hatte an diesem Unternehmen die Aktienmehrheit. Damit war der Staat fiskalisch, d.h. ähnlich einem privaten Unternehmer zur Versorgung der Öffentlichkeit tätig. Da das Werk dem Staat gehörte, wurden auf seine Mitarbeiter Bestimmungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.33 angewendet. Dieses Gesetz sollte sicherstellen, dass vom Staat nur Personen beschäftigt werden, die vorbehaltlos den Nationalsozialismus bejahten oder sich doch solchen Anschein gaben.

Wenigstens fünf Lüneburger, die im Kraft-, Licht- und Wasserwerk beschäftigt waren, schienen diesem Anspruch nicht zu genügen und wurden aus politischen Gründen im Juli 1933 entlassen:

Da war der Buchhalter Hans Albers: Ihm wurde vorgeworfen, deutsch-amerikanische Zeitungen mit ins Büro gebracht zu haben. (Das gab er für den Zeitraum 1931/32 zu; und das war zu der Zeit nicht verboten!) Weiter solle er zu den Herbstwahlen '32 geäußert haben, er wünsche sich 200 Kommunisten in den Reichstag. (Er gab zu, sinngemäß gesagt zu haben, dass der ewige Regierungswechsel endlich aufhören müsse und nur eine radikale Regierung helfen könne. Ob diese von links oder von rechts käme, sei seiner Überzeugung nach belanglos.) Vorgehalten wurde ihm auch, er habe sich in gehässiger Weise über Herrn Hitler in Gegenwart von Arbeitskollegen geäußert. (Dies bestritt er.) A. gehörte kurze Zeit nach dem 1. Weltkrieg der SPD an, war aber politisch nicht aktiv.

Wir können hier vermuten, dass A. denunziert wurde. Es zeigt sich, dass ganz unverfängliche Anlässe dazu führen konnten, Personen zu verdächtigen, politisch unzuverlässig (im Sinn der Nazis!) zu sein und ihnen die Existenzgrundlage zu nehmen.

Sind die Gründe der Entlassung von A. erst bekannt, nimmt es nicht mehr Wunder, dass der Heizer H. Schmachel ebenfalls entlassen wurde. Er war als ehemaliges Mitglied der SPD, als Bürgervorsteher und Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Lüneburg politisch untragbar. Da half es ihm auch nichts, dass er sich den Nazis in dem Sinne andienen wollte, indem er aussagte, dass er bereits vor dem Verbot der SPD aus der Partei

ausgetreten sei und als Gewerkschaftsfunktionär die Interessen des Werkes den politischen Interessen vorangestellt habe und auch von Kommunisten der Arbeiterfeindlichkeit verdächtigt wurde, folglich nicht mit ihnen zusammengearbeitet habe.

verbeauflichtungsamt
neburg

J. Nr. 973
Kantonschreiben die-
re anzuzeigen.

Lüneburg, den 28. September 1933
Gr. Bldrfr. 30 L.
Gericht 3731

Auf Vorladung erscheint der Buchhalter

Hans Albers, wohnhaft zu Lüne-
burg, Südstorstraße 7 II, geboren am 28. Apr.

„...In der ersten Verhandlung sind mir drei Vorwürfe gemacht worden, die angeblich meine Regierungsfeindlichkeit beweisen sollten.

1. Ich soll eine Reihe ausländischer Zeitungen ...an meine Arbeitskollegen verteilt haben und gleichzeitig dabei gehässige Äußerungen gegen die Regierung und...insbesondere Herrn Hitler gemacht haben.

2. Ich soll mich in gehässiger Weise über Herrn Hitler auch in Gegenwart meiner Arbeitskollegen geäußert haben.

3. Ich soll auch in Gegenwart meiner Kollegen auf dem Büro die Äußerung getan haben: „Ich wünschte, dass 200 Kommunisten in die Reichstag einzögen.“...“

Der Schlosser A. Gerhardt wurde entlassen, weil er der SPD (von 1927 - März 1933) und den freien Gewerkschaften - als ein örtlicher Vorsitzender - angehörte. Auch ihm half nicht, dass er beteuerte, den Bestrebungen der Kommunisten stets, aber niemals als Parteimann und Gewerkschaftler den Bestrebungen der NSDAP entgegengetreten zu sein und nach der Machtergreifung auf dem Standpunkt der derzeitigen Staatsform zu stehen.

Auf dem Grundstück des Heizers H. Kühnke wurden Musikinstrumente der Schalmeykapelle der KPD gefunden. Das setzte ihn dem Verdacht aus, Mitglied dieser Partei zu sein. Er gibt dazu an, der KPD lediglich 4 Wochen (etwa 1931) angehört zu haben. Er habe sich weder gewerkschaftlich noch politisch jemals engagiert. Die Instrumente seien von kommunistischen Verwandten ohne sein Wissen versteckt worden. Um seine Loyalität zu unterstreichen teilte er mit, dass seine Söhne dem Stahlhelm bzw. dem Scharnhornbund angehörten. Auch K. wurde entlassen!

Der letzte im Bunde der Entlassenen war Schlosser A. Herr. Er war 1919 (!) 4 Wochen Mitglied der KPD und 6 Monate Mitglied der SPD. Aus wirtschaftlichen Gründen trat er der SPD 1931 wieder bei; innerlich habe er ihr nicht nahe gestanden.

Die Aussagen der Betroffenen wurden Vernehmungsprotokollen entnommen und sind nicht ohne Einschränkungen zu bewerten. Schmachel und Gerhardt waren als Gewerkschaftsführer und Parteifunktionäre im lokalen Rahmen einflussreiche und bekannte Arbeiterführer der SPD, die ihre

Positionen durch engagierten Einsatz erreicht hatten. Ihre in der realen Politik frühzeitig verlassenen politischen Standorte und ihre, die eigenen politischen Ansichten verharmlosenden Aussagen lassen ahnen, welche ungeheure Angst um ihre bloße Existenz in diesen Menschen geherrscht haben kann, deuten aber auch darauf hin, dass das kämpferische politische Bewusstsein nicht sehr stark ausgeprägt war. Eine ähnliche Einschätzung gilt sicherlich auch für die drei anderen Betroffenen.

h. Gewerbeaufsichtsamt
Lüneburg

Tagebuch-Nr. 973
gelesen, im Entwurfsheft die
Buchnummer angegeben.

Lüneburg, den 20. September 1933
Dr. Jägerle, 30 L.
Gencur 3781

Auf Vorladung erscheint der Heizer Heinrich Schmachel in Lüneburg,

„...Die erste Verhandlung wurde von dem Vorsitzenden des neu eingesetzten Betriebsrates, Herrn Hoffmann, geleitet...Herr Hoffmann teilte mir lediglich mit, dass es im Interesse des Staates notwendig sei, wenn in lebenswichtigen Betrieben politisch anders eingestellte Arbeitnehmer entfernt würden...Bei der 2. Verhandlung, die Herr Dr. Frohnert von der Hannoverisch-Braunschweigischen Stromversorgungs- Aktiengesellschaft leitete, erklärte dieser jedoch, dass es ausgeschlossen sei, dass bei einem etwaigen marxistischen Umsturzversuch ich mich vollständig hinter die nationale Regierung stellen würde, und dass aus diesem Grunde allein meine fristlose Entlassung erfolgen müsse....“

Wirkungsvolle Anwendung erfuhr das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Erziehungssektor. Dem Nazi -Regime war es damit möglich, seine faschistischen Vorstellungen und Zielsetzungen durch willige Lehrer in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen zu pflanzen und Lehrer, die dazu nicht bereit waren, zu entlassen oder durch Versetzung „kaltzustellen“. Diese politische Praxis entsprach den Naziforderungen, die sogar im Lüneburger Stadtrat erhoben wurden. Der Bürgervorsteher der NSDAP, Dr. Lüttchens, forderte in einer Ratssitzung im Mai '33:

„Im Schulwesen müsste sich noch manches ändern, in den einzelnen Schulen müsste teilweise noch gründlich aufgeräumt werden. Noch heute befänden sich in der Schule I (heute: Heiligengeisteschule) in den oberen Klassen Lehrer, die für die NSDAP untragbar seien. Es sei Aufgabe des Magistrats, hier Wandel zu schaffen und zu veranlassen, dass nicht die Kämpfer, die in den Reihe der nationalen Erhebung stehen, die kleinsten und niedrigsten Klassen bekämen, sondern die ersten Klassen mit den älteren Schülern, auf die ein größerer Einfluss gewonnen werden könne. Es dürfe weiter nicht vorkommen, dass Lehrer beim Horst-Wessel-Lied nicht die Hand erheben...“

Der Oberbürgermeister erklärte daraufhin, dass der Magistrat nur eine indirekte Einflussmöglichkeit auf Änderungen der Verhältnisse in den einzelnen Schulen habe, dass er hiervon aber gern Gebrauch machen werde. (LA 1.6.1933).

Auch zu diesen Praktiken gibt es für den Lüneburger Raum belegende Beispiele: Entlassen wurde Rektor Fink (Schule I), Herr Heine (Mitglied der SPD), Frl. Westermann (nichtarische Großmutter), Dr. Oetke, Dr. Kuhnau, Heinrich Braune, Ernst Riggert (die letzten drei waren im Landkreis Lüneburg beschäftigt), beurlaubt wurde Dr. Gramberg vom Johanneum. Sein Kollege Brake durfte keinen Geschichtsunterricht mehr erteilen, weil es ein offener Geschichtsunterricht war, der den Nazis nicht passte. Er musste sich fortan mit dem Lehren im Deutschen und Lateinischen in den unteren Klassen begnügen. Dr. Bleeck durfte nur Turnen, Zeichnen und Schreiben unterrichten. Lehrer waren offenbar nicht so leicht zu ersetzen wie Heizer oder Schlosser bei den Lüneburger Kraft-, Licht- und Wasserwerken und erhielten aus politischen Gründen dann Unterrichtsbeschränkungen oder wurden aufs Land versetzt.

Besonders erwähnenswert ist die Schule Im Grimm. Dort wurden alle Volksschullehrer zusammengefasst, die den Nazis als „nicht braun“ bekannt waren, um sie zur faschistischen Ideologie zu bekehren und besser kontrollieren zu können. Rektor an dieser Schule wurde das langjährige NSDAP-Mitglied und Vorsitzender des NSLB, Tietchen.

Ebenfalls ein Opfer der nationalsozialistischen „Stellenbereinigung“ wurde der Leiter der Schulabteilung der Bezirksregierung, Schütter. Er musste zurück an eine kleine Landschule.

Ein Volksschullehrer, der nebenamtlich als Lehrer der Heeresfachschule Lüneburg tätig war, wurde bereits 12 Tage nach der Machtübertragung an die Nazis wegen angeblich abfälliger Äußerungen über das Militär dort entlassen. Nachdem er sich später an seiner Volksschule geweigert hatte einen Eid auf Hitler zu leisten, wurde er auch dort entlassen und aus dem Schul- und Beamtendienst entfernt. Begründet wurde diese Entlassung zudem mit seiner SPD-Mitgliedschaft, seiner offenkundigen „Ablehnung der nationalen Bewegung“ und seinen Kontakten zum KPD-Funktionär Wittfogel. Außerdem habe er beim Absingen des Horst-Wessel-Liedes seinen Arm nicht zum Hitler-Gruß erhoben.

„Aus dem Schuldienst entfernt“ wurde ebenfalls der liberale Republikaner Friedrich Hackmann, Direktor des Johanneums. Er ließ vor 1933 an seinem Gymnasium stets die schwarzrotgoldene Fahne als Symbol der Weimarer Republik hissen – gegen den Widerstand der Mehrheit des Kollegiums, die auf Schwarzweißrot bestand. In der Begründung seiner Entlassung wurde auch das Engagement seiner Tochter Helga angeführt, die ab 1930 in Heidelberg studierte und für eine sozialistische Studentengruppe bei der Wahl zum ASTA gegen den späteren Nazi-Reichsstudentenführer Scheel antrat. Die linken Studenten warben bei dieser Wahl mit dem Konterfei von Helga Hackmann gegen die völkischen Rassisten mit dem Slogan: „Wählt doch die! Die ist viel blonder als ihr.“ Frau Hackmann (später: Helga Einsele) wirkte später in der BRD als bekannte Reform-Strafrechtlerin. Sie starb am 13. Februar 2005.

Waffenfunde am Tüner Berg

In den ersten Monaten des Jahres 1933 stellte sich auch für die Sozialdemokratische Partei und für die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften immer zwingender die Frage, wie der Nationalsozialismus zurückzudrängen sei.

Werner Blumenberg, führender Gewerkschafter und Sozialdemokrat jener Zeit, berichtet rückblickend aus sozialdemokratischer Sicht:

„Bis zum März war die 'Eiserne Front' die Hoffnung der Arbeiter. Die Massendemonstrationen der 'Eisernen Front' im Februar waren von überwältigender Wucht. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen: Es war wirklich so, dass die Massen der 'Eiserne Front' an einen Widerstand der Arbeiterbewegung glaubten. Ganz gewiss haben die Arbeiter es damit ernst gemeint, ganz gewiss haben sie unsere entschlossenen Aufrufe in jenen Kundgebungen so aufgefaßt, wie sie gesagt wurden. Nun musste es also 'losgehen', und es war nur natürlich, dass die Genossen, die über Schuß- oder einfache Stichwaffen verfügten, die mit besonderer Sorgfalt in Ordnung brachten, und dass andere Genossen, die nicht über Waffen verfügten, ihre Freunde (los)schickten, um Waffen zu besorgen.“

Auch in Lüneburg war vielen Mitgliedern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften klar, dass es nun darum gehe, sich nicht mehr nur „gewaltfrei“ auf eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus vorzubereiten. Viele Situationen waren denkbar, auf die man sich vorbereiten musste: z.B. musste bei der erwarteten Ausrufung des Generalstreiks durch die Gewerkschaften dafür gesorgt werden, dass dieser nicht militärisch niedergeschlagen werden konnte.

Es ist zwar nicht bekannt, ob die örtliche SPD entsprechende Aktionen unternahm; Mitglieder der Lüneburger KPD versuchten aber - soviel ist überliefert - für diesen Fall Vorsorge zu treffen. Zum einen wurde jetzt einer Reihe von KPD-Mitgliedern Unterricht im Morsealphabet, in der Handhabung von Feuerwaffen und in der Strategie des Häuserkampfes erteilt. Diesen Unterricht führte die KPD in einer angemieteten Halle im Lagerhaus Ecke Ilmenaustraße/Conventstraße durch (in diesem Lager fanden im Übrigen auch Proben für Musik- und Theaterveranstaltungen der KPD statt).

Willi Pfeiffer, der während des 1. Weltkrieges diese Dinge erlernt hatte, gab jetzt sein Wissen an überwiegend jüngere Kommunisten weiter.

Schwieriger als diese mehr theoretische Unterweisung war es schon, an Waffen heranzukommen. Es gelang vornehmlich, an Waffen aus dem 1. Weltkrieg zu gelangen. So wurden von Uelzener Genossen Sprengkapseln besorgt und von Pfeiffer nach Lüneburg gebracht. Ein Teil dieser Kapseln ging dann von Lüneburg aus - im Austausch gegen 6 Pistolen - über den Parteisekretär Matthews nach Lübeck.

Einen anderen Teil an Waffen besaßen die Lüneburger Kommunisten noch aus den

Auseinandersetzungen während des Kapp-Putsches 1920. Diese Waffen waren von Hamburg aus zu den Lüneburgern gelangt.

Bei diesen ganzen Unternehmungen musste natürlich die absolute Geheimhaltung gewahrt bleiben, denn auf unerlaubten Waffenbesitz standen die höchsten Strafen.

Nur fünf Lüneburger Antifaschisten waren eingeweiht und besorgten die Waffen, sorgten für die Munition und deren Sicherstellung. Waffen und Munition wurden in mehreren Blechbehältern, Kisten und Koffern versteckt.

Eines dieser Verstecke war auf dem Grundstück von Adolf Waltje am Tüner Berg in Oedeme angelegt. Waltje - er war Bahnarbeiter und wurde dann von den Nazis rausgeschmissen - betrieb dort im Nebenerwerb eine kleine Hühnerfarm. Dieses Versteck war nur 2 Lüneburgern bekannt.



Adolf Waltje

Es darf angenommen werden, dass wohl einer der nach dem Reichstagsbrand festgenommenen Lüneburger Antifaschisten die Qual der Isolierhaft und möglicherweise der grausamen Behandlung im Gefängnis und den Verhörmethoden nicht standhalten konnte und schließlich aus ihm das Lüneburger Versteck am Tüner Berg herausgepresst wurde. Im März 1933 wurde dieses Versteck von der Polizei gefunden und die Lüneburger Antifaschisten Carius, Waltje, Matthews und Tatau in dieser Sache - sofern einige von ihnen nicht schon wegen anderer Sachen in Haft waren - in das Untersuchungsgefängnis gesperrt. Der Prozess wegen der Waffenfunde gegen diese Lüneburger und zusätzlich gegen Pfeiffer fand im Januar 1934 im alten Gerichtsgebäude Am Graalwall statt. Es war der erste der vier Hochverratsprozesse, die im Januar/Februar 1934 vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts in Lüneburg stattfanden.

Die "Cellesche Zeitung" kündigte diesen Prozess in ihrer Ausgabe vom 16. Januar 1934 an:

„Hochverratsprozess in Lüneburg

Im hiesigen Schwurgerichtssaal begann am heutigen Montag ein Prozess vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts, der zur Verhandlung von vier Hochverratsprozessen gegen 21 Kommunisten, nach hier übersiedelt ist. Der Prozess richtet sich gegen die Kommunisten Otto Karius, Hermann Tatau, Wilhelm Pfeiffer und Adolf Waltje, sämtlich aus Lüneburg, sowie gegen den Bauarbeiter Emil Matthews aus Rensfelde bei Harburg. Den Vorsitz der Verhandlung führt Kammergerichtsrat Grenzow, der früher als Oberlandesgerichtsrat in Celle tätig war. Die Anklage wird vertreten durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lell, Berlin. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Gravenhorst, Lüneburg, für Pfeiffer, Dr. Eichholz für Matthews, Müller, Lüneburg, für die übrigen Angeklagten. Den Verhandlungen wohnt auch Landgerichtspräsident Bohlmann bei. Der Andrang im Zuhörerraum ist so stark, dass der Saal wegen Überfüllung geschlossen werden musste.“

Franz Holländer berichtet über diesen Prozess:

„Das Gericht hatte sich für diesen Prozess nur einen kleinen Saal ausgesucht. Nur ca. 20 Leute passten dort hinein. Weil wir natürlich als Zuhörer alle da waren - jedenfalls die, die noch nicht im Knast saßen - war der Saal überfüllt. Bei diesem Prozess wurde auch unser Hamburger Genosse Edgar Andre - er saß derzeit in Hamburg im Knast - rangeschafft, um als Zeuge der Staatsanwaltschaft den Vorwurf des zentral organisierten bewaffneten Aufstandes zu begründen oder zu untermauern. Andre hatte natürlich nichts gesagt oder bestätigt. Edgar war im übrigen in Hamburg Leiter des Roten Frontkämpferbundes und ab 1929 des Kampfbundes gegen den Faschismus. Er wurde ja schon im März 1933 eingebuchtet und dann während der Haft furchtbar misshandelt. Am 4. November 1936 wurde er von den Nazis hingerichtet. Edgar war ein tapferer Mensch.“

Über diesen Prozess berichtet die „Cellesche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 18./19. Januar 1934:

„Im ersten Lüneburger Hochverratsprozess vor dem 3. Strafsenat des Berliner Kammergerichts wurde am Mittwochnachmittag das Urteil verkündet. Es lautete gegen Karius wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Pfeiffer und Matthews auf je 3 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, gegen Waltje wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf 2 Jahre und 9 Monate Gefängnis und gegen Tatau 5 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird auf die verhängten Strafen angerechnet. In der Urteilsbegründung führte Kammergerichtsrat Grenzow unter Zitierung der

kommunistischen Schrift 'Der Weg zum Sieg' aus, dass kein Zweifel an den hochverräterischen, auch von den Angeklagten erstrebten Zielen der KPD bestehe.“

Tatau erhielt „nur“ eine Gefängnisstrafe, weil er vom Gericht nicht als Organisator eingestuft wurde; Matthews, Karius und Pfeiffer wurden sofort nach Beendigung ihrer Zuchthausstrafe, die sie im Zuchthaus Celle absitzen mussten, in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Pfeiffer wurde von dort ca. 1941 entlassen, Matthews und Karius mussten bis Kriegsende in Sachsenhausen verbleiben; Waltje wurde nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe zunächst entlassen und konnte mit der Auflage nach Hause, sich täglich bei der Lüneburger Polizei zu melden. Schon nach etwa 14 Tagen aber wurde er wieder von den Nazis festgesetzt und kam schließlich im November in das KZ Esterwegen. Dort musste er schreckliche Torturen über sich ergehen lassen. „Zur Begrüßung des Lagers“ (wie es die Nazis nannten) musste er gleich bei seiner Ankunft auf dem Lagerhof vom Vormittag an den „Niedersachsengruß“ vorführen (stehend die Hände hinter dem Kopf gefaltet), bis er umfiel. Dieser Sadismus der Nazis brachte ihm schließlich eine schwere Lungenentzündung ein, so dass er nur noch im Innendienst des KZs eingesetzt werden konnte, wenn die Nazis nicht seinen sofortigen Tod riskieren wollten.

Er wurde im Herbst 1938 als todkranker Mann aus dem KZ entlassen und starb an der Lungenentzündung ein halbes Jahr später in Lüneburg.

Matthews wurde nach Kriegsende von den Engländern in Schleswig-Holstein als Mitglied der ersten provisorischen Regierung eingesetzt.

Kommunistischer Widerstand zwischen April und Juni 1933

Auch nach den Verfolgungs- und Verhaftungswellen vom März 1933 blieben die Lüneburger Kommunisten aktiv und organisierten den Widerstand. Zwar war jetzt an öffentliche Versammlungen und an offene Parteipolitik nicht mehr zu denken - dies hätte die sofortige Verhaftung der beteiligten Personen zur Folge gehabt -, wohl aber blieben noch illegale Möglichkeiten. Wichtig war es nach wie vor, der Lüneburger Bevölkerung zu zeigen, dass es - allen Verfolgungen zum Trotz - den Nazis nicht gelungen war, den Widerstandswillen der Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Es ging den Lüneburger Antifaschisten darum, die Wahrheit über die Nationalsozialisten zu verbreiten und der Bevölkerung Mut zu machen für Verweigerungsaktionen jeglicher Art.

Wichtiges Instrument im antifaschistischen Widerstandskampf blieb nach wie vor die Flugblätterherstellung und -weitergabe.

Nachdem die Polizei und SA einen Teil der Druckmaschinen aufgespürt und beschlagnahmt hatte und auch weil die Herstellung von örtlichen Druckschriften in Lüneburg zunehmend gefährlicher wurde, mussten die Flugblätter jetzt z.T. zentral in Hamburg hergestellt, nach Lüneburg geschmuggelt und hier unter Beachtung größter Vorsichtsmaßnahmen verteilt werden.

Um die Abwicklung dieser illegalen Arbeit zu besprechen, aber auch um die Politik der Nazis zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu diskutieren, fanden auch deshalb öfter kleinere Versammlungen mit ca. 6/7 KPD-Mitgliedern und Sympathisanten statt. Diese Versammlungen wurden bei einer „unverdächtigen“ Kontaktadresse als Stubenversammlungen durchgeführt, oder man traf sich - aus verschiedenen Richtungen kommend, zumeist getarnt als Spaziergänger oder Pilzsammler - in den Wäldern vor den Toren der Stadt. Diese kleineren Versammlungen blieben von den Nazis unentdeckt, bis ein Mitwisser entweder über verwandtschaftliche oder sonstige engere Beziehungen zu Lüneburger Kommunisten von einem dieser Treffen Kenntnis erhielt, das für den 11. Juni in Böhmsholz geplant war und es an die Lüneburger Polizei verriet.

Auf dieser Versammlung am 11. Juni sollte von den Widerstandskämpfern allgemein über die illegale Arbeit gesprochen werden und auch darüber, auf welchem Wege illegale Flugblätter und Broschüren von Hamburg nach Lüneburg gebracht und hier verteilt werden könnten. Deshalb sollten auch drei Harburger Kommunisten an der Versammlung teilnehmen.

Die SA und die Polizei riegelten nun an diesem Tage das gesamte Waldgebiet ab. Sie nahmen alle Personen fest, die sich bereits in Böhmsholz befanden. Ein Teil der Kommunisten wurde auf dem Wege dorthin verhaftet. Einige aber konnten sich noch rechtzeitig absetzen (wie z.B. Adolf Sache) und sich so der Verhaftung entziehen. Die Begründung, man sei gerade auf dem Weg zum Pilzesammeln wurde von der Polizei und SA nicht akzeptiert, denn diese größtenteils aktiven Antifaschisten waren ja der Polizei, insbesondere aber der SA bereits bekannt.

Die "Lüneburgschen Anzeigen" berichteten am folgenden Tag über die Verhaftungen in Böhmsholz:

„Kommunistenverhaftung in Lüneburg

Wie wir gestern schon durch Extrablatt melden konnten, hat die Hilfspolizei schon gestern Vormittag bei Böhmsholz eine Anzahl kommunistischer Funktionäre gestellt und verhaftet. Insgesamt wurden 17 Personen verhaftet, darunter 2 Harburger Kommunisten und eine russische Studentin. Die Verhafteten wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.“

Die im Zeitungsartikel erwähnte russische Studentin gab es natürlich nicht. Der Hinweis auf eine russische Studentin erfolgte in der Zeitung ausschließlich zu dem Zweck, das von den Nazis propagierte Feindbild der

Sowjetunion zu begründen und zu untermauern. Es handelte sich um Ella Reincke aus Harburg, die möglicherweise einige Zeit zuvor die Sowjetunion zu Studienzwecken besucht hatte. Ella Reincke gehörte zum Kern des Harburger Widerstandes und hielt später auch Kontakte zur Bästlein-Jacob-Abshagen-Widerstandsgruppe. Im Lüneburger

Untersuchungsgefängnis saß sie zusammen mit Helene Schenkluhn in einer Zelle.

Bei dieser Razzia in Böhmsholz wurden u.a. folgende vorwiegend Lüneburger Antifaschisten verhaftet:

Harry Schröder
Willi Schröder
Hein Schulenburg
Phillip Fischer
Erich Fischer
Ernst Nielson
Heinrich Schorch
Walter Nieber
Hermann Ahrens
Bernd Jäger



Bernd Jäger

Celler Zeitung 8.11.1933:

„Kommunisten aus Lüneburg vor dem Kammergericht

Schwere Strafen für Hersteller und Verbreiter illegaler kommunistischer Druckschriften.

Vor dem 3. Strafsenat des Kammergerichts hatten sich am Dienstag dieser Woche, wie uns aus Berlin gemeldet wird, sieben Kommunisten aus Lüneburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat bzw. wegen Beihilfe und Begünstigung zu verantworten. Die Angeklagten haben offenbar auf Veranlassung einer höheren kommunistischen Stelle in Harburg-Wilhelmsburg verbotene Druckschriften hergestellt. Der Hauptangeklagte August Wahnke hat die Manuskripte zu den Flugschriften von der Mitangeklagten Dora Meincke erhalten, die noch nach dem Verbot der KPD als Organisations- und Propagandaleiterin tätig war. Bei der Vervielfältigung halfen die Angeklagten B. Jäger und P. Fischer mit, während der Angeklagte Otto Koslowski einen Stall zur Herstellung illegaler Druckschriften zur Verfügung stellte. Die Angeklagten Block und W. Schwartz halfen bei der Verbreitung der Druckschriften mit. Das Kammergericht verurteilte Wahnke zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagten Meincke, Jäger und Fischer erhielten je ein Jahr und neun Monate Gefängnis, während die Angeklagten Block und Schwartz wegen Beihilfe zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurden. Koslowski erhielt wegen Begünstigung mit Rücksicht auf seine vom Gericht festgestellte Minderwertigkeit vier Monate Gefängnis.“

Die Lüneburger Polizei und Justiz stellte sich sofort in den Dienst der Nationalsozialisten. Immer öfter berichteten nun die „Lüneburgischen Anzeigen“ über Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und politische Prozesse.

× Adendorf, 6. Juni.

Am Sonnabend nachmittag wurde eine überraschende Hausdurchsuchung bei Mitgliedern der KPD und des Reichsbanners vorgenommen. Die Untersuchungen erstreckten sich auf Gebäude des Siedlungsgebietes, in der Nähe des Grünen Jägers und wurden bis nach Erbstorf fortgesetzt. Drei Landjägerbeamte, sowie etwa sechs SA-Leute nahmen die Hausdurchsuchungen vor. Die betreffenden Personen machten den Beamten keine Schwierigkeiten. Das Ergebnis der Untersuchung war die Auffindung von einigen Waffen, ein feststehendes holzartiges Messer, ein Taschen 9,5 Millimeter, ein Revolver und eine alte Pistole, die Fahne des Reichsbanners sowie die versteckt gehaltenen Musikinstrumente des Reichsbanners wurden beschlagnahmt. In Erbstorf wurde die große Trommel gefunden. Außerdem wurden eine Reihe von älteren Wahlaufzügen sowie Zeitungen und Flugblätter, sämtlich jedoch älteren Datums, gefunden und beschlagnahmt. Die Aktion dauerte mehrere Stunden und verlief völlig ruhig.

20.06.:

„Verhaftungen auf dem Schützenplatz
Ein Bewohner des Schützenplatzes wurde gestern verhaftet. Er steht in Verdacht, verbotene Flugblätter und Hetzschriften verbreitet zu haben. Es wurde in der Baracke, in der der Verhaftete wohnt, eine rote Fahne beschlagnahmt. Der Verhaftete wurde dem Polizeigefängnis zugeführt. Die Untersuchung gegen den Mann wird auch dahin geführt, ob der Verhaftete irgendwie mit der verbotenen Kommunistenversammlung zu tun hat.“

27.06.:

„Haussuchungen in Lüneburg
Im Laufe des Vormittags nahm die Polizei bei verschiedenen Funktionären der SPD in Lüneburg Haussuchungen vor. Bei dem Parteisekretär Marquardt wurden Schriftstücke und Drucksachen beschlagnahmt.“

S 94 Vor dem Lüneburger Gericht

Vor dem Lüneburger Gericht.

„Rot Front“ wollen sie nicht gerufen haben..

Auf der Anklagebank des Schöffengerichts saßen die Kommunisten Wischweh, H. Käding und W. Käding. Sie hatten sich am 21. April dieses Jahres im Wartesaal des Bahnhofes ziemlich rüpelhaft benommen, indem sich mit „Rot-Front“-Rufen und dem Einigen kommunistischer Lieder unliebsam bemerkbar machten, so daß ihnen die Singerei verboten wurde. Sie begaben sich dann an die Sperre, einer von den dreien wollte abreißen und die beiden anderen gaben ihm nach kommunistischer Art ihre Abschiedsgrüße auf den Weg, d. h. sie riefen wieder mit erhobener Faust „Rot Front!“ so daß ihnen vom Fahrdienstleiter Vorhaltungen über ihr Benehmen gemacht wurden. Vor dem Gericht behaupteten sie, nicht „Rot Front!“ sondern „Rot Sport!“ gerufen zu haben. Den Ausdruck aber kannte niemand und die Anrede fand auch keinen Glauben. Der Staatsanwalt beantragte für jeden Angeklagten vier Monate Gefängnis; das Gericht hielt, weil die Angeklagten noch jung sind, zwei Monate für ausreichend.

Vor dem Lüneburger Gericht

Gefängnis für kommunistische Zettelverteiler

Vor dem Schöffengericht hatten sich am 20. April sechs Angeklagte zu verantworten...Die Angeklagten hatten teils der KPD oder der Roten Hilfe angehört, teils mit ihr sympathisiert. Sie waren dabei abgefasst worden, als sie die verbotenen Druckschriften und Zeitungen hochverräterischen Inhalts verteilten, in denen zu Bürgerkrieg, zum bewaffneten Vorgehen gegen die Nationalsozialisten, zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung und zum Massenstreik aufgefordert wurde. Die Schriften wurden z.T. in der Wahlzeit, z.T. unmittelbar nach der Bildung der nationalen Regierung verteilt. Die erste Gruppe, die Arbeiter Hanke und Löffler, erhielten für jeden Angeklagten 1 Monat Gefängnis...Der Staatsanwalt gab seiner Verwunderung über dieses milde Urteil Ausdruck...Derart milde Urteile lägen nicht im Interesse des um seine Existenz ringenden Staates...Der Staatsanwalt beantragte aus diesem Gründen gegen die zweite Gruppe, die Arbeiter Tetau und Wiechers, ebenfalls 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 3 Monate...In der dritten Gruppe hatte sich der an vielen kommunistischen Prozessen beteiligt gewesene Käding und der Arbeiter Engelke zu verantworten. Beide Angeklagten...erhielten je einen Monat Gefängnis.

Neuaufbau und Zerschlagung mehrerer Widerstandsgruppen (Juni - September 1933)

Nachdem die Polizei mit den Verhaftungen am 11.6.1933 eine ganze Reihe illegal arbeitender Kommunisten eingekerkert hatte, versuchte die KPD in Lüneburg die Kontakte zur Unterbezirksleitung nach Harburg-Wilhelmsburg wieder herzustellen. Ebenso wurde versucht, die Beziehungen der Ortsgruppen Winsen, Neuhaus und Lüneburg untereinander neu zu knüpfen.

Die ersten Kontakte wurden durch die Unterbezirksleitung mit den Lüneburger Antifaschisten/-innen geknüpft. Bertold Bormann nahm zuerst - im Auftrage des Unterbezirks - Kontakt mit dem Lüneburger Friedrich Steinmetz auf. Bei diesem Treffen wurde verabredet, dass sich Friedrich Steinmetz um das Schicksal von Ella Reincke (sie war Beauftragte des Unterbezirks) kümmern sollte. Ella Reincke wurde anlässlich der Razzia in Böhmsholz am 11. Juni 1933 von der Lüneburger Polizei und SA zusammen mit Lüneburger Antifaschisten/-innen festgenommen und im Lüneburger Gerichtsgefängnis Am Graalwall eingekerkert. (In diesem Gefängnis wurden sowohl Untersuchungshäftlinge als auch verurteilte Häftlinge festgehalten.)

An einem Treffen in Lüneburg - etwa eine Woche später - nahm zusätzlich auch der Lüneburger Friedrich Fischbeck teil. F. Fischbeck war ehemaliges Mitglied des Reichsbanners und im April 1932 der KPD beigetreten.

Da es für die Organisation des Widerstands wichtig war, dass die Verbindung durch Personen geknüpft werden, die politisch noch nicht so bekannt waren, liefen diese Kontakte über Fischbeck, Steinbeck u.a., also jene Widerstandskämpfer, die sich erst einige Zeit vorher der KPD angeschlossen hatten.

Bei diesem zweiten Treffen wurde über die Möglichkeiten der illegalen Arbeit gesprochen. Friedrich Steinmetz übernahm die Aufgaben des politischen Leiters und Friedrich Fischbeck die des Organisationsleiters. Ende Juni/Anfang Juli 1933 trafen sie sich erneut (in der Wohnung von Friedrich Steinmetz, Untere Ohlinger Str. 39).

Bertold Bormann konnte jetzt den Lüneburger Widerstandskämpfern etwa 25 Exemplare der illegalen Druckschrift "Norddeutsche Zeitung" überreichen und auch 20 Beitragsmarken (je -,20 RM) abrechnen. Diese Schriften wurden natürlich recht bald an die anderen Lüneburger Widerstandskämpfer/-innen zum Lesen und Weiterreichen verteilt. So erhielt Walter Buck 1-2 Exemplare, Johann Apel 4 Exemplare und Daniel Haupt eine Druckschrift. Ebenfalls wurden auch die Beitragsmarken zum Abrechnen weiter verteilt. Walter Buck übernahm die Kassierung dieser Marken. Die Kassierung und Abrechnung mit der Unterbezirksleitung wurde von Walter Buck bis in den August 1933 hinein regelmäßig durchgeführt.

Diese Geldsammlungen - wenn es zum Teil auch Pfennigbeträge waren - waren für die politische Opposition von größter Wichtigkeit, denn die illegale

politische Arbeit musste auch finanziert werden. Broschüren und Flugblätter kosteten natürlich Geld. Da durch das Verbot sämtliche legalen Finanzierungsquellen verbaut wurden, konnte nur durch Sammlungen diese illegale Arbeit aufrechterhalten werden. Deshalb wurden auch diese Geldsammlungen von den Nazis verboten und die beteiligten Personen verhaftet und hart bestraft.

Selbst das Sammeln für die „Rote Hilfe“, also für die zumeist mittellosen Angehörigen der politischen Gefangenen, wurde unter hohe Strafe gestellt, wie das folgende Beispiel zeigt:

In jener Zeit wurde Franz Lange aus Wilstorf verhaftet. Im Prozess beschuldigte ihn das Gericht, insgesamt 35 Pfennig für die „Rote Hilfe“ geopfert zu haben. Er erhielt in diesem Prozess 15 Monate Gefängnis, d.h. für knapp 2 1/2 Pfennig einen Monat Gefängnis.

Alle Lüneburger Kommunisten, aber auch weitere Lüneburger Antifaschisten, die über Geldspenden anderen geholfen haben, taten dieses in Anbetracht der Tatsache, dass für die Justiz schon die Bereitschaft zur Spende als „Hochverrat“ gewertet wurde. Es war auch bekannt, dass für die Justiz schon der geringste Verdacht als Beweis galt.

Weitere Lüneburger Antifaschisten, die an der organisierten Widerstandsarbeit teilnahmen und regelmäßig ihre Beiträge entrichteten, waren Georg Cousin, Otto Nieber, Willi Schröder (er gehörte zur „aktiven Abwehr“ der KPD in der Altstadt) und Daniel Haupt.

Daniel Haupt spielte in der praktischen antifaschistischen Arbeit aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit eine besondere Rolle. Er war zeitweise der Pächter eines Verkaufspavillons (insbes. von Zeitungen und Tabakwaren) auf dem Marienplatz (neben der Ratsbücherei). Dieser Pavillon war ein viel besuchter Treffpunkt der Lüneburger Arbeiter/-innen, insbesondere der Arbeitslosen. In unmittelbarer Nähe befand sich nämlich das Arbeitsamt (Ecke Waagestraße/Neue Sülze, im heutigen Bauamt), wo täglich die vielen Lüneburger Arbeitslosen um Arbeit anstanden oder um - in wenigen Fällen - ihre Unterstützung abzuholen. Ein beliebter Treffpunkt war deshalb der Verkaufspavillon in der Nähe. Dort wurden die neuesten Schlagzeilen aus der Presse erfahren, man kaufte dort auch schon mal einige Zigaretten. Dort wurden die wichtigsten Dinge auch des täglichen Lebens besprochen, Informationen bezüglich der Arbeitsmarktlage in Lüneburg ausgetauscht und natürlich auch politische Fragen diskutiert. Der Marienplatz war ja ein freier Platz, und niemand konnte die Arbeitslosen an diesen Gesprächen hindern, denn es waren keine öffentlichen Versammlungen, die angemeldet werden mussten und sicher von den Nazis verboten worden wären. Daniel Haupt steckte dann bei diesen Gelegenheiten den richtigen Leuten auch die illegalen Zeitungen zu, die er „unter dem Ladentisch“ versteckt hielt.



Marienplatz/Rathaus

Diese illegalen Zeitungen wurden in Harburg gedruckt und mussten natürlich auf geheimen Wegen nach Lüneburg gebracht werden. Ab Juli 1933 beteiligte sich Frau Helene Schenkluhn aus Winsen an der gefährlichen Arbeit des Vertriebs dieser Zeitungen.



Helene Schenkluhn

Frau Helene Schenkluhn (heute: Helene Langbehn) berichtet:

„Ich hatte die Aufgabe, eine Anzahl illegaler Zeitungen, die aus Harburg kamen, in Empfang zu nehmen, einen Teil für unsere Winsener Ortsgruppe einzubehalten und einen anderen Teil an die Lüneburger Genossen weiterzuleiten.“

Als oberstes Prinzip unserer illegalen Arbeit galt der Grundsatz, dass jeder von uns nur soviel vom anderen wissen darf, wie unbedingt nötig. Wir sollten nicht wissen, was rechts und links neben uns geschieht. Nur soviel, wie zur Durchführung unserer Aufgaben nötig ist. Dieser Grundsatz ist deshalb für uns so wichtig gewesen, weil man dann, wenn man tatsächlich einmal verhaftet wird, über die anderen Genossen

nichts weiß und eben auch nichts aussagen und diese belasten kann.

An meine erste geheime Mission als Kurier kann ich mich genau erinnern: Es war am ersten Monat im Juli 1933 am Vormittag. Wir hatten folgendes vereinbart: Ich sollte mit dem Fahrrad von Winsen aus in Richtung Harburg fahren. Wenn ich ungefähr den halben Weg gefahren sein sollte und dort einen Mann in Zimmermannskluft treffen sollte, so hatte ich mich stillschweigend in den Straßengraben zu setzen. Das war dann für den Mann und für mich das Erkennungszeichen. Genauso habe ich das dann auch gemacht. Der Mann kam dann zu mir in den Straßengraben, übergab mir die illegalen Zeitungen und ging wieder in Richtung Harburg zurück. Wir haben

bei diesen Treffen - die sich dann öfter wiederholten - kein Wort miteinander gewechselt. Ich blieb dann erst mal eine ganze Weile im Graben sitzen und versteckte die Zeitungen in einer Tasche oder am eigenen Körper. Ich hatte damals auch dafür ein besonderes Versteck: im Schlüpfen. Die Schlüpfen hatten damals am unteren Ende, also an den Beinen, und oben um den Bauch noch Gummibänder. Dort hab ich die Sachen rein getan und transportiert. Und dort passt eine Menge Material rein. Es waren immer so ca. 20-30 Zeitungen. Natürlich hatte ich dann immer einen recht runden Hintern.

Von dort aus fuhr ich dann - das gehörte jetzt zu meiner Aufgabe - in Richtung Lüneburg. Auf halbem Weg zwischen Winsen und Lüneburg traf ich Fritz Steinmetz und übergab ihm die Zeitungen. Für diese Treffen hatten wir eine Uhrzeit abgemacht; es war immer ungefähr ein Uhr mittags. Fritz Steinmetz fuhr dann auf seinem Fahrrad mit den Zeitungen nach Lüneburg zurück, und ich fuhr nach Hause.“

Bei einem weiteren Treffen in Lüneburg zwischen Bertold Bormann, Friedrich Steinmetz und Friedrich Fischbeck Mitte Juli 1933 bei Friedrich Steinmetz wurde - neben der Abrechnung der Beitragsmarken, der Zeitungen und sicherlich der Diskussion politischer Angelegenheiten - besprochen, eine der KPD gehörende Schreibmaschine vom Unterbezirk Harburg- Wilhelmsburg nach Lüneburg zu bringen. Anscheinend war beabsichtigt, auf dieser Schreibmaschine Flugblätter zu beschriften. Möglicherweise sollte diese Schreibmaschine aber auch vorübergehend aus Harburg gebracht und in Lüneburg sichergestellt werden.

Friedrich Steinmetz fuhr deshalb am darauf folgenden Montag nach Harburg. An diesem Tag traf er aber weder Bertold Bormann in der Straße Reeseberg 90, noch Erich Kromberg in der Friedrichstraße 2 a an. Die Adresse Erich Krombergs war Friedrich Steinmetz als Kurieranlaufstelle bekannt. Es mag nun reiner Zufall gewesen sein, dass Friedrich Steinmetz in beiden

Wohnungen niemanden antraf. Ebenso wahrscheinlich ist auch die Annahme, dass hier die Harburger Widerstandskämpfer an jenen Tagen keine Zusammenkunft mit auswärtigen Genossen riskieren wollten. Für diese Annahme sprechen die seitherigen Vorsichtsmaßnahmen und die Tatsache, dass Bertold Bormann zu jener Zeit, am 24.7.1933, verhaftet wurde. Nun, da Bertold Bormann nicht mehr die Verbindung zur Lüneburger Ortsgruppe aufrechterhalten konnte, wurde diese Funktion von Albert Nollmeyer wahrgenommen. A. Nollmeyer war bis zum Verbot langjähriges Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland (KJVD), der Kommunistischen Partei und des Arbeitersportvereins „Fichte“ in Harburg-Wilhelmsburg.

An einem der nächsten Sonntage reiste Albert Nollmeyer zu Friedrich Steinmetz nach Lüneburg und berichtete von der Verhaftung Bertold Bormanns. Hier lernte er auch gleich Friedrich Fischbeck kennen.

Bei einem weiteren Treffen in Lüneburg Anfang August 1933 wurde erneut der Plan aufgegriffen, die Schreibmaschine nach Lüneburg zu schaffen. Sie sollte über Erich Kromberg, als Kontaktadresse, abgeholt werden.

Einige Tage später fuhr Friedrich Fischbeck verabredungsgemäß nach Harburg-Wilhelmsburg und traf sich mit Erich Kromberg. Beide fuhren erst mal - um Verfolger abzuschütteln - einige Zeit in Harburg hin und her. Seit der Verhaftung von Bertold Bormann musste unbedingt verhindert werden, dass die Gestapo - über ein Aufgreifen führender Harburger und Lüneburger Widerstandskämpfer - die bestehenden Kontakte zu den Lüneburgern in Erfahrung bringen konnte und somit eventuell Einblick in die innere Organisation der örtlichen Widerstandsbewegung erhielt. Außerdem waren natürlich zum eigenen Schutz erhöhte Vorsichtsmaßnahmen notwendig.

Nachdem Erich Kromberg und Friedrich Fischbeck schließlich an einem Kriegerdenkmal angekommen waren, verließ Erich Kromberg diesen Ort mit dem Hinweis an Friedrich Fischbeck, er möge dort auf einen Mann mit kurzer Hose und blauem Hemd warten. Kurze Zeit darauf erschien der Beschriebene und forderte Friedrich Fischbeck auf, ihm zu folgen.

Wiederum fuhr Friedrich Fischbeck - jetzt im Blickkontakt hinter dem Unbekannten - einige Zeit in Harburg herum. Der Unbekannte stellte sich schließlich mit Namen und Funktion vor. Es war Willi Nilges, der insbesondere im Harburger Stadtteil Wilstorf tätig war. Sie fuhren schließlich unabhängig voneinander - als weitere Vorsichtsmaßnahme - zur Windener Str. 30, der Wohnung von Willi Nilges.

Die Schreibmaschine aber konnte Friedrich Fischbeck noch nicht mit nach Lüneburg nehmen. Diese war noch an einem anderen Ort, der unter den gegebenen Umständen wohl nicht aufgesucht werden konnte. Friedrich Fischbeck erhielt aber von Willi Nilges einige Exemplare der „Norddeutschen Zeitung“, nahm sie mit nach Lüneburg, wo sie über Walter Buck, Johann Apel

und Friedrich Steinmetz weiter verteilt und verkauft wurden.

Willi Nilges gelang es im Übrigen etwas später, seinen Verfolgern zu entkommen und in die Tschechoslowakei zu fliehen, bevor die Gestapo bei ihm auftauchte. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die deutschen Truppen fiel er aber in die Hände der Nazis und musste lange Jahre im Zuchthaus und KZ verbringen.

Am darauf folgenden Samstag konnte die Schreibmaschine schließlich doch noch - von Friedrich Fischbeck - nach Lüneburg gebracht werden.

Ab etwa spätestens Mitte September gehörte auch Otto Marienberg zu den Verteilerstationen der illegalen Flugblätter und zum Kern der Lüneburger Widerstandsbewegung. In seiner Wohnung - Obere Ohlinger Str.10 - wurde die „Norddeutsche Zeitung“ von den Harburger Kontaktleuten an die Lüneburger Antifaschisten zur Verteilung weitergegeben. Etwa Ende September fand in seiner Wohnung auch ein Treffen mit einer - noch unbekannten - Hamburger Widerstandskämpferin statt. Sie hatte auch für die Lüneburger eine Anzahl von Broschüren mit dem Titel „Was will die NSBO?“ mitgebracht, die unter den Verteilern aufgeteilt wurden. Drei Exemplare dieser Schrift - anscheinend gab es für dafür keine festen Bezieher - wurden an Ort und Stelle verbrannt. Gleichzeitig wurden auch Lieferungen von weiteren Broschüren vereinbart.

Diese Broschüren trafen auch kurze Zeit später bei den Lüneburgern ein und wurden verteilt: 12 Exemplare „Der Leninist“ (das theoretische Organ der KPD, Bezirk Wasserkante), 2 Exemplare „Die Internationale“, u.a..

Um die Aufgabe zu erfüllen, einen möglichst breiten Leserkreis zu erreichen, wurden die Flugblätter und Broschüren nach dem Lesen immer weitergereicht: Nachdem diese Druckschriften über Harburg-Wilhelmsburg (z.B. über Albert Nollmeyer) nach Lüneburg zu Friedrich Fischbeck und Friedrich Steinmetz gelangten, gingen sie - das lässt sich in einem Einzelfall genau rekonstruieren - in die Untere Ohlinger Str. 2 zu Walter Buck, der sie an den Antifaschisten Daniel Haupt - er war vormals Kassierer der „Roten Hilfe“ - Hinter den Brunnen 3 weitergab, von wo aus sie zu Anna und Paul Frurieb (Auf dem Kauf 17) weitergereicht wurden und schließlich über Aribert Gottlieb (Am Iflock 10) ihre weitere Verwendung fanden.

Während dieses Zeitraums vom Juni bis September 1933 wurden auch die Kontakte zu Winsener und Neuhauser Antifaschisten wieder hergestellt.

Die Winsener Gruppe, die u.a. von Helene Schenkluhn angeleitet wurde, umfasste damals ca. 40 Personen, die aber nicht alle aktiv waren. Viele wohnten in „Klein Moskau“, ein Name, den sich die Gruppe selbst gab und der schon Alltagssprachegebrauch der Winsener Bevölkerung wurde und bis heute blieb. Er bezeichnet einen Straßenzug bei „Im Saal“.

Frau Schenkluhn war Hausangestellte und vormals Mitglied der „Roten Hilfe“. Sie hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Gefängnisstrafe von einigen

Monaten wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs (Verhinderung einer Zwangsversteigerung in Salzhausen) verbüßen müssen.

Sie war auch die Anlaufadresse zwischen Bertold Bormann und Friedrich Fischbeck für den Fall, dass die Kontakte zwischen Lüneburg und der Unterbezirksleitung in Harburg-Wilhelmsburg abreißen sollten. Als Bertold Bormann verhaftet wurde, wandten sich deshalb auch die Lüneburger Antifaschisten an Helene Schenkluhn. Zeitweise wurde auch das für Lüneburg bestimmte Material von den Lüneburgern bei ihr abgeholt.

Mitteilungen darüber erhielten die Lüneburger über chiffrierte Briefe oder über Briefadressen geschickt. Diese Briefadressen gehörten so genannten unverdächtigen Personen, denen man Pakete mit illegaler Literatur zuschicken konnte, ohne - wie bei Adressen von bekannten Antifaschisten/-innen - in Gefahr zu kommen, dass die Postverwaltung auf diese Sendungen aufmerksam wurde und diese kontrollierte. Ebenfalls an der antifaschistischen Arbeit in Winsen beteiligt waren die Arbeiter Heinrich Eggers (er war KJVD- Leiter in Hamburg) und Julius Hasselbarth.

Zu den Antifaschisten in Neuhaus - hier war es vor allem Paul Sobotta, der politische Leiter der Ortsgruppe der KPD - nahmen die Lüneburger ebenfalls, zusammen mit Bertold Bormann, Kontakt auf.

Da die Zusendung von illegalem Material durch die Post zu gefährlich war, vereinbarte man, dass die Lüneburger das Material bringen und man sich auf halbem Wege - an der Bleckeder Fähre - treffen wollte. Brieflich wurde von den Lüneburgern zu Paul Sobotta mittels chiffrierter Mitteilungen - getippt auf der Harburger Schreibmaschine - Kontakt gehalten (das Chiffresystem war ihnen bekannt, denn es wurde einigen wichtigen Mitgliedern auf einem Parteitag der KPD 1932 in Harburg mitgeteilt).

Ein Schreiben von Ende September von Friedrich Fischbeck und Friedrich Steinmetz an Paul Sobotta hatte - übersetzt - folgenden Wortlaut:

„Lüneburg.

Möchte Euch mitteilen, dass ich den 7.10.1933 mit einem Harburger Genossen zur Abrechnung nach Euch komme. Wenn Ihr uns eine Briefadresse angeben könnt, so können wir vorher noch einige Broschüren durch die Post schicken. Es sind nur wenige, denn leider sind unsere Genossen durch Arbeit verhindert.

Rot Front!

Friedel.“

Der Chiffrecode, den diese Antifaschisten benutzten, war denkbar einfach, aber dennoch wirkungsvoll.

Frau Helene Schenkluhn berichtet:

„Wenn ich einen Brief bekam, war der in Zahlen geschrieben, kaum ein Buchstabe war dabei. Unser Codewort lautete: 'Hampelmann'. Die Buchstaben des Wortes waren durchnummeriert von 1 - 10.

Also: H a m p e l m a n n
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Ich musste jetzt nur die Zahlen in Buchstaben zurückübersetzen. Wenn so ein Brief geschrieben wurde, musste der Text möglichst mit den Buchstaben von 'Hampelmann' auskommen. Das war natürlich unheimlich schwer, denn es ist ja kein 'i', 'u', 'f'. usw. dabei. Deshalb wurde der Text auch meistens den vorhandenen Buchstaben angepasst. Es mussten dann also andere Wörter gefunden werden, deren Buchstaben in 'Hampelmann' mit drin sind. Ging das doch nicht, so mussten die nichtvorhandenen durch ähnlich klingende Buchstaben ersetzt werden. Auf die richtige Schreibweise wurde dann verzichtet. Die war ja auch nicht so wichtig.

Um zu täuschen, benutzten wir dann bei einem Wort mit 'a' oder mit 'm' mal den einen, mal den anderen Buchstaben. Das Wort 'am' schrieben wir dann mal '8,3' oder '8, 7' oder '2,7' oder mal '2,3' - immer heißt das Wort 'am'.

Wie gesagt, diesen Code haben die Nazis nicht rausbekommen, bevor sie uns bei einer Unaufmerksamkeit damit schnappen konnten. Das Codewort kam von den Harburger Genossen, wahrscheinlich hat uns Bertold Bormann dieses Geheimwort mitgeteilt.“

Beim Dechiffrieren dieses Schreibens am 25. September wurden Hans Gosch und Paul Sobotta von den Nazis erwischt und die gesamten illegalen Stützpunkte im Kreisgebiet von den Nazis aufgetrollt. In den folgenden Tagen und Wochen wurden sämtliche Antifaschisten dieser Gruppe verhaftet und nach Lüneburg gebracht: Paul Sobotta und Hans Gosch (beide aus Neuhaus) wurden am 7. Oktober ins Lüneburger Untersuchungsgefängnis gesperrt, ebenso (am 28. Oktober) Bertold Bormann (der schon vorher mal verhaftet wurde) und Albert Nolltmeyer (beide Harburg-Wilhelmsburg).

Helene Schenkluhn wurde am 16. Oktober - abends zwischen 10.00 und 11.00 Uhr - in Hamburg-Altona verhaftet, kam vom Hamburger zum Harburger Frauengefängnis, von dort nach Holstenglacis und zum Prozess ins Lüneburger Gefängnis.

Am 6. November schließlich erfolgte die Verhaftungswelle in Lüneburg: Es handelte sich um Friedrich Steinmetz, Friedrich Fischbeck, Walter Buck, Otto Marienberg, Johann Apel, Daniel Haupt, Aribert Gottlieb und Otto Nieber. Ebenfalls an diesem Tage kamen Heinrich Eggers und Julius Hasselbarth aus Winsen ins Lüneburger Untersuchungsgefängnis Am Graalwall.

Über die Geschehnisse während der Verhaftungen und der Untersuchungshaft berichtet Frau Schenkluhn:

„Wir hatten uns ja schon auf die Möglichkeit von Verhaftungen und Verhören durch die Nazis eingestellt. Grundsätzlich galt ja für uns, möglichst wenig voneinander zu wissen, denn was man nicht weiß, kann man bei Verhören nicht verraten. Ich hatte deshalb auch einen Decknamen: Hella Hamburg.

'Hella' gab ich mir selbst, weil ich den Namen 'Helene' nicht leiden konnte und 'Hamburg' wurde mir gegeben, weil Winsen eben dicht bei Hamburg liegt.

Das Verhalten während der Verhöre hatten wir schon sozusagen eingeübt. Bertold hat uns ja auch sehr geschult in diesen Dingen, und sehr gekonnt geschult. Er hat uns immer wieder eingebläut, nichts zu sagen, wenn die Polizei uns was fragt.

Dass die Nazis uns nun zu fassen kriegen konnten, lag an einem dummen Zufall: Ein ehemaliger Mitarbeiter von uns in Neuhaus – Kühne heißt er – unterhielt sich nämlich mal mit einem unserer Genossen aus der Widerstandsgruppe dort, mit Paul Sobotta. Der Paul hat dem Kühne dann während der Unterhaltung unter anderem auch einen Witz über die Nazis erzählt, wie damals ja viele solcher Witze unter vorgehaltener Hand gemacht wurden. Er sagte: 'NSBO' heißt gar nicht

'Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation', sondern 'Noch sitzen die Bonzen oben'. Irgendwann ist dann mal die Polizei bei Kühne gewesen, und der hat dann, wahrscheinlich unter Zwang, denen was von dem Witz erzählt und wer ihm den Witz mitgeteilt habe.

Die Polizei ist dann der Sache nachgegangen und hat den Urheber des Witzes aufgreifen wollen. Der Zufall wollte es, dass Paul Sobotta und Hans Gosch gerade, als die Polizei kam, eine chiffrierte Mitteilung unserer Lüneburger Genossen entschlüsselt hatten. Die Polizei, die eigentlich wegen einer ganz anderen Sache kam, entdeckte nun das Schreiben.

Die beiden haben natürlich einen Fehler gemacht. Wir haben nämlich den Auftrag bekommen, dass wir jedes Wort gleich, nachdem wir es entschlüsselt hatten, vernichten sollten. Damit, wenn wir mal durch eine Haussuchung überrascht werden, dieses Material weg ist und nicht der Polizei oder den Nazis in die Hände fallen konnte. Und die beiden haben nun alles stehen lassen.

Dadurch haben die Nazis dann unsere geheime Organisation aufrollen können. Die beiden wurden gleich eingebuchtet und statt der Neuhauser Genossen ist dann die Polizei zum mitgeteilten Treffpunkt gegangen. Steinmetz und Fischbeck kamen dann dort an und wurden gleich verhaftet. Die beiden konnten nun in den folgenden Verhören wenig abstreiten, denn sie sind ja beide zusammen gefasst worden. Nun kam noch hinzu, dass ja der Steinmetz und ich uns vom Namen kannten und dass er den Fischbeck zuviel hat wissen lassen. Die beiden waren ja aber auch Freunde, und daraus lässt sich vieles erklären. Jedenfalls kamen jetzt immer mehr Namen raus.

Bei mir war das etwas anderes. Ich hatte keinen meiner Freunde und Bekannten ins Vertrauen gezogen und deshalb konnte auch niemand von denen etwas über mich aussagen. Nachdem ich nun auch kassiert wurde und nun auch verhört wurde, kam mir die Schulung von Bertold Bormann zugute. Man muss wissen, wenn man im Gefängnis ist und dort vernommen wird – das ist nicht so einfach. Sich in dieser Situation zu halten und aufrecht zu sein, da gehört ungeheuer viel zu, auch als Frau. Die Männer

waren da ja noch viel schlimmeren Dingen ausgesetzt als wir Frauen.

Zimperlich waren die aber auch zu uns nicht. Ohrfeigen und Fußtritte, die habe ich nicht weniger gekriegt als die Männer. Wenn einem bei diesen Verhören dann die Wahrheit so vor den Kopf geworfen wird, da ist man so erschrocken, der Mund wird trocken, die Kehle wird trocken. Man ist dann ja gar nicht in der Lage, vernünftig zu denken und zu sprechen.

Mit der Zeit lernte ich dann, mich richtig zu verhalten: Ich tat dann so, als hätte ich die Frage oder die Anschuldigung nicht richtig verstanden und machte ein unbewegtes Gesicht dabei, was einem aber ungeheuer schwer fällt. Die Nazis mussten dann die Frage wiederholen, und das war ein Glück für mich. In dieser Zeit, wo die das wiederholten, konnte ich mich dann auch schon wieder fangen und sagen: 'Davon weiß ich nichts'. Dadurch kam es, dass ich ziemlich fest und eisern war. Wenn ich nämlich erst mal angefangen hätte, dieses oder jenes einzugestehen, ja, dann hätten die ja noch mehr gedrungen, weil die Nazis dann gedacht hätten, wenn sie dies weiß, dann muss sie auch noch mehr wissen, und so hätten sie mich leicht festnageln können.

Hinzu kam – ich sagte es schon –, dass ich niemandem von meiner illegalen Arbeit erzählt hatte und so war der Kreis derjenigen, die etwas über mich wussten, sehr begrenzt. Man konnte mir so gut wie nichts nachweisen."

Die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin zog sofort das Verfahren an sich und erhob Anklage gegen die eingekerkerten Antifaschisten wegen Hochverrats.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht.

Berlin W.57, den 2. Januar 1934
Elsholzstraße 32
Fernsprecher: B.7 Pallas 0013.

O.J.869/33.

Haft zu 1 - 7, 9, 12 - 19.

An den
Herrn Vorsitzenden
des 5. Strafsenats des Kammergerichts

h i e r

Anklageschrift.

- 1.) Der Arbeiter Berthold B o r m a n n , geboren am 25. November 1904 zu Staasfurt, Kreis Kalbe, zuletzt wohnhaft zu Harburg-Wilhelmsburg, Reeseberg 90. verheiratet,
- 2.) der Schlosser Friedrich S t e i n m e t z , geboren am 15. Juni 1903 zu Barmen, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Untere Ohlinger Straße 39, verheiratet,
- 3.) der Tischler Friedrich F i s h b e c k , geboren am 31. Oktober 1912 zu Lüneburg, zuletzt wohnhaft ebenda, Adolf-Hitlerstraße 6, II. ledig,
- 4.) der Arbeiter Walter B u c k , geboren am 28. Februar 1904 zu Marnitz, Kreis Schwerin, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Untere Ohlinger Straße 2, verheiratet,
- 5.) der Metallschmelzer Albert N o l l m e y e r , geboren am 20. September 1906 zu Marmstorf, Kreis Lüneburg, zuletzt wohnhaft zu Harburg-Wilhelmsburg, Staderstraße 44 verheiratet,
- 6.) der Arbeiter Otto M a r i e n b e r g , geboren am 13. Mai 1893 zu Königsberg, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Obere Ohlinger Straße 10 verheiratet,
- 7.) der Arbeiter Johann A p e l , geboren am 11. Dezember 1899 zu Flötenstein, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Schnellenberger Weg 6, verheiratet,
- 8.) der Arbeiter Erich K r o m b e r g , geboren am 13. April 1910 zu Harburg, wohnhaft ebenda, Friedrichstraße 2a, verheiratet,

- 2 -

- 9.) der Arbeiter Daniel H a u p t , geboren am 12. Mai 1894 zu Larzinska - Polen - , zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Hinter dem Brunnen 3, verheiratet,
- 10.) der Arbeiter Paul F r u r i e b , geboren am 18. November 1897 zu Rastow b/Schwefin, wohnhaft in Lüneburg, Auf dem Kauf Nr.17, verheiratet,
- 11.) die Ehefrau Anna F r u r i e b , geborene Büchler, geboren am 25. September 1898 zu Salzwedel, wohnhaft zu Lüneburg, Auf dem Kauf Nr.17, verheiratet,
- 12.) der Arbeiter Aribert G o t t l i e b , geboren am 18. April 1908 zu Plauen, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Am Iflock Nr.10, verheiratet,
- 13.) der Zimmermann Georg C o u s i n , geboren am 22. Mai 1890 zu Lüneburg, zuletzt wohnhaft ebenda, Auf der Altstadt Nr.48, verheiratet,
- 14.) der Arbeiter Otto N i e b e r , geboren am 7. Dezember 1899 zu Jemmeritz, Kreis Gardelegen, zuletzt wohnhaft zu Lüneburg, Untere Ohlinger Straße 13,
- X 15.) das Hausmädchen Helene S c h e n k l u h n , geboren am 13. Mai 1906 zu Misburg, Kreis Hannover, zuletzt wohnhaft zu Altona, Gr. Bergstraße 229, ledig,
- X 16.) der Arbeiter Heinrich E g g e r s , geboren am 1. März 1902 zu Tannhausen, Kreis Winsen/L. zuletzt wohnhaft zu Winsen, Lasswehr 25, verheiratet,
- 17.) der Bauarbeiter Julius H a s s e l b a r t h , geboren am 14. Juli 1906 zu Winsen/L., zuletzt wohnhaft ebenda, Schuhstraße 5, ledig,
- X 18.) der Arbeiter Paul S o b o t t a , geboren am 7. März 1908 zu Carrenzien, Kreis Bleckede, zuletzt wohnhaft zu Neuhaus/E. Bahnhofstraße 105, verheiratet,
- 19.) der Arbeiter Hans G o s c h , geboren am 22. März 1895 zu Hohn, Kreis Rendsburg, zuletzt wohnhaft zu Neuhaus/E.. ledig.

zu 1 - 7, 9, 12 - 19 in dieser Sache in Untersuchungshaft, und zwar:

die

- 3 -

die Angeeschuldigten zu 18 und 19 seit dem 7. Oktober 1933
z. Zt. im Untersuchungsgefängnis Lüneburg,
die Angeeschuldigten zu 1, 5 und 15 seit dem 28. Oktober
1933, und zwar die Angeeschuldigten zu 1 und 5 im Unter-
suchungsgefängnis Lüneburg, die Angeeschuldigte zu 15 im
Frauengefängnis Hamburg,
die Angeeschuldigten zu 2, 3, 4, 6, 7, 9, 12, 13, 14, 16
und 17 seit dem 6. November 1933 im Untersuchungsgefängnis
Lüneburg,

werden angeklagt,

~~im Jahre 1933 im Bezirk des Landgerichts Lüneburg durch~~
eine und dieselbe Handlung, teilweise gemeinschaftlich,

- a) das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des
Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, durch Verbrei-
ten von Schriften und andere Handlungen vorbereitet zu
haben,
- b) es unternommen zu haben, den organisatorischen Zusam-
menhalt einer anderen Partei als der NSDAP., nämlich
der KPD., aufrechtzuerhalten. -

- Verbrechen strafbar nach §§ 81 Ziffer 2, 86, 86a, 47,
73 StGB., § 20 des Reichsgesetzes über die Presse, §§ 1, 2
des Gesetzes vom 14. Juli 1933.

Ergebnis der Ermittlungen.

I.

Das Verhalten der KPD. nach der nationalen Revolution.

Die kommunistische Partei verfolgt, wie gerichts-
bekannt ist, das hochverräterische Ziel, im Wege des ge-
waltamen Umsturzes eine Arbeiter- und Bauerndiktatur nach
russischem Muster zu errichten. Da sie sich bewusst war,
dass sie dieses Ziel nur dann erreichen könne, wenn sie
im Augenblick der sog. akuten revolutionären Situation auf
die Gefolgschaft breiter Schichten der Volksgenossen rech-
nen dürfe, hat sie sich seit Jahren bemüht, die Massen
ideologisch auf den von ihr angestrebten Bürgerkrieg vorzu-
bereiten. Hierzu hat sie sich vor allem ihrer Presse und
des

- 4 -

des Parteiapparates bedient, durch die sie in Wort und Schrift den Massen die Überzeugung einzuhämmern versuchte, daß der gewaltsame Umsturz das einzige Mittel zur Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse sei.

In der geschilderten Weise hat die KPD. jahrelang in aller Öffentlichkeit ihre hochverräterischen Bestrebungen verfolgt. Erst die Nationale Revolution machte ihrem Treiben ein Ende. Denn alsbald nach dem Reichstagsbrand - 27.2.1933 - wurde die KPD. und die ihr angeschlossenen Neben- und Hilfsorganisationen, wie die RGO. und die Rote Hilfe dadurch tatsächlich aus dem Staatsleben ausgeschaltet, daß sämtliche Parteibüros geschlossen, die Funktionäre zum grössten Teil in Schutzhaft genommen und die gesamten Zeitungen der genannten Organisationen verboten wurden. Auch wenn die KPD. wegen des Wahlgesetzes bei den Reichstags- und Kommunalwahlen vom 5. und 12.3.1933 noch mit eigenen Listen auftrat, so bewies der Umstand, daß die gewählten Abgeordneten zu der Ausübung ihrer Ämter nicht zugelassen wurden, daß die Reichsregierung die genannte Partei wegen ihrer hochverräterischen Bestrebungen endgültig aus dem Staatsleben ausgeschaltet hatte.

Diese Tatsachen waren auch im März 1933 bereits allgemein bekannt. Denn alsbald nach dem Reichstagsbrand sind durch den Rundfunk und durch sämtliche legal erscheinenden Zeitungen die Umsturzpläne der KPD. der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Spätestens am Tage des Zusammentretens des Reichstages - 21.3.1933 - konnte daher kein Volksgenosse mehr darüber im Unklaren sein, daß die von der Teilnahme an der neugewählten Volksvertretung ausgeschlossene KPD. eine den gewaltsamen Umsturz anstrebende, daher ihrem Wesen nach hochverräterische Organisation sei.

Trotzdem hat die KPD. auch nach diesem Zeitpunkt nicht aufgehört, an der Erreichung ihrer hochverräterischen Ziele fortzuarbeiten. Der von ihr hierbei eingeschlagene Weg ergab sich einmal aus ihrer Zielsetzung und wurde zum Anderen durch die gegen sie getroffenen Maßnahmen bestimmt.

Unter

- 5 -

Unter Berücksichtigung dieser beiden Umstände hatte sie vor allem zwei Aufgaben zu lösen:

Einmal galt es, den durch die Auflösung der Parteistellen und die Verhaftung der Funktionäre zerschlagenen Parteiapparat neu aufzubauen, um auf diese Weise den organisatorischen Zusammenhalt mit den Anhängern wiederzugewinnen. Dies war deshalb besonders wichtig, weil das Fortbestehen einer festen Organisation die unbedingte Voraussetzung für eine wirksame Propaganda unter ihren Anhängern darstellte. Denn durch das Verbot jeder legalen Tätigkeit war die KPD. darauf angewiesen, die Massen, in kleinste Einheiten geteilt, organisatorisch zu erfassen, um diese Einheiten durch ihre Funktionäre zu schulen. Daneben konnte nur durch eine straffe Organisation die Einziehung von Beiträgen sichergestellt werden, auf die die KPD. zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit angewiesen war. Daneben musste versucht werden, die organisatorisch nicht erfassten Volksgenossen durch die illegal weiter erscheinenden kommunistischen Zeitungen für die Lehre ^{von} der Notwendigkeit des Bürgerkrieges als Lösung der innerpolitischen Fragen zu gewinnen.

Beiden Aufgaben stellte sich vor allem die eine Schwierigkeit in den Weg, daß nämlich die bisherigen Funktionäre, soweit sie nicht in Schutzhaft saßen, der Polizei als solche bekannt waren, sodaß mit einer Überwachung ihres Schriftverkehrs gerechnet werden musste. Aus diesem Grunde wurden überall auf zentrale Anweisung sog. Deckadressen eingerichtet. Zu diesem Zwecke wurden von Funktionären die Anschriften solcher Personen, die zwar mit der KPD. sympathisierten, aber nach aussen hin politisch nicht in Erscheinung getreten waren, an die Unterbezirksleitungen gemeldet. Die auf diese Weise namhaft gemachten Personen erhielten dann von der Bezirksleitung, in der Regel in einem Doppelumschlag, kommunistisches Material zugesandt, das sie abredgemäß ihren Hintermännern weitergaben.

Auf diese Weise gelang es der KPD., an einigen Orten eine neue Organisation aufzubauen, die über die Deckadressen oder durch einen genau geregelten Kurierdienst

von

- 6 -

von der Bezirksleitung mit Arbeitsanweisungen für die Funktionäre und mit kommunistischen Schriften versehen wurde, die dann durch Unterverteiler in den Verkehr gelangten. Es wurden seitens der leitenden Stellen auch Beitragsmarken geliefert, die durch die eingesetzten Kassierer an die Mitglieder dieser illegalen Organisation abgesetzt und dann mit den Funktionären der Bezirksleitungen verrechnet wurden. Hierdurch wurde die KPD. in die Lage versetzt, ihre hochverräterische Tätigkeit fortzusetzen.

II.

A. Der Wiederaufbau der KPD. in Lüneburg.

Auch die Lüneburger Ortsgruppe der KPD, war bereits im Juni 1933 das erste Mal wieder neu aufgebaut worden. Auf Weisung der damaligen Bezirksleiterin, Ella Reincke die sich zu diesem Zwecke nach Harburg-Wilhelmsburg begeben hatte und gegen die bereits in anderer Sache wegen Vorbereitung zum Hochverrat Voruntersuchung anhängig ist, hatten bereits mehrere Versammlungen stattgefunden, in denen der Funktionärkörper neu gebildet und der Arbeitsplan für die kommende Zeit festgelegt worden war. Der Polizeibehörde in Lüneburg war es jedoch gelungen, am 11. Juni 1933 eine Versammlung der Lüneburger Funktⁱ und mit die-

Jch beantrage,

die Hauptverhandlung anzuordnen und die Fortdauer der Untersuchungshaft gegen die Angeschuldigten zu 1-7, 9, 12-19 zu beschliessen.

Im Auftrage:

gez. Weyermann.
Erster Staatsanwalt.

Im so genannten 4. Lüneburger Hochverratsprozess vom 21. -24. Januar 1934 forderte der Staatsanwalt, der Berliner Staatsanwaltsrat Dr. Lell, drastische Strafen für die angeklagten Antifaschisten.

Die Urteile lauteten für:

Friedrich Steinmetz:	3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre "Ehrverlust"
Bertold Bormann:	2 1/2 Jahre Zuchthaus
Albert Nollmeyer:	2 Jahre Zuchthaus
Paul Sobotta:	2 Jahre Gefängnis
Hans Gosch:	1 Jahr, 3 Monate Gefängnis
Helene Schenkluhn:	1 Jahr, 9 Monate Gefängnis
Heinrich Eggers:	1 Jahr Gefängnis
Julius Hasselbarth:	1 Jahr, 1 Monat Gefängnis
Walter Buck:	2 1/2 Jahre Zuchthaus

Die „Cellesche Zeitung“ berichtete am 26. Januar 1934 über diesen Prozess:

„... Präsident Grenzow fasste zusammen, dass die Lüneburger Hochverratsprozesse einen tiefen Einblick gegeben hätten, wie die KPD bemüht gewesen sei, in der Umgebung von Lüneburg den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und durch Verbreitung der illegalen Presse und Wiederaufbau ihres Parteiapparates die Masse für ihre hochverräterischen Ziele zu gewinnen. Die Taten der im letzten Prozess Verurteilten seien besonders deshalb verwerflich, weil diese Bestrebungen eingesetzt hätten in einem Augenblick, in dem das heiße Bemühen der Reichsregierung gerade für die Schichten, denen die Angeklagten angehörten, Arbeit zu schaffen, einen erfolgreichen Anfang genommen hätten. Da durch diese Maßnahmen die Bestrebungen der Regierung gestört werden sollten, war wegen der bekundeten ehrlosen Gesinnung auf Zuchthaus für die Hauptbeteiligten zu erkennen.“

Helene Schenkluhn berichtet über ihr Urteil:

„Ich hab' eigentlich bei diesem Prozess mit einem Freispruch mangels Beweisen gerechnet. Aber einige Zeit vorher war ja die Geschichte in Salzhausen. Wir waren damals in Salzhausen, um gegen die dortige Zwangsversteigerung eines Bauernhofes zu protestieren oder - wenn's möglich war - diese zu verhindern. Da gab es dann eine Auseinandersetzung mit einem berittenen Gendarmen. Der hat damals vor Gericht einen glatten Meineid geschworen. Der hat nämlich beim Prozess ausgesagt, ich hätte dort unsere Leute aufgestachelt mit den Worten: 'Blut muss fließen'.

Das war eine Gemeinheit, ich hab' das nämlich gar nicht gesagt. Na, ich bin dann dafür wegen Aufruhr als Rädelsführerin verurteilt worden.

Na, und diese Sache in Salzhausen wog beim Hochverratsprozess unheimlich schwer. Ich hab' da ja auf Biegen und Brechen den Mund gehalten und nichts eingestanden, was vermutet und mir vorgeworfen wurde. Trotzdem: Vor allem wegen der Salzhausener Sache wurde ich - sozusagen ohne

Beweis - hier verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre und raus gekommen sind 1 Jahr und 9 Monate.“

Selbst nach diesen KZ-, Zuchthaus- und Gefängnisstrafe beteiligten sich eine Reihe dieser Antifaschisten weiter am illegalen Widerstand gegen die Nazis.

Bertold Bormann war weiterhin in Harnburg im Widerstand tätig. Obwohl er noch mehrfach inhaftiert wurde, wurde er Kontaktperson der Bästlein-Jacob-Gruppe. Den ganzen Terror und die Brutalität des Naziregimes bekam er am eigenen Leib zu spüren: Um belastende Aussagen aus ihm herauszupressen, folterten ihn die Nazis und zerquetschten ihm seine Finger. Bertold verriet aber während dieser Tortur niemanden. Im März 1943 musste er von den Nazis vorübergehend freigelassen werden.

Als er am 22. November 1943 eine erneute Vorladung von der Gestapo erhielt, war für ihn der Gedanke wohl unerträglich, noch einmal die Quälerei und Folter ertragen zu müssen und möglicherweise dabei Kampfgenossen verraten zu können. Am Morgen des folgenden Tages erhängte er sich in seiner Wohnung. Auch Erich Kromberg war nach seiner Entlassung weiterhin im Widerstand tätig. Nach einer erneuten Verhaftung wurde er einem der

"Bewährungsbattalione 999" zugeordnet. Die BB 999 wurden gegründet, als nach dem Überfall auf die Sowjetunion die Rote Armee den Vormarsch der deutschen Wehrmacht stoppen konnte und damit die Illusionen vom weiteren "Blitzkrieg" zerrannen. Die BB 999 -bestehend zunächst nur aus politischen, später auch aus anderen „Wehrunwürdigen“ - hatten die Aufgabe, den Rückzug der deutschen Truppen zu decken. Man nannte sie deshalb auch „Himmelfahrtskommandos“. Erich Kromberg ist bei einem solchen Einsatz am 9. Januar 1945 gefallen.

Frau Helene Schenkluhn wurde nach ihrer Freilassung stark kontrolliert und zog deshalb nach Altona, dann nach Schleswig-Holstein und hielt weiterhin die Kontakte zu den anderen Widerstandskämpfern/-innen aufrecht. Sie blieb Notanlaufstelle für verfolgte Antifaschisten und im Kurierdienstsystem.

Über den Verbleib von Walter Buck ist nichts bekannt. Er ist nicht wieder nach Lüneburg gekommen.

Verhaftungen in der Reichwehrraserne

Die Politik der örtlichen KPD war auch darauf ausgerichtet, Einfluss auf die örtlichen Einheiten der Reichswehr zu nehmen. Immerhin war nicht auszuschließen, dass bei größeren Streikaktionen oder einem Aufstand gegen die drohende faschistische Gefahr die Reichswehr gegen die Arbeiterschaft eingesetzt und auf sie schießen würde. Da sich die Reichswehr beim Rechtsputsch 1920 (Kapp-Putsch) und auch bei anderen ähnlichen Gelegenheiten „neutral“ verhielt (also keineswegs die Weimarer Verfassung verteidigte), musste davon ausgegangen werden, dass die Reichswehr, die vom reaktionären Offizierskörper noch aus der Kaiserzeit durchgesetzt war, in bestimmten Situationen gegen die Arbeiterschaft mit Waffengewalt vorgehen würde.

Ziel der KPD war es deshalb, in Teilen der Mannschaften der Reichswehr eine antifaschistische und demokratische Basis zu schaffen, die sich in entsprechenden Situationen auch weigern würde, auf Arbeiter zu schießen.

Die Lüneburger Gruppe der KPD suchte deshalb den Kontakt zu den örtlichen Reichswehrmannschaften.

Die Reichswehr hatte seinerzeit ihren Standort in dem Gebäudekomplex hinter dem heutigen Kino an der Bundesstraße 4 Richtung Adendorf. Diese war im Übrigen 1933 die einzige Lüneburger Kaserne. Die anderen Kasernen wurden im Zuge der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen am Ende der 30er Jahre gebaut. In der Reichwehrraserne lagen damals zwei Schwadronen und ein halber MG- Zug, insgesamt kaum 400 Mann.

Um den notwendigen Kontakt zur Reichswehr herzustellen, organisierten die Lüneburger Kommunisten schon in den 20er Jahren Veranstaltungen mit antimilitaristischen Themen in der Lamberti-Halle (am Lamberti-Platz). Den Reichswehrmannschaften war es aber vom Offizierscorps verboten, an Arbeiterversammlungen teilzunehmen und überhaupt Arbeitertreffpunkte wie z.B. das Volkshaus (Gewerkschaftshaus) oder aber Arbeiterkneipen aufzusuchen.

Wurde z.B. in der Lamberti-Halle bei Arbeiterversammlungen mal ein Reichswehr-Mitglied aufgegriffen, hatte es mit Bestrafung (mindestens einige Tage Arrest) zu rechnen.

Also änderte die KPD ihre Taktik und versuchte auch, durch Flugblattverteilung und Broschürenverkauf vor dem Kasernentor Kontakte zu den Reichswehrleuten zu knüpfen. Dabei achteten sie darauf, dass sie die Flugblätter immer nur an die Mannschaftsmitglieder verteilten, die aus dem Tor herauskamen. Anderenfalls war damit zu rechnen, dass diese Flugblätter den Offizieren in die Hände fallen würden, die dann sofort gegen die Flugblattverteiler vorgehen würden.

Die Kommunisten fanden auch Mittel und Wege, in die Kaserne hineinzugelangen (dieses war mit Tricks, von der Ilmenau aus, nicht über den Haupteingang, ohne größere Schwierigkeiten möglich) und diskutierten dort

mit den Mannschaften und verteilten Informationsmaterial.

Diese Aktionen wurden - um durch einen möglichen Altersunterschied nicht aufzufallen - vor allem von jüngeren KPD-Mitgliedern und Sympathisanten durchgeführt, unter anderem von Ernst Prien, Karl Adomeit, Friedrich Alexander und Ernst Schulz. Ernst Prien hat so bereits engere Kontakte zu bestimmten Reichswehrleuten herstellen können.

Bei einer dieser Aktionen am 15. Januar 1932 wurde eine Gruppe Kommunisten von Wehrmachtsoffizieren verhaftet und an die Polizei ausgeliefert. Sie verteilten gerade die Broschüre „Die Reichswehr“ und diskutierten darüber, als sie verhaftet wurden. Diese Aktion war ursprünglich anders - ungefährlicher - geplant, aber aus nicht bekannten Gründen mussten die beteiligten Antifaschisten ihre Taktik auf dem Kasernengelände ändern.

Alle beteiligten jüngeren Kommunisten wurden am selben Tage für 10 Monate im Untersuchungsgefängnis Am Graalwall eingesperrt, obwohl für die meisten kein Untersuchungshaftgrund vorlag.

Erst im November 1932 wurden sie aus der Untersuchungshaft entlassen - mit Ausnahme von Ernst Prien. Ernst Prien wurde von der Lüneburger Staatsanwaltschaft zum Anstifter hochstilisiert und bis zur Hauptverhandlung im Juni 1933 im Untersuchungsgefängnis festgehalten. Der Prozess wurde nun von den Behörden - ob gewollt oder ungewollt - solange verschleppt, bis die Nazis an der Macht waren. Es ist möglich, dass mit dem Prozess solange gewartet werden sollte, bis durch die Nazis eine „härtere Gangart“ gegenüber den Antifaschisten eingeschlagen werden konnte.

Erst am Dienstag, dem 27. Juni 1933 - 17 Monate nach der Verhaftung - wurde das Hauptverfahren eröffnet. Der Prozess fand vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig unter Vorsitz des Reichsgerichtsrats Rheinisch statt.

Die Anklage lautete auf Hochverrat - das unter den Nazis neben Mord schwerwiegendste Verbrechen. Ein „Hochverräter“ wurde - das war auch damals schon bekannt - nach der Verbüßung von 2 Jahren Gefängnis fast automatisch in ein KZ gebracht.

Zahlreiche Offiziere des Lüneburger Standorts der Reichswehr sagten als Zeugen gegen die Lüneburger Arbeiter aus. Einige Tage später bereits stand das Urteil fest. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden verurteilt:

Ernst Prien:	2Jahre Gefängnis
Hermann Ahrens:	1 Jahr 6 Monate
Friedrich Alexander:	1 Jahr 3 Monate
Jakob Richtweg:	1 Jahr 3 Monate
Walter Grube:	1 Jahr 3 Monate
Karl Adomeit:	1 Jahr Gefängnis

Allen Verurteilten - außer E. Prien, er war Soldat im 1. Weltkrieg - wurde die „Wehrfähigkeit“ aberkannt.

Die „Lüneburgschen Anzeigen“ berichteten:

Donnerstag, den 29. Juni 1933.

Der Leipziger Prozeß.

Sieben Lüneburger Zersetzungsfunktionäre vor dem Reichsgericht.

Unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich — wie schon gestern kurz gemeldet — vor dem Reichsgericht am Dienstag sieben in Lüneburg wohnhafte jugendliche Kommunisten zu verantworten. Angeschuldigt waren der 20jährige Arbeiter Karl Adomeit, der 22jährige Bauarbeiter Hermann Ahrens, die 23jährigen Arbeiter Jakob Richteweg, Friedrich Alexander und Walter Grube, der 30jährige Arbeiter Ernst Prien sowie der 32jährige Schlosser Erich Kalläne. Die Angeklagten wurden am 15. Januar 1932 in Untersuchungshaft genommen, jedoch mit Ausnahme des Hauptangeklagten Prien nach zehn Monaten auf freien Fuß gesetzt. Zur Beweisaufnahme waren 16 Zeugen, darunter mehrere Reichswehrangehörige aus Lüneburg, geladen. Den sieben Angeklagten wurde zur Last gelegt, in planmäßigem Zusammenwirken das Organ „Die Reichswehr“ der revolutionären Soldaten Anfang Januar v. J. an in der Garnison Lüneburg stationierte Soldaten des Reiter-Regiments 13 zum Zwecke der Zersetzung und mit dem Ziele der Bildung kommunistischer Zellen im Truppentörper verteilt zu haben. Am Mittwoch verurteilte das Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat den Arbeiter Ernst Prien zu 2 Jahren, den Bauarbeiter Hermann Ahrens zu 1½ Jahren, den Maurer Friedrich Alexander, den Arbeiter Jakob Richteweg und den Dachdeckergehilfen Walter Grube zu je 1 Jahr 3 Monaten sowie den Arbeiter Karl Adomeit zu 1 Jahr Gefängnis.

Der mitangeklagte Schlosser Erich Kalläne wurde mangels Beweises auf Kosten der Reichskasse freigesprochen.

Mörder werden gesucht...aber nicht gefunden

Weitere Verhaftungen von Lüneburger Antifaschisten fanden in den Monaten Mai bis Juli 1934 unter dem Vorwand einer Ermittlung in einer Mordsache aus dem Jahre 1932 statt.

Am 7. November 1932 wurde der Kaufmann Bodendieck auf dem Promenadenweg am Liebesgrund (Verlängerung ist die Julius-Wolf-Straße) erschossen aufgefunden. Es wurde angenommen, dass die Todesschüsse dem Staatsanwaltschaftsrat Kastendieck gelten sollten, denn dieser ging ebenfalls an jenem Samstagnachmittag den Promenadenweg entlang (er wohnte in der Julius-Wolf-Straße), so dass eine Verwechslung möglich war.

Kastendieck war ein sehr umstrittener Mann. Er hatte in mehreren politischen Prozessen zur Verurteilung - auch von Bauern - maßgeblich beigetragen. U.a. vertrat er die Anklage bei Prozessen gegen Bauern aus dem Landkreis wegen Bombenanschlägen und wegen Verhinderung von Höfeversteigerungen. In Kastendiecks Wohnungsfenster, die im ersten Stock zur Straße hin lagen, wurde vorher bereits mehrfach geschossen.

In dieser Mordsache wurden im November 1932 sofort verschiedene Verhaftungen vorgenommen - auch SA-Leute waren darunter, die Nazis waren ja noch nicht an der Macht -, aber die polizeilichen Ermittlungen blieben angeblich ohne Erfolg, so dass die Verhafteten noch vor Ende Januar 1933 wieder freigelassen wurden.

Fast 1 1/2 Jahre nach dem Mord griff die Staatsanwaltschaft als Ermittlungsbehörde den Fall wieder auf, wobei relativ eindeutig ist, dass diese neuen Ermittlungen für die Nazis dem einzigen Zweck dienten, einen Vorwand zur Inhaftierung von Kommunisten in die Hand zu bekommen. Man entsann sich auf einmal des terminlichen Zufalls, dass am Tage des Mordes auch eine öffentliche Versammlung in Meyers Garten (heute: „Zum Bierstein“) stattfand, konstruierte daraus einen Zusammenhang und lastete den Mord an Bodendieck der KPD an. Mitte Mai 1934 wurden die ersten Kommunisten wegen dieser Sache verhaftet. Mit den schäbigsten Mitteln (Lügen, Drohungen und Misshandlungen) wurden die Ermittlungen gegen die Kommunisten geführt.

Franz Holländer berichtet:

„Es war immer das gleiche: Zuerst wurde einer geholt. Dem wurde gesagt, dass man von ihm nichts weiter wolle als den Namen von denjenigen, mit denen er zusammen Posten gestanden hätte, oder wer ihn benachrichtigt habe. Dann könne er nach Hause gehen. Er durfte natürlich nicht gehen - es gab ja auch nichts auszusagen.

Es fehlte nur noch der Letzte. Das sollte ich ja nun gewesen sein. Mir hatten die Ermittler die Rolle zugeordnet, den Befehl zum Mord gegeben zu haben.

Am 2. Juli 1934 wurde ich morgens um 7.00 Uhr - wieder einmal - verhaftet. Ich kam gerade aus der Haustür mit dem Fahrrad, denn ich wollte mit meiner

Familie in die Bickbeeren. Von der unteren und oberen Seite der Töbingstraße, wo ich damals wohnte, rückte die Polizei an. Statt in den Wald musste ich zum Ochsenmarkt, dort war damals das Polizeipräsidium.

Für die Haupttreiber der Ermittlungen, dem Lüneburger Polizeimeister Behrens und dem Gestapomann Schramm aus Harburg, war alles klar. Sie gaben sogar vor, einen Zettel mit einer belastenden Notiz von mir zu besitzen, den ich unserem Genossen Carius, der seit März 1933 inhaftiert war, gegeben haben soll. Nur - zeigen konnten sie ihn mir nicht.

Da ich natürlich nicht zugeben konnte, was nicht war, standen die beiden bei ihren Verhören wie vor einer Bretterwand. Genauso wie der Berliner Staatsanwaltschaftsrat Kerri, der zur Führung diverser Prozesse im Sonderauftrag von der Berliner politischen Strafkammer nach Lüneburg beordert worden war. Sie hatten sich in den Kopf gesetzt, auch in Lüneburg wenigstens ein oder zwei Köpfe rollen zu lassen. Das hat auch der Polizeimeister Behrens unserem Genossen Köhler gegenüber im Gefängnis geäußert. Er sagte: 'Auf Holländers Kopf gebe ich nichts mehr und auf deinen auch nicht.' Zum Glück - auch für mich - wurde daraus nichts. Den Genossen Köhler hat die Gestapo im übrigen im Gefängnis körperlich ziemlich fertig gemacht."

Insgesamt sind in dieser Mordsache 14 Lüneburger Antifaschisten inhaftiert worden, unter ihnen:

Michael Flechner
Willi Schröder
Hermann Galisch
Walter Dreyer
Franz Holländer
Alwin Winkel
Hans Köhler
Ernst Bohndorf
Hein Scheele
Heinrich Peters
Hermann Dreyer
Heinrich Grothe

Als es nicht mehr möglich war, die Ermittlungen und die Eröffnung des Hauptverfahrens noch weiter hinauszuschieben, gingen die Akten an den Ankläger des Lüneburger Schwurgerichts, Dr. Dehn.

Nach weiteren Ermittlungen und abermaligen Verhören aller von der Gestapo Beschuldigten stellte dieser im Juni 1935 das Verfahren ein.

Allerdings wurden die inhaftierten Antifaschisten jetzt nicht etwa auf freien Fuß gesetzt. Zwar ließ sich nun nach der Einstellung des Verfahrens im Mordfall keine Untersuchungshaft mehr begründen und sie musste deshalb aufgehoben werden, doch sofort verhängte die Gestapo gegen acht dieser Antifaschisten die Schutzhaft, so dass sie weiterhin einsitzen mussten. Sie wurden nun als Schutzhäftlinge vom Untersuchungsgefängnis Am Graalwall in das Polizeigefängnis Harburg- Wilhelmsburg (hinter dem

Zu 4. Über die Tätigkeit der marxistischen Bewegung ist nichts besonderes zu berichten. Die Ortspolizeibehörde kann mit Genugtuung feststellen, daß von Seiten dieser früheren Organisationen infolge des sehr starken Druckes, unter dem die früheren ^{Anhänger} dieser Organisationen gehalten werden, bislang nichts irgendwie Staatsfeindliches unternommen worden ist. Es kommt hinzu, daß aus Anlaß eines Sonderfalles unter den früheren Anhängern zahlreiche Verhaftungen erneut vorgenommen sind, die naturgemäß für die Zukunft stark abschreckend wirken. Es handelt sich hierbei um einen Fall, der 2 Jahre zurückliegt.

Der „Gerüchteprozess“

Mit welcher Härte die Nazis gegen alle Kritiker vorgehen, wird am Beispiel des „Gerüchteprozesses“ vom 18. Mai 1934 deutlich. Selbst „unpolitische“ Bürger aus Stadt und Landkreis Lüneburg wurden mit hohen Gefängnisstrafen belegt, weil sie ein Gerücht aufgegriffen und weitergetragen haben sollen, in dem „beleidigende“ Äußerungen über den NS- Staatsrat und Gauleiter Telschow gesehen wurden.

Diese Urteile sollten der Bevölkerung deutlich machen, dass die Nazis keine Kritik an führenden Machthabern duldeten - schon gar nicht an den von Hitler persönlich eingesetzten Vertretern in den Gauen - und somit der Einschüchterung dienen, denn es war allgemein bekannt, dass Telschow dem Alkoholkonsum starke Beachtung schenkte und auch sonst in Statur und Lebenswandel nicht gerade dem Ideal des asketisch-germanischen Männlichkeitsbildes entsprach.

Etliche Besucher seiner Stammlokale (später in Lüneburg: der Ratskeller und „Rauno's Bar“ in der Bäckerstraße) konnten darüber Auskunft geben. Aber auch im Landkreis war Telschows „Lotterleben“ bekannt. So ist vom Pantinenmacher Ehlers aus Dannenberg überliefert, dass die regionalen Nazigrößen im ersten Lokal am Orte des öfteren zusammenkamen, um sich dort reichlich zu betrinken. Selbst noch während des Krieges, als die Bevölkerung schon nichts mehr zu essen hatte, hielten diese Saufgelage an.

In dem „Gerüchteprozess „ wurden verurteilt:

- der Landwirt Grote aus Handorf
4 Monate Gefängnis
- der Landwirt Ehrhorn aus Barum:
1 Monat Gefängnis
- der Schmiedemeister Michels aus Barum:
50,-- M Geldstrafe
- die Haustochter Grete Dittmar aus Brietlingen:
50,-- M Geldstrafe
- der Schneider Bimpage aus Brietlingen:
1 Monat Gefängnis
- der Tapeziermeister Ernst Niebuhr aus Lüneburg:
2 Monate Gefängnis
- ein Dachdecker Harms aus Salzhausen:
6 Monate Gefängnis
- der Reisende Eifert aus Uelzen:
9 Monate Gefängnis

Zur Begründung der Urteile führte der Richter aus:
„Wer sein Lästermaul nicht halten kann, soll merken, dass ihm der Strick um den Hals gelegt werden kann.“
(Cellesche Zeitung, 19.5.1934)

Die regionalen Zeitungen berichteten am 19. Mai 1934 ausführlich über diesen „Gerüchteprozess“.
Hier ein Auszug der „Celleschen Zeitung“:

„Der Staatsanwalt rottet die schleichende Pest aus.“

Der Staatsanwalt packt zu in Winsen, Lüneburg, Soltau, Celle, Uelzen. Schwere Gefängnisstrafen gegen 7 Verleumder.

Vor wenigen Tagen fand in Winsen a. d. Luhe eine Verhandlung gegen Verleumder des Staatsrates Telschow statt. Die anerkannten Gefängnisstrafen zeigen zur Genüge, dass der Staat seine führenden Persönlichkeiten nicht ungestraft beschimpfen lässt. Von Winsen aus ist das Gift nunmehr auch in den Kreis Lüneburg gedungen und auf den Kreis Uelzen übergetreten. Von Winsen aus nahm ein anderes noch viel gemeineres Gerücht seinen Weg durch den Kreis Celle hinein. Der Staatsanwalt hatte gleich ganze Arbeit gemacht. Telefongespräche liefen am Nachmittag des 17.5. in die beteiligten Kreise und des Nachts über wurden die Schuldigen ermittelt, verhört, die Zeugen benannt und schon am folgenden Tage standen sie vor dem Schnellrichter. Die Lüneburger Zeugen waren schon vor einiger Zeit ermittelt worden. Diese schnelle Arbeit war notwendig, um den Lauf des Gerüchtes aufzuhalten, um endlich dem schweren Brand des Misstrauens, der schamlosen Verdächtigung auszutreten.

Der Gang der Verhandlung vor dem Schnellrichter war recht einfach. Der kürzlich in Winsen verurteilte Landwirt Grote aus Handorf hatte das Gerücht, wonach Staatsrat Gauleiter Telschow Unterschlagungen begangen haben sollte, seinem Schwager, dem Landwirt Ehrhorn in Barum, Kr. Lüneburg, berichtet. Das Gerücht ist so unsinnig und haltlos, dass es sich eigentlich erübrigen müsste, damit die Öffentlichkeit und die Gerichte zu beschäftigen. Dadurch aber, dass jeder neue Verbreiter, wie bei dem zweiten Gerücht ersichtlich ist, nur „Tatsachen“ hinzugedichtet hat, wächst es zu einer großen Gefahr für das notwendige Vertrauen, und deshalb muss im Interesse des Staates scharf durchgegriffen werden. Ehrhorn ging zu seinem Nachbarn, dem Schmiedemeister Michels, und brachte dort seine neue Weisheit an. Michels konnte eigentlich nicht daran glauben, aber er ließ es zu, dass sein Schwiegersohn, der Schneider Bimpage aus Brietlingen davon erfuhr und darüber sprach. Die Haustochter Grete Dittmar aus Brietlingen vernahm das Gerücht von Bimpage und fragte den Bauern Ladders, ob es wahr sei, dass Kreisleiter Mahler einen Selbstmordversuch unternommen habe. Schließlich erfuhr der Blockwart Kiehn von diesen dummen Redereien und erstattete Anzeige. Somit war hier ein Strang abgeschnitten.

Der 2. führte direkt in die Stadt Lüneburg, ohne dass festgestellt werden konnte, wie das Gerücht hierher gekommen war. Der Tapeziermeister Ernst Niebuhr arbeitete am 26.4. am Neubau des Lehrers Fricke in Bevensen. Dem Lehrer brachte dann der Meister seine Weisheit gesprächsweise bei: „Haben Sie schon gehört? Ich habe gehört, Telschow ist verhaftet wegen Unterschlagung!“ Der Lehrer teilte dieses dem Scharführer Hertje mit, der durch entsprechende Meldung wieder einen Strang abschnitt. Niebuhr will von seinem Nachbarn, dem Ökonom Ahlers, die

Neuigkeit erfahren haben. Ahlers habe sie ihm gelegentlich eines Gespräches über die Braune Messe ins Ohr geflüstert. Ahlers will von solcher Zuflüsterung nichts wissen.

Am tollsten aber hat die Fama auf dem Wege nach Celle gewütet. Zunächst die Tatsache: Staatsrat Telschow und Gauamtsleiter NSV Lütt kommen eines Tages von Schneverdingen, wo sie der dortigen Schuhindustrie einen großen Auftrag für die NSV übermittelt haben. Froh, auf diese Weise zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen zu können, kehren beide auf dem Rückwege bei Gastwirt Riekmann in Egestorf ein. Staatsrat Telschow richtete einige zwanglose Worte an die Gastwirtin, die ihn erstaunt ansieht. Auf die Frage, ob sie wisse, wer ihr Gegenüber sei, antwortete Frau Riekmann verneinend. Als Staatsrat Telschow sich zu erkennen gibt, meint Frau Riekmann, wie es ihr der Augenblick eingibt: "Och, den Staatsrat habe ich mir als einen ganz anderen Mann vorgestellt!" Telschow ist über diesen offenen Ausspruch belustigt, und der Wirt erzählt später diese kleine Episode seinen Gästen.

Die Episode wird dann auch erzählt gelegentlich einer Aufsichtsratssitzung der Großeinkaufsgenossenschaft der Dachdecker und Ziegeleien in Salzhausen. Aus der ersten harmlosen Begegnung zwischen der Wirtsfrau und dem Staatsrat ist nun schon der Satz geworden: Der Staatsrat habe sich der Wirtin genähert. Der Geschäftsführer der erwähnten Genossenschaft hat die Erzählung so verstanden, dass der Staatsrat versucht habe, Beziehungen zu der Wirtin anzuknüpfen, und erzählt seine Weisheit dem Reisenden Eifert aus Uelzen. Eifert glaubte, ihm etwas mitteilen zu müssen, dass irgendwo irgendwas nicht ganz in Ordnung sei. Um zuzustimmen, tischte nunmehr Harms eine Weisheit auf, und Eifert hatte nichts Besseres zu tun, als dem Schmiedemeister Vogt in Hohne bei Celle die Episode so darzustellen, als ob Staatsrat Telschow gelegentlich einer Hochzeit einer Bauersfrau unsittliche Anträge gestellt habe. Wir wollen nicht näher die gemeinen Ausdrücke wiedergeben, die Vogt eindeutig verstanden hat und die durch den Landwirt Oltrogge aus Spechtshorn als Zeugen gehört sind. Den wahren Sachverhalt berichtete der als Zeuge erschienene Gauamtsleiter Lütt, der den Staatsrat auf jener Reise begleitet hatte. Dass sich die Sache so und nicht anders verhält, dass alles harmlos und zwanglos war, dass auch nicht die leiseste Empfindung von irgendetwas Ungehörigem einer Frau gegenüber zum Ausdruck kam das bestätigte Frau Riekmann selbst.

Pg Lütt nahm auch Stellung zu dem anderen Gerücht hinsichtlich der Unterschlagung. Er umriss ganz kurz ein Bild vom Werden und Aufstieg der Bewegung in Osthannover, als 1925 14 organisierte Parteigenossen vorhanden waren und Gauleiter Telschow seine halbe Pension opferte, um Gelder aufzubringen für Flugblätter, Zeitungsanzeigen, Fahrten usw., nur um die Bewegung unter persönlichen größten Opfern und Entbehrungen weiterzutragen. Ein Mann, der hungerte, um seiner Idee willen, der das letzte gab, was er hatte, der sich vor Gericht wegen seines

Kampfes verantworten musste, der Mann soll Unterschlagungen begangen haben? Pg Lütt erklärte, wenn er einmal einen solchen Gerüchtemacher zu fassen bekäme, er glaube, dem Manne ginge es schlecht! Wie kein anderer kenne er den Staatsrat, und er stelle sich schützend vor seinen Gauleiter, der über jeden Zweifel erhaben sei. Pg Lütt bekundete, dass der Schmiedemeister Vogt-Hohne absolut glaubwürdig sei. Vogt und seine Familie waren die ersten Stützpunkte im Kreis Celle, waren die Hochburg der Bewegung, von der aus der ganze Kreis Celle erobert werden konnte. Vogt verdiene deshalb Glauben, und es sei ihm hoch anzurechnen, dass durch seine Treue dem Gauleiter gegenüber das Gerücht angehalten sei.

Staatsanwalt Kerrl führte ähnlich wie in Winsen vor wenigen Tagen aus, dass hier Kräfte am Werk seien, die bewusst oder unbewusst den Aufbau störten. Man tue eigentlich den kleinen Geistern zuviel Ehre an, wenn man sich soviel mit ihnen beschäftige. Hier handele es sich aber um die Existenz des Staates, die durch solche Redereien angesichts der Stimmung des Auslandes uns gegenüber gefährdet werde. Menschen, denen die Ehre eines anderen nichts gilt, haben selbst keine Ehre, und da der Staat heute die Ehre als das höchste zu schützende Rechtsgut ansieht, müssen Strafen hart und fühlbar sein. Gegen die Verbreiter des gemeinsten Gerüchts beantragte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 7-10 Monaten, gegen die anderen Angeklagten 1-2 Monate.

Das Urteil lautete gegen Michels und Dittmer auf je 50 M Geldstrafe, gegen Ehrhorn und Bimpage auf je 1 Monat, gegen Niebuhr auf 2 Monate, Harms auf 6 Monate und Eifert auf 9 Monate Gefängnis. Zur Begründung hob der Vorsitzende hervor, dass der Schutz des Staates dem vorangehe, was der einzelne aus Dummheit oder Schwatzhaftigkeit angerichtet habe.

Staatsrat Telschow ist eine anspruchslose und idealistische Persönlichkeit, die unantastbar auf dem Platze steht, den der Führer selbst angewiesen hat. Die erkannte Strafe soll dazu dienen, das beleidigte Gewissen der Öffentlichkeit zu beruhigen. Wer sein Lästermaul nicht halten kann, soll merken, dass ihm der Strick um den Hals gelegt werden kann."

Über die Arbeit einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe

Auch Mitglieder der Lüneburger SPD blieben im Widerstandskampf weiterhin aktiv. Einen halblegalen Treffpunkt fanden sie im „Rosenkrug“ in der Rosenstraße 1, wo sie das Tagesgeschehen diskutieren und sich austauschen konnten.

Von einer Lüneburger SPD- Gruppe ist bekannt, dass sie bis 1935 an mehreren illegalen Flugblattaktionen teilnahmen. Da es für sie im Inland keine Möglichkeiten zur Herstellung von Flugblättern gab, fanden sie einen Weg, mit dem SPD- Exilvorstand in Prag in Kontakt zu treten um an dort gedruckte sozialdemokratische Schriften zu gelangen. Diese Schriften wurden auf der Elbe aus der Tschechoslowakei in das Deutsche Reich eingeschmuggelt. Einzelne Matrosen, die auf den Schleppkähnen massives Steinwerk für den Bühnenbau der Elbe bei Hamburg schafften, brachten diese illegalen Schriften mit. So kamen diese Materialien nach Hamburg und von dort schließlich nach Lüneburg. Wegen dieser Widerstandstätigkeiten wurden mehrere Sozialdemokraten in Lüneburg verhaftet: Wilhelm Schad und die Schuhmacher Schwiebert (Neue Sülze), Hansen (Bäckerstraße) und Hermann Niemann.

Wilhelm Schad, der vor 1933 die Gruppe der Kinderfreunde in der SPD leitete, wurde von den Nazis ein Jahr in einem Konzentrationslager inhaftiert. Die Tortur dieser Haft war derart schlimm, dass er später nie mehr – auch nicht gegenüber seinen engsten Familienangehörigen – über diese KZ- Zeit sprach.

Der verheiratete Schuhmacher Hermann Niemann (geboren am 8. Dezember 1882) hatte seine Werkstatt in der Marcus- Heinemann- Straße 26 (seinerzeit: Schlageterstraße). Er war sehr aktiv im Bereich des Lüneburger Arbeitersports tätig und Gründer der Freien Sportvereinigung Lüneburg, die aus der Arbeiterturnerschaft hervorgegangen war.

H. Niemann wurde beim Verteilen des illegalen Materials am 17. Mai 1935 verhaftet und in das Lüneburger Gerichtsgefängnis gesperrt. Am 2. Oktober 1935 wurde er von dort in das U. G. Berlin Alt-Moabit verbracht und am 8. Oktober 1935 zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Diese Haft verbrachte er im Zuchthaus in Celle. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus wurde H. Niemann bei seiner Ankunft auf dem Lüneburger Bahnhof von zwei Gestapo- Leuten sofort wieder als „Schutzhäftling“ festgenommen und später in das Konzentrationslager Sachsenhausen (Oranienburg) verbracht. Aus einer in der „Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen“ überlieferten Sonderliste (mit „Veränderungsmeldungen“) geht hervor, dass er am 7. September 1939 in das KZ eingeliefert wurde. In dieser Liste, ausgestellt vom „Gefangenen-, Geld- und Effektenverwalter“, ist H. Niemann mit der Häftlingsnummer 2235 registriert. Bereits ein halbes Jahr später starb der Lüneburger Widerstandskämpfer in diesem Konzentrationslager. Eine weitere „Veränderungsliste“ dokumentiert: „Hermann Niemann, 08.12.1882, Schutzhäftling Nr. 2235, Block 24, Abgang/verst.: 03.03.1940, 01.00 Uhr“.

Ausriß aus:

**Namensverzeichnis zum Gefangenenbuch,
Landgerichtsgefängnis Lüneburg, 1935**

17.	5.	35	75/35	Kiemann	Germann P.	Lipzinger.	2.	10.	35	m. u. g. Berlin Alt-Mohit
-----	----	----	-------	---------	------------	------------	----	-----	----	------------------------------

An zwei weitere Sozialdemokraten soll hier erinnert werden, auch wenn sie sich nur für kürzere Zeit in Lüneburg aufhielten:

Hermann Reinmuth, geboren am 19. Januar 1902 in Reichenbach, war um 1931 herum in Lüneburg tätig und Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, einer Partei zumeist ehemaliger SPD- Mitglieder. Später wurde er von den Nazis im Gefängnis Waldheim inhaftiert, wegen „Hochverrats“ verurteilt und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht. Dort erhielt er die Häftlingsnummer 41107 und starb dort am 26. April 1942.

Hermann Lüdemann, geboren am 5.8.1880 in Lünebeck, war 1927 und 1928 Regierungspräsident in Lüneburg, danach bis 1933 Oberpräsident in Breslau. In Lüneburger versuchte er vergeblich (z.B. mit der Durchführung von „Republikanischen Abenden“ und den „Verfassungsfeiern“) die mittlere und höhere Beamtschaft für ein Engagement für die Weimarer Republik zu gewinnen. Er wurde von den Nazis im Zuge der „Aktion Gitter“ inhaftiert und in verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt (Dürngoy, Esterwegen, Lichtenburg, Ravensbrück, Sachsenhausen). Er überlebte die KZ- Haft und wurde später Ministerpräsident von Schleswig- Holstein.

Vieles gäbe es noch zu berichten über den Widerstand und die Verfolgung in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Lüneburg. Noch fehlen aber weitere Informationen über bestimmte Ereignisse, um ein skizzenhaftes Bild schildern zu können.

Dennoch wollen wir die Namen weiterer Lüneburger Antifaschisten nicht unerwähnt lassen, die ebenfalls im Widerstandskampf tätig waren, wie z.B.:

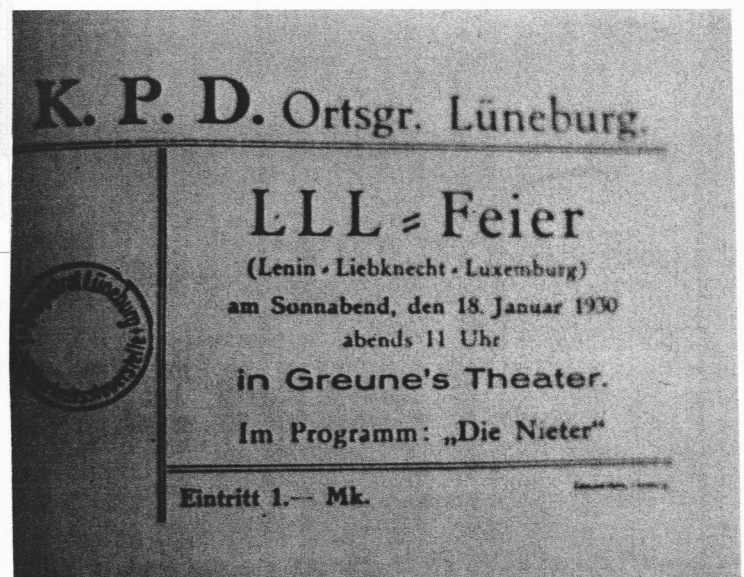
- Alois Kretschmer. Er war Besitzer des Lokals „Zum Algier „ (Heute: „ Rotes Tor “) und ehemaliges Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Kretschmer machte aus seiner oppositionellen Haltung keinen Hehl. So antwortete er auch mal auf den nationalsozialistischen Gruß „Heil Hitler!“ mit „Halt Hitler!“. Weitere solcher Äußerungen müssen den Nazis überbracht worden sein, denn ihm wurde daraufhin die Schankkonzession entzogen und er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.



Als dieses Bild in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts entstand, hieß das Gasthaus „Zum Roten Tore“ noch „Zum Algier“. Foto: nh

- August Greune. Er war Besitzer von „Greunes Theater“ in der Neuen Sülze, (später: „Lüneburger Schaubühne“) und oppositionell eingestellt. Er zeigte die Filme „Sturm über Asien“, „Die 3-Groschen-Oper“ und den Film „Im Westen nichts Neues“. Berichten zufolge wurde er in die Landes- Heil- und Pflgeanstalt am Wienebütteler Weg verbracht.

- Heinrich Schmidt. Er war der letzte KPD-Sekretär und wurde 1944 verhaftet.
- Friedrich Schorch. Er war KPD- und Gemeinderatsmitglied und wurde ebenfalls 1944 verhaftet.
- Hornberger war vor 1933 zeitweise Instrukteur und in Lüneburg tätig. Er wurde 1945 in Neuengamme von den Nazis umgebracht.
- Karl August Wittfogel. Er war Wissenschaftler und KPD-Schulungsleiter, 1932 war er an der KPD-Parteischule in Leipzig tätig. Er wurde an der Schweizer Grenze verhaftet und ins Emsland-Moorlager gebracht. Später konnte er in die USA emigrieren.
- Rudolf Mokry kam wegen kommunistischer Tätigkeit für 2 Jahre ins Zuchthaus.
- Ernst Riggert. Er war im sozialdemokratischen Widerstand tätig, wurde ins KZ Neuengamme verbracht und war dort Mitglied im KZ-Gefangenenausschuss. Nach 1945 war er Chefredakteur der „Lüneburger Landeszeitung“. Mit der Aufhebung der Alliierten Hoheitsrechte im Pressewesen und der Übergabe der „LZ“ an die neuen Besitzer wurde Riggerts Arbeitsverhältnis dort beendet.
- Heinrich Schuur. Wegen eines Vergehens gegen das "Heimtückegesetz" wurde H. Schuur 1936 verhaftet und vom Sondergericht Hannover in Lüneburg am 12.9.1936 zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Er musste seine Inhaftierungskosten auch noch selber bezahlen und diesem Zweck war er gezwungen, sein Haus verpfänden zu lassen.



Aus der Vergangenheit lernen:

Erinnern für die Zukunft

Mach mit bei der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Die VVN-BdA beschäftigt sich in vielfältiger Weise und verschiedenen Formen von Aktivitäten (Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen) mit Erscheinungen, Ursachen und Inhalten von Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg. Sie will über Vergangenheit und Gegenwart informieren - und möglichst viele Menschen veranlassen, gegen Neofaschismus und Rassismus aufzutreten. Die VVN-BdA sucht den Kontakt und das Gespräch mit jedem Interessierten. Sie arbeitet in vielen Bündnissen mit.

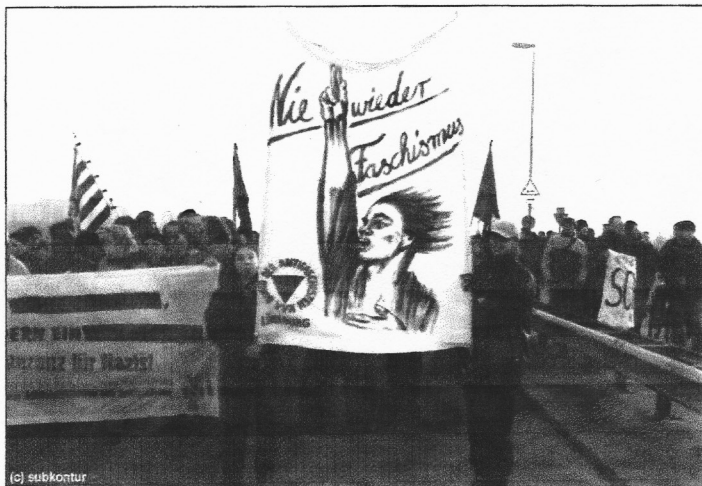


Unser Leitmotiv - Der Schwur von Buchenwald:

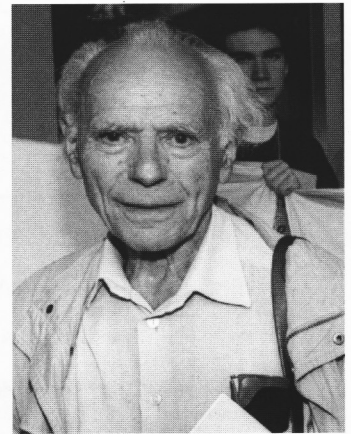
„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“



Der rote Winkel war in den Konzentrationslagern der Nazis das Kennzeichen der politischen Häftlinge. Daher ist er heute das Symbol der VVN-BdA.



(c) subkontur



Esther Bejarano (links) überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Peter Gingold kämpfte in der französischen Résistance gegen die Nazis. Beide gemeinsam appellierten am 50. Jahrestag der VVN-Gründung an die heutigen Jugendlichen:

„Wir hoffen auf Euch, auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpaßt, die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verlorengegangen ist. Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, was

wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt.“

Die VVN / BdA in Lüneburg:

Wir sind eine Gruppe von ca. 40 Menschen, jung und alt, die sich seit Jahren in Lüneburg antifaschistisch engagieren; überwiegend parteiungebunden, viele sind gewerkschaftlich organisiert.

Unser Büro befindet sich im Heinrich-Böll-Haus.

Wir treffen uns zum Plenum jeden ersten Montag im Monat:

jeweils um 18 Uhr, im Heinrich-Böll-Haus (Katzenstrasse 2).

Kontakt:

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten**
Kreisverband Lüneburg
Postfach 29 01
21332 Lüneburg

Weitere Informationen:
www.vvn-bda.de